

Stenographisches Protokoll

9. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages – 31. Gesetzgebungsperiode
Dienstag, 10. September 2013

Inhalt

Fragestunde (S. 648)

Aktuelle Stunde (S. 656)

Antragsteller: ÖVP-Klub

Thema: „Klartext: Ohne Reformen keine Zukunft in Kärnten“

Redner: Ing. Hueter (S. 656), Seiser (S. 657), Mag. Leyroutz (S. 658), Dr. Lebersorger (S. 659), Dr. Prasch (S. 660), Mag. Trodt-Limpl (S. 661), Gaggl (S. 662), Mag. Dr. Kaiser (S. 663), Lobnig (S. 665), Dipl.-Ing. Johann (S. 666), Mag. Schalli (S. 667), Mag. Malle (S. 669)

Tagesordnung (S. 670)

Ldtgs.Zl. 210-3/31:

Mündliche Anfragebeantwortung von Erster Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Leyroutz betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG „Zielsteuerung-Gesundheit“

Mündliche Beantwortung durch Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner (S. 670)

Zur Geschäftsordnung: Mag Leyroutz, Antrag auf Debatte gem. § 23 Abs. 1 K-LTGO in der nächsten Sitzung (S. 673)
Einstimmige Annahme (S. 673)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Prasch, Prüfungsverlangen gemäß § 64 Abs. 3 K-LTGO (S. 672)

Zur Geschäftsordnung: Scherwitzl, Antrag auf Sitzungsunterbrechung (S. 673)

Unterbrechung der Sitzung (S. 673)

Das Prüfungsverlangen erhält nicht die erforderliche Mehrheit (SPÖ: nein, F: ja, ÖVP: nein, Grüne: nein, TS: ja, BZÖ: ja) (S. 673)

Mitteilung des Einlaufes (S. 673)

A) Dringlichkeitsanträge (S. 673)

1. Ldtgs.Zl. 116-1/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Hilfe für die dürrgeschädigte Kärntner Landwirtschaft (Behandlung gem. § 46 Abs. 3a K-LTGO)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Wieser (S. 674)

Zur Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Johann (S. 674), Tiefnig (S. 675), Pirolt (S. 676)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 676)

Einstimmige Annahme (S. 676)

2. Ldtgs.Zl. 22-5/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs, TS-Klubs und IG-BZÖ betreffend Nein zu rotem Postenschacher in der Kärntner Landesregierung

(Behandlung gem. § 46 Abs. 3a K-LTGO)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Prasch (S. 676)

Zur Dringlichkeit: Scherwitzl (S. 677), Dr. Lesjak (S. 678), Mag. Leyroutz (S. 679), Ing. Hueter (S. 680)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, F: ja, ÖVP: nein, Grüne: nein, TS: ja, BZÖ: ja) (S. 681)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität (S. 681)

3. Ldtgs.Zl. 64-20/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend illegale Parteien- und Wahlkampfkostenfinanzierung in Kärnten durch SPÖ und ÖVP

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Leyroutz (S. 684)

Zur Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Johann (S. 685), Dr. Prasch (S. 685), Mag. Malle (S. 685), Seiser (S. 686)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, F: ja, ÖVP: nein, Grüne: nein, TS: ja, BZÖ: ja) (S. 687)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität (S. 687)

4. Ldtgs.Zl. 64-21/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs und TS-Klubs betreffend verbotene SPÖ-Wahlwerbung im Gebäude der Landesregierung muss Konsequenzen haben

Zur Begründung der Dringlichkeit: Staudacher (S. 687)

Zur Dringlichkeit: Köchl (S. 688), Mag. Schalli (S. 688)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, F: ja, ÖVP: nein, Grüne: nein, TS: ja, BZÖ: ja) (S. 689)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität (S. 689)

5. Ldtgs.Zl. 61-2/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Kärntner Landespersonalvertretungsgesetz muss eingehalten werden

Zur Begründung der Dringlichkeit: Lobnig (S. 689)

Zur Dringlichkeit: Redecsy (S. 690), Gaggl (S. 690)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, F: ja, ÖVP: nein, Grüne: nein, TS: ja, BZÖ: ja) (S. 691)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität (S. 691)

6. Ldtgs.Zl. 116-3/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend faire Unterstützung von Kärntens Bäuerinnen und Bauern

Zur Begründung der Dringlichkeit: Keine Wortmeldung (S. 691)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, F: ja, ÖVP: nein, Grüne: nein, TS: ja, BZÖ: ja)

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Gewerbe, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Kunst und Kultur (S. 691)

7. Ldtgs.Zl. 22-6/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des TS-Klubs betreffend Schaffung einer Personalkommission in der Landesregierung

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Prasch (S. 692)

Zur Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Primus (S. 692)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, F: ja, ÖVP: nein, Grüne: nein, TS: ja, BZÖ: ja) (S. 693)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität (S. 693)

8. Ldtgs.Zl. 22-7/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des TS-Klubs betreffend Einhaltung und Sicherung des Kärntner Objektivierungsgesetzes (Behandlung gem. § 46 Abs. 3a K-LTGO)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Prasch (S. 682)

Zur Dringlichkeit: Leikam (S. 682), Mag. Leyroutz (S. 683)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (SPÖ: nein, F: ja, ÖVP: nein, Grüne: nein, TS: ja, BZÖ: ja) (S. 684)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität (S. 684)

B) Dringlichkeitsanfrage (S. 693)

Ldtgs.Zl. 39-11/31:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs an Landesrat Köfer betreffend Verkehrsinsel Köttmannsdorfer Landesstraße (S. 691)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält die erforderliche Mehrheit (SPÖ: ja, F: nein, ÖVP: ja, Grüne: ja, TS: ja, BZÖ: ja) (S. 693)

Zur Begründung der Dringlichkeit: Schober (S. 693)

C) Anträge von Abgeordneten (S. 694)

D) Schriftliche Anfragen (S. 694)

E) Petition (S. 695)

Beginn: Dienstag, 10.09.2013, 16.03 Uhr

Ende: Dienstag, 10.09.2013, 19.55 Uhr

Beginn der Sitzung: 16.03 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Ing. Rohr**, Zweiter Präsident **Schober**, Dritter Präsident **Lobnig**

A n w e s e n d : 35 Abgeordnete

E n t s c h u l d i g t : **Schautzer**

B u n d e s r ä t e : **Blatnik, Novak, Dörfler, Poglitsch**

Mitglieder der Landesregierung: Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser**, Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner**, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Mag. Ragger**, Landesrat **Holub**, Landesrat **Köfer**

E n t s c h u l d i g t : Landesrat **Dr. Waldner**

S c h r i f t f ü h r e r : Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie ersuchen, die Plätze einzunehmen! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf Sie zur 9. Sitzung des Kärntner Landtages, die verlangt wurde, begrüßen und ich eröffne die Sitzung! Ich begrüße die Regierungsmitglieder, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Beate Prettnner, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Gabriele Schaunig, den Herrn Landesrat Holub und den Herrn Landesrat Köfer! Ich darf begrüßen auf der Beamtenbank den Landesamtsdirektor Dr. Platzler, den Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Matschek und den Rechnungshofdirektor-Stellvertreter Mag. Krassnitzer! Ebenso die anwesenden Bundesräte Ana Blatnik, Günther Novak und Christian Pog-

litsch! Ebenso darf ich die Medienvertreterinnen und -vertreter sehr herzlich begrüßen und natürlich auch jene Kärntnerinnen und Kärntner und Interessierte an der Kärntner Politik, die via Internet dieser Sitzung folgen! Wie Sie aus der Ihnen übermittelten Einladung ersehen konnten, findet heute eine sogenannte verlangte Sitzung statt. Gemäß § 44 Abs. 2 der Landtagsgeschäftsordnung haben die Antragsteller, der Freiheitliche Klub, der Klub Team Stronach und die Interessengemeinschaft des BZÖ die Einbringung eines Dringlichkeitsantrages betreffend „Nein zum SPÖ-Postenschacher in der Kärntner Landesregierung – Kärntner Objektivierungsgesetz muss erhalten bleiben“ angekündigt. Die heutige Landtagssitzung wurde von mir fristgerecht einberufen. Wir haben gestern auch eine Präsidiale dazu abgehalten. Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich die Frau Abgeordnete Sabrina Schautzer und der Leiter der Finanzabteilung, Herr Dr. Horst Felsner. Ich begrüße auch noch den gerade eingetroffenen Herrn Landeshauptmann Dr. Kaiser und das Mitglied des Bundesrates Gerhard Dörfler! Der Landtag ist damit beschlussfähig. Wir haben im September einige Geburtstage. Heute Geburtstag hat der Stellvertretende Klubobmann und Bürgermeister, Abgeordneter Andreas Scherwitzl. Alles Gute, Gesundheit, viel Erfolg! (*Beifall im Hause.*) Am 14.9. wird ihm folgen der Abgeordnete Bürgermeister Franz Pirolt, (*Beifall im Hause.*) am 26.9. Geburtstag haben wird die Frau Abgeordnete Sabrina Schautzer und am 28.9. unser Zweiter Präsident Rudolf Schober. (*Beifall im Hause.*) Ich wünsche Ihnen allen Gesundheit, Erfolg und alles Gute! Hohes Haus! Wir kommen nunmehr am Beginn der Sitzung zur Fragestunde.

Ing. Rohr

Fragestunde

Ich komme zur Aufrufung der ersten Anfrage:

1. Ldtgs.Zl. 24/M/31:

Anfrage der Abgeordneten **Dr. Lesjak** an Landesrat **Köfer**

Bitte die Frau Klubobfrau, ihre Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer hier auf der Tribüne und zu Hause am Internet! Wir haben in der letzten Zeit hier im Hohen Haus des Öfteren über Straßenpolitik gesprochen, wir haben öfter gehört, dass das Straßenbaubudget sehr knapp ist. Es gab einige Rechnungshofberichte, anhand derer wir das diskutiert haben, wo hier auch die prekäre Lage sichtbar geworden ist. Uns interessiert aber natürlich, wie das weitergeht auf weiteren Straßen, daher stelle ich folgende Frage an Herrn Landesrat Gerhard Köfer:

Welche Maßnahmen setzen Sie aktuell, um einen Planungsstopp betreffend den vierspurigen Ausbau/Neubau des Abschnitts Pöckstein/Zwischenwässern der B 317 zu erreichen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich darf nun den Herrn Landesrat Köfer bitten, die Anfrage zu beantworten!

Landesrat **Köfer** (TS):

Herr Präsident! Frau Klubobfrau! Hohes Haus! Wir haben uns bereits im April, kurz nach der Angelobung in der Abteilung verständigt und haben versucht, die Bauprogramme 2013 kurz zu besprechen. Ich wurde informiert, dass sich die virulentesten Probleme im Bereich des Straßenbaus und des Verkehrs sicherlich im Bereich der S 37 befinden. Wir haben danach sehr rasch

Gespräche mit den Anrainern und Bürgerinitiativen geführt, ich habe aber auch das Bauprogramm der ASFiNAG und der Österreichischen Bundesbahnen zur Beurteilung dieser Gespräche herangezogen. Es wurde dann der Auftrag an die Abteilung „Straßenbau und Brücken“ erteilt, die Sicherheitssituation und auch die Verkehrssituation unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit für die ASFiNAG und die Erfordernisse des regionalen Verkehrs und Gesamtnutzens abzuwägen, aber auch Vergleichsprojekte oder Lösungsvarianten vorzustellen. Ich habe dann in der 7. Regierungssitzung am 2. Juli diesen Bericht in der Regierung gemacht. Er wurde einstimmig zur Kenntnis genommen und es wurde damals auch der Auftrag ausgesprochen, weitere Gespräche mit der ASFiNAG und dem Bundesministerium zu führen, immer unter Berücksichtigung der Interessen der Anrainer, aber auch der Verkehrssicherheit sowie des Natur- und Umweltschutzes. Es hat dann ein Gespräch mit dem Herrn Dipl.-Ing. Schedl, dem Vorstandsdirektor der ASFiNAG gegeben und wir haben uns verständigt, dass es einen Planungsstopp geben soll. Dem hat er auch entsprochen, und wir sind eigentlich damals noch als Freunde geschieden. Wir haben aber auch ersucht, dass es ein Gespräch mit dem Land Steiermark und letztendlich mit dem Bundesministerium für Verkehr geben sollte. Das hat leider bis heute trotz mehrfacher Urgenz nicht stattgefunden, das war nicht möglich, aber ich glaube, dass es nach der Wahl dann möglich sein sollte. Bereits im Jahr 2005 wurde der Vollausbau für den Kärntner Bereich mit 220 Millionen Euro geschätzt und damals wurde eine sehr rasche Umsetzung zugesichert, wobei der Knoten Klagenfurt/Nord noch nicht berücksichtigt war, der aber auch mit mindestens 200 Millionen Euro zu Buche schlägt. Der Gesamtausbau, so wird geschätzt, von Scheifling samt dem Knoten Klagenfurt/Nord wird wohl die Milliardengrenze erreichen. Da im Rahmenprogramm der ÖBB und der ASFiNAG für die Jahre 2013 bis 2018 nur mehr der Lärmschutzausbau Klagenfurt/Nord bis St. Veit stattfindet, ist davon auszugehen, dass derzeit kein Investitionsinteresse von Seiten der ASFiNAG im Bereich der B 37 bei uns vorliegt. Der Grund wird

Köfer

wohl darin zu finden sein, dass das Verkehrsaufkommen in diesem Bereich absolut gering ist. Derzeit fahren ca. 800 LKWs täglich. Damit wären nicht einmal die Kosten für die Mautstellen gedeckt, geschweige denn die Kosten der Straße einer entsprechend ausgebauten Situation in diesem Bereich. Aus Sicht der ASFiNAG kommt noch erhaltend dazu, dass sich durch den Vollausbau die Einnahmen einer Streckenverkürzung für den Transitverkehr St. Michael – Graz – Villach – Italien, die Einnahmen einer Streckenverkürzung für den Transitverkehr auf der bestehenden Pyhrn-Autobahn und der Südautobahn drastisch reduzieren würden, und somit ist davon auszugehen, dass die ASFiNAG mittelfristig überhaupt kein Interesse hat, diesen Vollausbau durchzuführen. Es gab von Seiten unserer Abteilung ein Konzept, dass zur angemessenen, vor allem aber zur sicheren und lärmschonenden Adaptierung der Bestandstrecke diesbezüglich mit den Betroffenen auch ein Gespräch geführt wurde. Die Bereitschaft zur Rückführung der S 37 in das Bundesstraßennetz und die Frage der Beitragsleistung ist auszuloten. Der Planungsstopp, wie er hier bezeichnet wird, sollte letztendlich auch zu einem Baustopp führen. Es hat hier bereits dementsprechende mediale Berichterstattungen gegeben. Das war vorerst einmal von meiner Seite alles.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Gibt es seitens des SPÖ-Klubs eine Zusatzfrage? – Abgeordneter Leikam! Dann bitte ich ihn ans Rednerpult, um die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Haben Sie in dieser Angelegenheit mit der ASFiNAG oder mit dem Verkehrsministerium auch Gespräche über eine mögliche Rückübernahme dieses Straßensegments in das Landesstraßennetz geführt und damit verbunden auch Gespräche einer möglichen Öffnung der Auf- und Abfahrten im Bereich Zollfeld und Taggenbrunn?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Darf ich den Herrn Landesrat Köfer um seine Antwort bitten!

Landesrat **Köfer** (TS):

Diese Situation ist natürlich unbefriedigend, wird aber auch im Zuge der Diskussion mit der ASFiNAG gelöst werden. Ich glaube, dass wir das zur Zufriedenheit der dort lebenden Anrainer lösen können.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke schön! Gibt es von Seiten des Freiheitlichen Klubs eine Zusatzfrage? – Bürgermeister Abgeordneter Pirolt bitte!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrte Kollegen im Hohen Landtag! Sehr geehrte Regierungsbank! Sehr geehrter Herr Landesrat! Wir sprechen hier nicht von der B 37, das ist die S 37. Weiters sprechen wir davon, dass bereits ausverhandelte Summen zum Verbauen von 85 Millionen Euro von der ASFiNAG zugesichert sind, das ist ein Teil. Desweiteren sprechen wir nicht von 800 LKWs, denn die Zählungen ergeben wesentlich anderes. 800 LKWs ergeben sich einfach dadurch, dass man hier auf dieser Streckenführung ein LKW-Fahrverbot hat.

Wenn Sie weiters mit den Bürgerinitiativen gesprochen haben, dann reden Sie mit einer verschwindend kleinen Minderheit, niemals mit der Bevölkerung, niemals mit der Wirtschaft. Da erwarte ich mir einfach, dass man diese B 317, die alte 17er, die ehemalige Triester Bundesstraße wirtschaftskonform, zukunftsorientiert ausbaut, so dass auch die Wirtschaft in Treibach-Althofen, die Wirtschaft in St. Veit, Friesach und im angrenzenden steirischen Raum die Anbindung nach Norden, sage ich einmal, verhältnismäßig gut vorfindet und ich mir nicht vom Vorstandsdirektor Alexander Bouvier sagen lassen muss, du weißt was, was ist denn da mit der Landesregierung los, was glauben die denn überhaupt. (*Abg. Dipl.-Ing. Primus: Frage! Frage! Fragestunde wahrnehmen!*) Ich komme

Pirolt

schon dazu, habt ein bisschen Geduld, der Abend hat ja noch mehr Zeit! (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter, bitte!*) Aber Faktum ist, Herr Landesrat: Wie wollen Sie die 85 Millionen Euro einerseits ersetzen und zweitens, was werden Sie tun, um die Sicherheit auf dieser Strecke zu erhöhen? Denn der Querschnitt dieser Straße lässt ein Umkehren zu, und zwar ein Umkehren von PKWs und ein Umkehren von LKWs. Die schwersten Unfälle, die hier zu verzeichnen waren, sind deswegen passiert, weil eben die Straße nicht einen entsprechenden Zustand aufweist. Dieser ist von der Kärntner Landesregierung gemeinsam mit der ASFiNAG sofort herzustellen! (*Vorsitzender: Was ist jetzt mit der Frage? – Heiterkeit und Lärm im Hause. – Vorsitzender: Herr Abgeordneter Pirolt, vielleicht können Sie neben Ihrem Argumentarium jetzt eine konkrete Frage stellen, damit der Landesrat antworten kann!*) Ich habe es gerade vorhin gesagt:

Was gedenken Sie zu tun, die 85 Millionen Euro, die bereits ausverhandelt sind, nach Kärnten zu holen und mit diesem Geld den Sicherheitsausbau so vonstatten gehen zu lassen, dass man auf dieser Streckenführung auch sicher ist? (*3. Präs. Lobnig: Das war jetzt die konkrete Frage!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gut! Ich bitte den Landesrat Köfer!

Landesrat **Köfer** (TS):

Zur 317 – es ist schon richtig, es ist die B 317, die S 37 war ein Fehler von mir, pardon! Es geht darum, auch im Bereich Zwischenwässern, da müssen wir auch einmal Klartext reden, dass wir hier eine Größenordnung von etwa 100 Millionen Euro zu verbauen hätten. Wer die Situation dort kennt, weiß natürlich, dass das nicht nur bautechnisch unglaublich schwierig ist, sondern da gibt es noch ganz andere Auflagen, die wir zu erfüllen hätten, die sich in dieser Form nicht machen lassen. Ich weiß zwar nicht, wer Ihnen etwas versprochen hat oder was Sie sich davon versprechen, Fakt ist aber, dass wir keine zweite Autobahn brauchen. Wir haben mit der A 2 die Verbindung von Osten in den Süden, ich glaube, eine ausreichend gute Situation. Was wir natürlich nicht haben, ist dieser Sicherheitsausbau von

Klagenfurt bis St. Veit. Der wird aber auch vom Präsidenten Schober immer wieder angeregt. Das ist zu unterstützen. Was wir brauchen, ist, dass die Mittellinie sicherer wird. In dieser Form lässt es sich jetzt nicht länger ertragen. Da ist aber die ASFiNAG schon etwas säumig. Die ASFiNAG hat ihre Hausaufgaben zu erledigen! Das heißt, mein klarer Wunsch wäre, dass die S 37 an den Start zurück, an das Land Kärnten übertragen wird, dass die Bemannung in diesem Bereich dann auch beendet sein wird und dass das Geld, das uns versprochen worden ist, bis heute aber nie geflossen ist, auch nie verbaut worden ist, endlich nach Kärnten zurückkommt! Da gibt es ein ähnliches Modell im Burgenland, wo sie sehr wohl und ganz gerne gezahlt haben. Das ist das große Bemühen. Und die 85 Millionen Euro, lieber Herr Bürgermeister Pirolt, das in diesem Bereich zu verbauen, das wäre nur ein Teilstück. Ich habe gerade früher versucht zu erklären, dass wir von einer ganzen Milliarde sprechen. Wer die Situation in der Steiermark kennt – und ich war vor wenigen Tagen dort persönlich besichtigen – der muss sagen, das Ganze ist eine Farce. Da fahre ich ein paar wenige Meter bei den Gemeindeämtern vorbei. Ich weiß nicht, wem man damit dient. Dem Autofahrer, aber sicher nicht den Menschen, die dort ihre Häuser und ihre Anwesen haben!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke, Herr Landesrat! Ich darf inzwischen auch den eingetroffenen Landesrat Mag. Ragger begrüßen! Gibt es von Seiten der ÖVP den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall! Team Stronach? – Auch nicht der Fall! Dann hat die Anfragerstellerin noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Herr Landesrat! Ich habe das jetzt so verstanden in dieser Aufzählung der Bauprogramme, dass eben dieser Ausbau bzw. Neubau des Abschnittes Pöckstein/Zwischenwässern nicht gemacht werden soll, dass es einen Planungsstopp gibt. Jetzt die Zusatzfrage dazu:

Sind dem Land Kärnten für dieses Projekt bisher Kosten entstanden, wenn ja, in welcher Höhe?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, Herr Landesrat Köfer um Ihre Antwort!

Landesrat **Köfer** (TS):

Es wurden hier nicht einmal Bescheide in Angriff genommen, sondern wir reden über eine Größenordnung im Bereich Zwischenwässern von circa 10 Millionen Euro an Planungskosten. *(Beifall von der TS-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Anfragebeantwortung! Damit ist die 1. Anfrage abgearbeitet. Wir kommen zur Anfrage 2:

2. Ldtgs.Zl. 25/M/31:

Anfrage des Dritten Präsidenten Lobnig an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut

Ich bitte ihn, die Anfrage zu stellen!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Sehr geehrte Vertreter der Regierungsbank! Geschätzte Zuhörer auf der Tribüne! Es ist für mich wichtig, diese Frage doch beantwortet zu bekommen, nachdem sie zunächst nicht an den zuständigen Referenten ergangen ist. So ist heute die Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Schaunig anwesend. Ich möchte eingangs vielleicht doch erwähnen, dass es Informationen gibt, wonach den Landtagsklubs die Personalkosten ausbezahlt werden von der Landesregierung, um Bedienstete in den Klubs nach anderen Kriterien und Dienstverträgen zu beschäftigen. Es ist durchaus vielleicht lukrativ, daraus für den Klub Geld zu lukrieren, daher stelle ich die Frage, geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin:

Wie hoch sind die einzelnen Personalkostenbeiträge, aufgeschlüsselt nach Entlohnungsgruppen, die vom Land Kärnten zum Stichtag 1. Juli 2013

den derzeit im Kärntner Landtag vertretenen Klubs ausbezahlt werden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin um Ihre Antwort!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Gemäß § 4 Abs. 1 des Klubfinanzierungsgesetzes, LGBl. Nr. 82/1991, zuletzt geändert durch das LGBl. Nr. 27/2013, hat ein Klub Anspruch, dass die Landesregierung dem Klub zwei Landesbedienstete der Verwendungsgruppe A, zwei Landesbedienstete der Verwendungsgruppe B und einen Landesbediensteten der Verwendungsgruppe C zur Dienstleistung zuteilt. Der Klub hat das Vorschlagsrecht für die Bediensteten. Eine Interessengemeinschaft von Abgeordneten hat Anspruch, dass die Landesregierung der Interessengemeinschaft einen Landesbediensteten der Verwendungsgruppe A, einen Landesbediensteten der Verwendungsgruppe B und einen Landesbediensteten der Verwendungsgruppe C zur Dienstleistung zuteilt. Ebenso hat die Interessengemeinschaft das Vorschlagsrecht für die Bediensteten. Verzichtet ein Klub oder eine Interessengemeinschaft von Abgeordneten auf den Anspruch nach Abs. 1 hinsichtlich einzelner oder aller Bediensteter zur Gänze oder teilweise, so hat das Land diesen Verzicht durch einen Personalkostenbeitrag abzugelten. Die Höhe des Personalkostenbeitrages ist für die Dauer des Verzichtes und unter Zugrundelegung des aliquoten Jahresanteils eines Monatesentgeltes zu ermitteln, das im Jänner des in Betracht kommenden Jahres einem Vertragsbediensteten des Landes des Entlohnungsschemas I, Entlohnungsgruppe A bzw. B bzw. C jeweils Entlohnungsstufe 15 nach dem Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetz 1994 in seiner jeweils geltenden Fassung zusteht. Der Verzicht auf einen Anspruch nach Abs. 1 wird, wenn er nicht ohnedies mit Wirkung eines Monatsersten abgegeben wird, mit dem auf die Verzichtserklärung folgenden Monatsersten wirksam - nachzulesen im § 4 Abs. 2 Kärntner Klubförderungsgesetz.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Ich bedanke mich auch beim Landesamtsdirektor für 10,- Euro für karitative Zwecke! Ich möchte nun die Frage stellen: Gibt es von Seiten der SPÖ den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Herr Abgeordneter Scherwitzl, bitte!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Können Sie erläutern, ob es Personalkostenersätze an die einzelnen Klubs und Interessengemeinschaften gegeben hat und wie sich die der Höhe nach zusammensetzen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Die Überweisung der Personalkostenersätze an die Landtagsklubs bzw. an die Interessengemeinschaft BZÖ Kärnten für das dritte Quartal 2013, das heißt 1. Juli bis 30. September 2013, erfolgt noch auf der Grundlage der alten Rechtslage, die für die Landtagsklubs noch nicht die Inanspruchnahme eines zusätzlichen Landesbediensteten der Verwendungsgruppe B und für die vorgenannte Interessengemeinschaft einen zusätzlichen Landesbediensteten der Verwendungsgruppe B, jedoch keinen Landesbediensteten der Verwendungsgruppe C vorsah. Mit 13. August 2013 trat dann die novellierte Fassung des § 4 Abs. 1 Kärntner Klubförderungsgesetz rückwirkend mit 1. Juli 2013 in Kraft. Aus diesem Anlass soll daher eine allfällige Gegenverrechnung der Mehrbezüge der Klubs der Landtagsparteien bzw. der Interessengemeinschaft erst im Zuge der Personalkostenersatzverrechnung im 4. Quartal 2013 erfolgen. Mit Schreiben der Abteilung 2 des Amtes der Kärntner Landesregierung vom 8. Mai 2013 wurden die Klubs aller Landtagsparteien bzw. die Interessengemeinschaft des BZÖ Kärnten aufgefor-

dert, bekannt zu geben, ob und wenn ja, für wie viele Bedienstete das Recht auf Dienstzuteilung aktuell in Anspruch genommen wird und welcher Verwendungsgruppe diese Bediensteten zugeordnet werden bzw. in welchem Ausmaß die Bediensteten jeweils beschäftigt werden oder in welchem Ausmaß ein Personalkostenbeitrag anstelle eines Bediensteten in Anspruch genommen wird. Mit Schreiben der jeweiligen Klubs bzw. Interessengemeinschaften wurden jeweils die in Anspruch zu nehmenden Personalkostenersätze bekannt gegeben und die Überweisung ab dem 2. Quartal beantragt. Den jeweiligen Anträgen wurde seitens der bezughabenden Abteilung auch stattgegeben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin für ihre Beantwortung! Gibt es von Seiten des ÖVP-Klubs den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Grüne? – Auch nicht. Team Stronach? – Auch nicht. Dann hat der Anfrager die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen. Bitte!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Ich traue es mir auch zu, diesen Gesetzestext zu lesen. Aber Sie sind auf meine konkrete Frage nicht eingegangen. Ich habe gefragt: Wie hoch sind die einzelnen Personalkostenbeiträge, aufgeschlüsselt nach Entlohnungsgruppen, die zum Stichtag 1. Juli an die im Landtag vertretenen Klubs ausbezahlt werden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut** (SPÖ):

Nachdem service our success ist, habe ich nicht nur die Grundlagen aufbereitet, Herr Abgeordneter, und Sie haben mich nicht enttäuscht nachzu-

Mag. Dr. Schaunig-Kandut

fragen, sondern habe ich das, was ein Leichtes aufgrund meiner Anfragebeantwortung möglich gewesen wäre, nämlich die einzelnen Beträge in Eurocent auszurechnen, auch diese Aufgabe gerne für Sie übernommen. (3. Präs. Lobnig: *Das freut mich!*) Ich darf Ihnen im Einzelnen bekannt geben: Zum Stichtag 1. Juli 2013 wurden die unten angeführten Personalkostensätze für das 3. Quartal an die Klubs der Landtagsparteien bzw. an die Interessengemeinschaft des BZÖ Kärnten zur Überweisung gebracht. Ich beginne mit BZÖ Kärnten: 27.772,68 Euro für das dritte Quartal 2013 zum Stichtag 1. Juli 2013. Noch einmal zur Wiederholung, dieser Betrag setzt sich zusammen aus: Die Interessengemeinschaft verzichtete auf einen Landesbediensteten der Verwendungsgruppe A und zwei Landesbedienstete der Verwendungsgruppe B mit Schreiben vom 10.4.2013. Der Bezug eines Landesbediensteten der Verwendungsgruppe A, eingestuft in Stufe 15 beträgt 3.022,73 Euro mal 14 Monate, das sind 42.318,22 Euro pro Jahr, das heißt 10.579,56 Euro pro Quartal. Die Einstufung B, ebenfalls eingestuft in der Verwendungsgruppe 15, 2.456,16 Euro mal 2 mal 14 Monate ergibt 68.772,48 Euro pro Jahr, das sind 17.193,12 Euro pro Quartal, daher in Summe 111.090,70 Euro pro Jahr oder 27.772,68 Euro pro Quartal. Im Zuge der Personalkostenverrechnung im vierten Quartal 2013 wird, wie ich eingangs ausgeführt habe, ein Abzug von Personalkostensatz im Ausmaß von 1.763,09 Euro erfolgen, weil durch die Neuregelung der Anspruch auf einen Landesbediensteten der Verwendungsgruppe B für die Interessengemeinschaft wegfällt und gleichzeitig ein Anspruch für einen Landesbediensteten der Verwendungsgruppe C aufgrund der gesetzlichen Neuregelung entsteht. Berechnet wird die Differenz wie folgt: Die Einstufung B/Verwendungsgruppe 15 beträgt € 2.456,16 mal 14 Monate – ergibt € 34.386,24 pro Jahr oder € 8.596,56 pro Quartal. Abzüglich der Verwendungsgruppe C/Einstufung in die Stufe 15 € 1.952,42 mal 14 Monate ist € 27.333,88 oder € 6.833,47 pro Quartal. Das sind € 1.763,09 Differenz im Quartal, die im 4. Quartal abgezogen werden. (3. Präs. Lobnig: *Vielen Dank!*) Bitte! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin für die Anfragebeantwortung! Wir kommen nun zur dritten Anfrage:

3. Ldtgs.Zl. 26/M/31:**Anfrage des Abgeordneten Trettenbrein an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettner**

Bitte ihn, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettner!

Wenn Sie, wie in einem KTZ-Interview vom 18.8.2013 verlautbart, glauben, dass jedes Bett in einem Pflegeheim von Langzeitklienten belegt sein muss, wie wollen Sie dann die wachsende Zahl von älteren Menschen, die Kurzzeit- oder Übergangspflege benötigen, versorgen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, um Ihre Antwort!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettner** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Werte Zuhörer auf der Tribüne! Es freut mich, dass Sie die KTZ aufmerksam lesen und es freut mich umso mehr, dass Sie auch meine Interviews genau lesen und meine Absichten und politischen Interpretationen aufmerksam studieren! Wie Sie ja wissen – Sie sind ja schon seit längerem Sozialsprecher Ihrer Partei – kennen Sie auch die Lage, wie sich die Situation im Pflegebereich in den letzten Jahren entwickelt hat und Sie sind ja auch mitdendrin gewesen als es in den letzten Jahren, nämlich in den letzten vier Jahren, einen massiven Ausbau an Pflegebetten gegeben hat. Es gibt hier einen Rechnungshofbericht, der den Zeitraum 2010 bis 2012 betrachtet, wobei in diesem Zeitraum 920 Plätze neu bewilligt wurden bzw. zusätzlich durch Ausbauten 157 Pflegebetten in einem zweijährigen Zeitraum bewilligt wurden.

Dr. Prettner

Das ergibt eine Anzahl von 920 Pflegebetten. Dies wäre eigentlich vorgesehen gewesen in einem Zeitraum bis zum Jahr 2015. Das heißt, hier wurde sehr, sehr schnell und massiv ausgebaut, viele neue Heime sind bewilligt worden. Und nicht nur das, es sind die Heime auch in größerer Form bewilligt worden, also von 75 Betten aufwärts. Das größte Heim zum Beispiel wurde im Bezirk Spittal mit 100 Betten bewilligt. Das heißt, hier wurde über den Bedarf hinaus in einem sehr, sehr schnellen Zeitraum gebaut. Nebenbei – auch das wissen Sie als Sozialsprecher Ihrer Partei – kam es zu Zugangshürden, wie es eine war mit dem Pflegeregress. Das heißt, ein Regress wurde eingeführt, um es Menschen zu erschweren, in Pflegeheime hineinzukommen und das hat zu einer Situation geführt, dass ich mit meiner Amtsübernahme einen aktuellen Stand eines Überhanges an Pflegebetten von über 400 Betten vorgefunden habe. Mit der Abschaffung des Pflegeregresses und jetzt im Sommer mit der Urlaubszeit, wo viele ältere Personen, die zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt werden, auch Kurzzeitpflege in Anspruch nehmen, ist die aktuelle Situation so, dass wir mit heutigem Tag 276 freie Pflegebetten in Kärnten haben. Das heißt, es besteht derzeit überhaupt keine Sorge, wenn Menschen eine Kurzzeitpflege oder Übergangspflege beanspruchen oder brauchen in diesem Lande, bekommen sie derzeit auf alle Fälle eine Zusage, um auch ein Pflegebett in Anspruch nehmen zu können. Es wurde ja auch die Zusage flexibler gestaltet. Sie wird nicht vom Land aus gesteuert, sondern die einzelnen Heimbetreiber können hier mit den Betroffenen in Verbindung kommen und es kann mit den Betroffenen direkt eine Vereinbarung erfolgen, wann eine Übernahme für eine Kurzzeitpflege erfolgen soll bzw. auch eine Übergangspflege erfolgen kann. Das heißt, für mich ist derzeit die Situation so, dass es eine Problemstellung gibt, da die Sockelbeträge mit den einzelnen Heimbetreibern derart berechnet wurden, dass diese Berechnung auf 97-prozentige Auslastung in den einzelnen Pflegeheimen ausgerichtet ist und dass derzeit aufgrund der freien Bettensituation einige Pflegeheimbetreiber das Problem haben, Abgänge zu produzieren und dass es derzeit die Fragestellung gibt, wie man diese finanziellen Abgänge absichern kann, damit der Betrieb der Pflegeheime in Zukunft abgesichert ist. Deshalb ist es für mich vorrangig, einen Bedarfs- und Entwicklungsplan demnächst

vorliegend zu haben. Dieser Bedarfs- und Entwicklungsplan (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) ist für Anfang Herbst geplant, dass wir eine vom ÖBIG erarbeitete Studie haben, wo wir dann uns nach diesem Bedarf, den es in Kärnten geben wird und den es gibt, daran orientieren und in Zukunft keine Abweichungen mehr haben von Pflegebetten, die in überschießendem Ausmaß gebaut werden bzw. Zugangshürden, die hier geschaffen wurden, sollen in Zukunft nicht mehr erfolgen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Gibt es von Seiten der SPÖ den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Abgeordneter Strauß, bitte die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Sehr geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin und Sozialreferentin! Nachdem die fünf Minuten so schnell vorbeigegangen sind und in Ihren Ausführungen auch die Sockelbeträge angesprochen worden sind:

Wie weit sind Ihre Überlegungen schon gediehen hinsichtlich einer einheitlichen Normierung, weil aufgrund der Erfahrung und aufgrund der Erkenntnis der letzten Jahre verschiedenste Sockelbeiträge an verschiedenste und nicht gleich behandelte Heimbetreiberinnen und Heimbetreiber in Kärnten bezahlt wurden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Darf ich die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettner um ihre Antwort bitten!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettner** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist eine Tatsache, dass wir bei den 70 Heimen, die es in Kärnten gibt, verschiedenste Betreiber haben, über 20 unterschiedliche Betreiber, und hier

Dr. Prettnner

auch in der Vergangenheit unterschiedliche Formen der Finanzierung der Sozialbaudarlehen gewährleistet oder in Anspruch genommen wurden. Mein oberstes Ziel ist es, mit diesen verschiedensten Betreibern, ob sie jetzt aus dem konfessionellen Bereich kommen, ob sie aus dem privaten Bereich kommen oder ob sie aus dem öffentlichen Bereich kommen, eine Vergleichbarkeit herzustellen, sodass wir in allen Heimen in Kärnten die gleichen Leistungen anbieten, dass im Zentrum die älteren Personen sind, die Bewohnerinnen und Bewohner, die hier gepflegt werden, dass sie eine hohe Qualität an Pflege erfahren, dass aber unter den verschiedenen Betreibern auch Vergleichbarkeit besteht, eine Planbarkeit besteht für die Betreiber, aber auch für das Land Berechenbarkeit besteht und dass es zu mehr Gerechtigkeit führt. Wir haben diesbezüglich auch die neuen Verträge ausgearbeitet, wobei wir schon einige Heimbetreiber, vor allem die großen Heimbetreiber haben, die diese Verträge bereits unterzeichnet haben. Und ich bin guter Dinge, dass wir hier auch mit allen Pflegeheimbetreibern Gleichheit bekommen werden und auch die gleichen Leistungen, hohe Qualität für die ältere Generation in Kärnten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Gibt es von Seiten der ÖVP den Wunsch nach einer Zusatzfrage? – Ist nicht der Fall. Von den Grünen? – Auch nicht. Team Stronach auch nicht. Dann hat der Fragesteller die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Bitte ihn, diese zu stellen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Ein weiteres Problem sehe ich auch mit den Gerontopatienten. Daher meine Frage:

Wie sieht es mit der gerontopsychiatrischen Versorgung in Kärnten aus?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Moment! Es ist von der Galerie fotografiert worden. Ich möchte darauf hinweisen, dass es nicht gestattet ist, von der Galerie aus Fotos zu

machen, dass nur akkreditierte Fotografen des Hauses die Möglichkeit haben, hier zu fotografieren! Ich würde also bitten, das hinkünftig zu unterlassen! Ich darf nun den Fragesteller bitten, seine Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (F):

Habe ich schon!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Entschuldigung! Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin um Ihre Antwort!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Wir haben im gerontopsychiatrischen Bereich bereits Heime, die ausschließlich für diesen Bereich bewilligt sind bzw. haben wir in verschiedensten Heimen auch Betten, die in diesem Bereich bewilligt werden, wo auch BewohnerInnen im Pflegeheimbereich betreut werden. Das heißt, für mich ist es auch hier ganz wesentlich, dass wir den zukünftigen Bedarf in ganz Kärnten abdecken und ich erwarte mir hier auch eine Empfehlung des Bedarfs- und Entwicklungsplanes, wie wir in weiterer Folge vorgehen werden, denn aus meiner Sicht ist es sinnvoll, die gerontopsychiatrischen Bewohnerinnen und Bewohner auch wohnortnahe zu versorgen. Das heißt, dass wir sie nicht in Zentren versorgen, sondern dass wir sie Bezirk für Bezirk unterbringen können, wie es dem Bedarf entspricht. Wie gesagt, ich möchte den Ergebnissen des Bedarfs- und Entwicklungsplanes nicht vorgreifen, jedenfalls ist es meine Vorstellung, dass wir für alle PatientInnen, die diesen besonderen Pflegebedarf haben, eine wohnortnahe Versorgung sicherstellen werden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin für Ihre Anfragebeantwortung! Wir kommen nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, zur Abhaltung der Aktuellen Stunde.

Ing. Rohr

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des ÖVP-Landtagsklubs vor, der nach dem Rotationsprinzip diesmal an der Reihe ist. Das Thema lautet „Klartext: Ohne Reformen keine Zukunft in Kärnten“. Die Rednerfolge in der Aktuellen Stunde erfolgt nach dem Rotationsprinzip entsprechend der Stärke der Parteien. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir in der Präsidiale vereinbart haben, dass als zuständiges Regierungsmitglied der Herr Landeshauptmann von der Regierungsbank aus reden könnte, wenn es eine entsprechende Wortmeldung von ihm gibt, sonst sind die Abgeordneten am , und ich darf als erstem Redner dem Herrn Abgeordneten Hueter, Klubobmann der ÖVP, das Wort erteilen.

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Liebe RegierungskollegInnen! Liebe Mitglieder des Landtages! Liebe Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause an den Geräten! Ja, die ÖVP steht wirklich für Sachlichkeit und Arbeit für das Land und nicht für billigen Populismus und Show, wie sie die Opposition momentan zelebrieren würde, weil rein zufällig steht eine Nationalratswahl ins Haus und da hätte sie liebend gern ein Thema gehabt, das wir natürlich auch noch diskutieren könnten. Wie weit das dann der Wahrheit entspricht und in der Vergangenheit ausgelebt worden ist, gerade von den Antragstellern selber, das sei dahingestellt. Wir haben für die heutige Aktuelle Stunde das Thema gewählt „Ohne Reformen keine Zukunft für Kärnten“. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, das heißt, wir müssen diese Reformen möglichst bald und sehr effizient angehen. Die erste Reform, könnte man vielleicht ein bisschen ausweiten, ist am 3. März passiert. Den Kurswechsel in der Regierung, glaube ich, könnte man auch irgendwie als Reform auslegen. Aber Priorität hat zumindest einmal die Entschuldung des Landes, die erste Priorität, sowie die Einhaltung des Nulldefizites 2015. Es geht letztendlich um die Bürger dieses Landes und es geht auch ganz wesentlich um eine Aufgabenreform, die für die

Bürger da ist und nicht für gewisse Beamte oder gewisse Rechenschaften, die wir uns aufgebaut haben, sondern es geht letztendlich um die Bürger dieses Landes. Die Verwaltung darf den Bürger nicht blockieren, im Gegenteil, sie muss ihn unterstützen und helfen. Was wir nun brauchen, ist nach meiner und unserer Auffassung ein absoluter Bürokratiestopp. Weg von den langwierigen und komplizierten Verfahren, die alle und im Besonderen unsere Klein- und Mittelbetriebe belasten, sondern diese „Bürokratur“ muss endlich herunter von der Bremse. Das heißt, wir brauchen das, diese Judikatur muss endlich herunter von der Bremse. Das heißt, wir brauchen effiziente, rasche, schnelle Verfahren, damit wir den Bürger unterstützen und ihn nicht blockieren. Gesetze konkretisieren – Gesetze müssen den Menschen schützen und dürfen ihn nicht blockieren. Auflagen reduzieren, Probleme verhindern und nicht schaffen, Kosten senken – ein ganz wesentlicher Bereich. Ich glaube, gerade in Zeiten wie diesen, wo das Geld nicht irgendwo beim Fenster hereinkommt, müssen wir in der öffentlichen Verwaltung und im öffentlichen Bereich auch schauen, diese Verfahren für den Bürger möglichst kosteneffizient zu gestalten. Gezieltes Sparen bei gleich bleibender Qualität und Zugang – diese Kooperationen sind auch bei den Gemeinden ein Schlagwort, das jetzt, glaube ich, unumgänglich ist. Wir brauchen nicht über Zusammenlegungen zu diskutieren, aber wir sollten dort, wo es sinnvoll ist, kooperieren auf allen Ebenen, wo es der Bürger draußen nicht merkt, aber wo wir auch Kosten für die Gemeinden einsparen. Das heißt auch, Synergien nutzen, die Ebenen Bund, Land, Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden auf eine Ebene zu bringen, die verbessert werden muss. Das ist auch der letzte Punkt – Effizienz steigern. Zuerst müssen wir genau wissen, wer wo was machen kann und dann müssen die Strukturen gut überlegt dazu angepasst werden. Das ist auch ein Seitenhieb Richtung Kompetenzzentren, nicht schon im Vorfeld reden, wir brauchen so und so viele, sondern einmal die Aufgabenbereiche ganz effizient ausloten. Jeder muss wissen, für was er zuständig ist, die Synergieeffekte bündeln und dann über Aufstockung

Ing. Hueter

oder dergleichen anfangen zu diskutieren. Wir von Seiten der ÖVP wollen Reformen möglichst rasch durchbringen, und zwar deswegen, damit wir auch im Landesbudget Spielräume kriegen, um dieses Geld wieder effizient und kostengünstig und gut für die Bevölkerung einzusetzen. Dazu laden wir auch die Opposition ein, diesen Weg mitzugehen und für das Land zu arbeiten und nicht mit Sonderlandtagssitzungen, die, ich glaube, nur dem eigenen Populismus und der eigenen Show dienen und auch Geld kosten – das sei bitte auch gesagt, weil umsonst ist so eine Sonderlandtagssitzung auch nicht (*Abg. Anton: Kommst auch schon drauf!*) – ja, ich komme auch schon drauf, ich brauche zwar ein bisschen länger, aber irgendwann kommt man da auch drauf, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute!*) dass es auch Geld kostet – und dann nicht gleichzeitig immer vom Sparen zu reden, weil diese Dinge, die wir heute wahrscheinlich auch bei den Dringlichkeitsanträgen auch noch hören werden, sind weit weg von der Realität der Vergangenheit. Und ich glaube, da hat man auch gesehen, dass die Gesetze nach allen Regeln der Kunst ausgereizt und umgangen worden sind. (*Abg. Mag. Leyrouz: Von euch! – Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!*) Danke Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluss! Das werden wir dann bei den Dringlichkeitsanträgen eh noch diskutieren können und auch müssen, dass derjenige, der das am meisten ausgereizt hat, am meisten im Dreck drinnen ist, am meisten schreit und am meisten auf die anderen herzeigt. Das kann nicht der neue Stil sein. Ich lade euch ein, bei den Reformen dabei zu sein, für das Land zu sparen und einen anderen Weg zu gehen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der SPÖ, Abgeordneter Herwig Seiser. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Werter Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Dieser Antrag auf Abhaltung eines Sonderlandtages ist zu

allererst einmal eine Beleidigung. Sie werfen uns Postenschacher vor, und zumindest einige von Ihnen wissen, dass der Begriff „Schachern“ aus der Gaunersprache kommt. Wir sind keine Gauner, Herr Kollege Leyrouz! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Ich entnehme dem Antrag des Sonderlandtages auch eine Bedrohung, nicht nur eine Beleidigung. Und die Bedrohung besteht darin – und da bin ich jetzt beim Thema der Aktuellen Stunde – dass Sie eine Reform des Objektivierungsgesetzes haben wollen. Wenn Sie im Zusammenhang mit der Besetzung der Landespressestelle, wenn Sie im Zusammenhang mit der Besetzung des Bürgerbüros oder im Zusammenhang mit der Landesbeauftragten eine Reform durchführen wollen, dann ist es übrig, das sage ich Ihnen, weil hier wurde nach den Buchstaben des Gesetzes vorgegangen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Wenn Sie allerdings die Trickereien der abgelaufenen Periode, nämlich 2009 bis 2012, im Rahmen des Objektivierungsverfahrens abschaffen wollen, dann sind wir bei einer Reform dabei, weil wir wollen nicht haben, dass innerhalb einer Periode 110 Landesbedienstete ohne Ausschreibung und ohne Objektivierung in den Stand der Landesbediensteten aufgenommen werden. (*Abg. Mag. Schalli: Stattdessen haben wir 130!*) Wenn Sie diese Reform haben wollen, da sind wir ziemlich sicher dabei.

Wenn wir von Reformen sprechen, dann sprechen wir heute auch – und das ist jetzt nicht unbedingt in die Richtung der ÖVP gemünzt, weil sie den Kulturlandesrat hat – von einer Kulturreform, sprechen wir von einer Reform der Kultur des Erinnerns. Weil, Herr Kollege Leyrouz, obwohl es manchmal zum Lachen ist, für uns zumindest, Sie missbrauchen den Kärntner Landtag nur deshalb, um eine subjektive Vergangenheitsbewältigung zu betreiben (*Abg. Mag. Leyrouz lacht.*) und sonst gar nichts! Es hat das Beispiel der Objektivierung gezeigt, dass Sie in der Vergangenheit wirklich im Sumpf gesteckt sind. Es zeigen alle anderen aktuellen Affären, mit denen Sie sich jetzt herumzuschlagen haben, ob Sie BZÖ oder FPÖ oder wie auch immer heißen – Telekom, Wahlbroschüre, Connect, Hypo-Desaster – dass Sie hier eine subjektive Vergangenheitsbewältigung betreiben und sonst nichts! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Dazu,

Seiser

geschätzter Herr Kollege Leyrouz, ist uns der Landtag zu schade! Weil Sie müssen sich einfach eingestehen und Sie werden sich dann in Zukunft auch leichter tun, ich will nicht schulmeisterlich klingen, aber Sie haben einfach Verantwortung zu übernehmen. Sie haben Verantwortung zu übernehmen, insbesondere für dieses Hypo-Desaster, das den österreichischen Steuerzahler wahrscheinlich noch Milliarden an Euro kosten wird! Sie können sich aus dieser Verantwortung nicht stehlen, wie sich auch das BZÖ aus dieser Verantwortung nicht stehlen kann. Sie können nicht Politik machen unter dem Motto, die Sonne ist vom Himmel gefallen, aber die Planeten dieses Sonnensystems kreisen noch immer herum. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* Wir werden selbstverständlich im Bereich der Objektivierung die notwendigen Reformschritte durchziehen und wir werden selbstverständlich auch im Rahmen der Demokratiereform für eine Verschnaufpause sorgen, für eine Verschnaufpause der Opposition. Wir werden nämlich den Proporz abschaffen und dann können Sie, geschätzte Damen und Herren von der sogenannten Opposition, in den nächsten 15 Jahren dort sich entsprechend finden und vielleicht wieder zu einer Regierungsreife zurückkommen. Danke schön! *(Abg. Mag. Schalli: 9 Minuten! – Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die eingehaltene Zeit! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der Freiheitlichen, Mag. Leyrouz. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Leyrouz** (F):

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren Zuseher! Sehr geehrte Herren Kollegen! Wenn man das Thema der heutigen Aktuellen Stunde hernimmt, „Ohne Reformen keine Zukunft“, und wenn der Herr Kollege Klubobmann Hueter davon spricht, dass keine Zeit zu verlieren ist, denn die Reformen sind rasch durchzuziehen, dann ist das beste Beispiel der heutige Sonderlandtag und hier die Tagesordnung. Aus der Tagesordnung ist kein einziger Verhandlungs-

punkt zu entnehmen, *(Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Johann.)* es ist keine einzige entscheidungsreife Verhandlungsmaterie zu entnehmen und das ergibt ganz klar das Bild des Reformwillems dieser Landesregierung. *(Beifall von der F-Fraktion.)* Sie können aber auch ersehen, dass unsere schriftliche Anfrage an die Frau Kollegin Prettnner seit mehreren Monaten unbeantwortet ist, weil offensichtlich ein Reformwille im Gesundheitsbereich nicht gegeben ist, weil die Frau Landesrätin, die Landesregierung nicht weiß, wie sie mit der Gesundheit umgehen soll, wie es mit der Finanzierung, mit der Leistungsqualitätssicherung aussieht und es offensichtlich auch nicht erwünscht ist, die Öffentlichkeit zu informieren. Wenn die derzeitige Landesregierung das Thema „Reformen“ anspricht, dann ist ein Reformgedanke und ein Reformwille nur dort erkennbar, wo es darum geht, dass man Gesetze bricht und dass man den Landesdienst Rot einfärbt. Der Reformwille der Regierungskoalition, der Hang zur Umsetzung ist gerade bei den von diesen Parteien so viel gefeierten Änderungen zum Parteiengesetz herauszustreichen, indem gerade SPÖ und ÖVP der Öffentlichkeit weismachen wollten, dass sie mit den € 500.000,-- im Wahlkampf ausgekommen sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren von SPÖ und ÖVP, Sie haben dieses Parteiengesetz im letzten Jahr nicht reformiert, sondern Sie haben die Kärntner Bevölkerung über die wahren Absichten nicht informiert und die Bevölkerung hintergangen, belogen und desavouiert! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Wenn wie gestern Abend die Frau Glawischnig dem Bundeskanzler Faymann vorwirft, dass die SPÖ den Wahlkampf über den SPÖ-Klub finanziert hat, der Parteienfinanzierungsexperte Sickinger ganz klar von illegaler Parteienfinanzierung spricht, es heute eine Stellungnahme des Rechnungshofes dazu gibt, dann ist ganz klar, auch Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben eine illegale Parteienfinanzierung betrieben, die wir aufgezeigt haben. Das ist Ihr wahrer Reformwille! Und uns wundert es schon in einem großen Maße, dass gerade die Grünen auf Bundesebene über illegale Parteienfinanzierung sprechen, diese kritisieren und eine Anzeige einbringen und andererseits unsere Grünen im Kärntner Landtag in koalitionärer Eintracht diese illegale Parteienfinanzierung dulden und darüber hinaus noch unseren Antrag, unseren Dringlich-

Mag. Leyroutz

keitsantrag in der letzten Sitzung abgelehnt haben. Der Reformwille insbesondere der SPÖ zeigt sich aber auch darin, dass Reformen nur darin bestehen, dass einzelne Posten Rot einzufärben sind. Man muss deutlich und klar hervorheben, Reform für die SPÖ heißt Postenschacher in ärgster Form wie es das nur in der Wagner-Ära gegeben hat und jetzt in der Kaiser-Ära. Wenn dann die SPÖ auch noch groß ankündigt, dass eine Verwaltungsreform erfolgen soll, dann ist das eigentlich eine gefährliche Drohung, weil es nur darum geht, die Kompetenzzentren auf 15 aufzublasen, ein Drittel weiterer roter Parteigänger mit in den Landesdienst zu bringen und allenfalls neutral besetzte Stellen ebenfalls Rot einzufärben. Das ist kein Reformwille, das ist versuchter Roter Absolutismus in Urform, das ist Machtwillen und das ist abzulehnen. Ich muss ehrlich sagen, auch mir ist es zu schade, dass die Landesregierung und alle Positionen immer nur Rot besetzt werden. (*Heiterkeit unter den Abgeordneten der SPÖ-Fraktion.*) Wir lehnen es aber auch zutiefst ab, dass eine Reform zum Beispiel in der KABEG so aussieht, dass man eine Compliance-Abteilung abschafft, dass man eine Controlling-Abteilung abschafft. Man will ja keine Kontrolle, denn man will ja schalten und walten. Wir werden uns diese Reformen jedenfalls genau ansehen und wir werden der Kärntner Bevölkerung auch vor Augen halten, was der Reformwille bei der ÖVP, bei den Grünen und bei den Roten bedeutet, nämlich Einfärbung und Machterhaltung. (*Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG des BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich möchte eines feststellen, die Arbeit des Landtages und die entsprechenden Tagesordnungspunkte hängen nicht ausschließlich von der Regierung ab, sondern die hängen ausschließlich von der Arbeit der entsprechenden Ausschüsse ab. Da gibt es dem Kräfteverhältnis entsprechend auch Ausschussvorsitzende für alle politischen Parteien. Da hängt es natürlich auch von der Arbeit in den Ausschüssen ab, inwiefern dann verhandlungsreife Gegenstände aufliegen. Ich als Landtagspräsident habe nur die Möglichkeit, die Verpflichtung, alle verhandlungsreifen Gegenstände auf die Tagesordnung zu nehmen. Nachdem derartige nicht vorliegen, war es heute

nicht möglich, mit einer Tagesordnung von vielen, vielen Punkten aufzuwarten. Nur so viel auch zur klaren und eindeutigen Feststellung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist von Seiten der Grünen der Abgeordnete Dr. Lebersorger. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Lebersorger** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich werde jetzt nicht Polemiken fortsetzen. Als ich mich entschlossen habe, in diesen Landtag zu gehen, wollte ich damit meine Kompetenzen und das, was ich weiß und kann, hier einbringen.

Mir liegt es irgendwie nicht, persönlich auf diese Polemiken hier zu replizieren, und ich widme mich jetzt in meinen Ausführungen den Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik. Im ersten Teil ein paar kritische Anmerkungen zu gängigen Argumenten in der Wirtschaftspolitik und dann ein paar Thesen, wie ich mir vorstellen könnte, wie wir für Kärnten die Wirtschaft wieder in Schwung bringen.

Es werden oft Maßnahmen propagiert, die auf Bundesebene sehr wohl berechtigt sind. Es ist das die Finanzierung öffentlicher und privater Nachfrage durch öffentliche Finanzen. Und damit ist auch zu erwarten, dass ein Teil dieser investierten Mittel über die Steuern wieder zurückkommt. Also durch das erhöhte Umsatzsteuer- und Einkommensteueraufkommen und andere Steuern kann der Bund erwarten, dass ein Teil dieses Deficit-Spendings wieder zurückkommt. Für das Land ist es ganz anders, weil wir uns am gesamten Steueraufkommen des Bundes beteiligen. Das heißt, wenn wir hier in Kärnten öffentlich finanzierte Nachfrage betreiben, dann fließt nur ein Teil der zusätzlichen Steuereinnahmen daraus wieder an das Land zurück. Wir haben die Kommunalsteuer, die fließt an die Gemeinden. Die profitieren davon, das Land profitiert vielleicht davon, dass weniger Sozialleistungen zu leisten sind. Es profitiert auch die Kärntner Gebietskrankenkasse durch höhere Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge. Aber ein undifferenziertes Deficit-Spending kann für uns nicht zielführend sein und das noch aus mehreren anderen Gründen. Wir haben keinen

Dr. Lebersorger

budgetären Spielraum, wir müssen viel eher unsere Schulden zurückführen und Kärnten ist eingebettet in einen offenen Wirtschaftsraum. Wir haben keine Grenzen zur Steiermark, zu Italien oder sonst zur globalisierten Wirtschaft. Das heißt, wenn wir in Kärnten Nachfrage schaffen, dann wissen wir nicht, wem diese Nachfrage zugute kommt. Kommt es dem Kärntner Bauern zugute, dem steirischen Maschinenbauer oder der deutschen Automobilindustrie? Aus diesem Grund kann man undifferenzierte Ausgabenpolitik hier nicht machen.

Meine Thesen, wie könnte es gehen: Ich denke, eine aktive Arbeitsplatzpolitik ist erfolgreiche Regionalpolitik. Davon dürfen wir keine Abstriche machen, aber Beschäftigungspolitik findet häufig auf gesamtwirtschaftlicher Ebene statt, und wir berücksichtigen nicht das Potential an Problemlösungskompetenzen, die wir durch das Engagement der Bürger lukrieren könnten. Sie könnten einen entscheidenden Beitrag zur Prosperität in Kärnten schaffen. Und wenn wir das nicht beachten, dann lassen wir zwei wirklich bedeutende Gründe außer Acht. Das eine ist das lokalspezifische Wissen und das Ideenpotential, das in jeder Gemeinde vorhanden ist für Beschäftigungsprojekte. Diese Vernetzung bleibt ungenützt und unvernetzt. Solche Projekte könnten sein die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur, Verbesserung der sozialen Dienstleistungen, des Umweltschutzes oder der Energieversorgung. Wir brauchen daher eine Vernetzung der Kommunalpolitik mit den Unternehmen, mit den Arbeitgeberverbänden, den Schulen, der Administration und den Lokalzeitungen, den Kirchen, den Vereinen. Und noch ein Argument spricht für die lokale Wirtschaftsankurbelung: Wenn es darum geht, Arbeitsplätze in einer Gemeinde zu schaffen, dann schafft man nicht Arbeitsplätze für irgendjemanden, sondern dann man schafft Arbeitsplätze für die Bürger dieser Gemeinde oder dieser Region. Und damit kann (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) der Aspekt des Gemeinwohls viel stärker in den Vordergrund treten. Ich meine, die Landesregierung sollte daher alle regionalen Beschäftigungsbündnisse stärken und ich sehe insbesondere im Energie-Masterplan eine solche Möglichkeit, auf kommunaler Ebene auch solche Potentiale zu heben. Ein weiterer Punkt ist die klare, strategische Ausrichtung aller (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!*) Unterneh-

men, die unter der Holding zusammengefasst sind. Also grundsätzlich, und damit komme ich zum Schluss, um eine Abwanderung aus Kärnten zu stoppen, ist es notwendig, dass wir uns geistig neu ausrichten. Hierzu bedarf es geistiger Offenheit, Innovation, Kreativität und unserer kommunikativen Fähigkeiten. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann des Teams Stronach, Dr. Hartmut Prasch. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich bin der ÖVP für den Titel der heutigen Aktuellen Stunde sehr dankbar, wobei ich natürlich schon auch Parallelen zur ÖVP-Wahlwerbung klar erkenne. Ich bin aber auch begeistert von den Ausführungen von Ferdi Hueter, weil ausgerechnet er in der ÖVP in der letzten Funktionsperiode schon alle Chancen gehabt hätte, das alles umzusetzen, was er jetzt gefordert hat. Klartext zu sprechen, das ist seit dem Start unserer Bewegung eine Stärke des Teams Stronach. Wir sagen klipp und klar, Kärnten braucht eine Reform, weg vom Proporz, so wie es auch angeklungen ist, hin zu klaren Verhältnissen und zu einer klaren Trennung zwischen Regierung und Opposition. Kärnten braucht auch eine Reform der KABEG. Raus mit der Parteipolitik und rein mit den Experten. Kärnten braucht auch eine Reform im Finanzwesen des Landes. Weg mit dem kamerale System hin zur Budgetwahrheit, Transparenz und Doppik. Kärnten braucht eine Reform des Tourismusgesetzes. Gerade die letzten Wochen haben eindrucksvoll gezeigt, welchen „Murks“ dieses Gesetz für die Kärntner Regionen darstellt. Kärnten braucht eine Reform der gesamten Grundstruktur des Landes. Täglich verlassen neun Menschen Kärnten und dieser Trend muss gestoppt werden. Kärnten braucht

Dr. Prasch

aber auch eine grundlegende Reform der Parteien. Weg mit Heuchelei, Vertuschung, Freunderlwirtschaft, hin zu ehrlicher und transparenter Politik, wie sie vom Team Stronach vertreten wird. Wenn wir von Heuchelei, Vertuschung und Ähnlichem sprechen, brauchen wir auch in einem anderen wichtigen Bereich Klartext, nämlich beim Thema Personalpolitik. Was in den letzten Tagen und Wochen passiert ist, schlägt dem Fass die Krone ins Gesicht, um gleich mehrere passende Sprichwörter zusammenzufassen. Aus dem Objektivierungsgesetz wurde vom Herrn Landeshauptmann ein Subjektivierungsgesetz gemacht. Kärnten droht eine totale und noch nie dagewesene Farce, wie es eine Redakteurin ausgedrückt hat. Rechtsvorschriften und Gesetze werden nicht nur missachtet, man verteidigt die Vorgangsweise auch noch vollmundig. „Umfärben“ ist das Unwort der Stunde. Herr Landeshauptmann, warum muss der Leiter des Bürgerbüros ein SPÖ-Funktionär sein? Wer soll bitte künftig ins Bürgerbüro um Hilfe bitten gehen, wenn man weiß, dass dort ein ehemaliger Parteisekretär das Sagen hat? Das Bürgerbüro darf nicht zu einer Vorfeldorganisation der SPÖ werden. Herr Landeshauptmann, warum muss der Leiter des Landespressedienstes Ihr Vertrauensmann sein, wenn der Landespressedienst für alle Regierungsmitglieder da sein muss? Ihr Glanzstück bleibt aber die Bestellung der Frauenbeauftragten. Nicht nur das Objektivierungsgesetz, sondern auch das Kärntner Gleichbehandlungsgesetz wird dabei missachtet. Warum muss die Landesfrauenbeauftragte eine SPÖ-Vertraute sein, wenn sie weisungsfrei ist und unabhängig von politischer Einflussnahme arbeiten soll? Werte Vertreter der SPÖ, Sie haben im Kärntner Landtagswahlkampf hoch und heilig versprochen, dass alles besser werden wird. Und jetzt? Es herrscht Reformstillstand im Land und die Parteibuchwirtschaft hat wieder Einzug gehalten. Blau raus, Rot rein, ist das Motto. Ist das die von der Koalition gepredigte Reform- und Erneuerungspolitik für Kärnten? Na, bravo! Noch immer liegt uns die Nacht- und Nebelaktion von Blau und Schwarz im Magen, mit der 40 Parteigünstlinge von Doberinig und Rumpold in den Landesdienst versorgt worden sind. Das Team Stronach hat im Landtag als einzige Partei zu diesem Thema eine Wortmeldung abgegeben. Doch nicht nur die SPÖ setzt auf ihre Weise die Personalpolitik (*Vorsitzender: Eine halbe Minute noch, Herr Klubobmann!*) von Blau/Schwarz

fort, sondern auch die ÖVP macht munter weiter. Was aktuell im Landesmuseum und im Stadttheater vor sich geht, ist in höchstem Maße hinterfragenswert und bedenklich. Herr Landeshauptmann, das Personalreferat gehört dringendst reformiert! Wenn Sie großen Mut beweisen möchten, dann geben Sie das Personalreferat jemandem anderen. Dazu sollten Ihnen auch die Stellungnahmen Ihrer Koalitionspartner (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!*) zu denken geben, auch denen liegt die gezeigte Vorgangsweise im Magen. Vollziehen Sie eine Rochade und übertragen Sie Landesrat Holub die Personalagenden! Wir werden ihm gerne behilflich sein, dieses Referat auszufüllen. (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, Herr Klubobmann!*) Ich komme zum Schluss. Kärnten braucht einen Ausschuss, in dem alle Parteien vertreten sind, damit die Personalpolitik fair ablaufen kann. Danke! (*Beifall vom Team Stronach.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächste in der Aktuellen Stunde zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete des BZÖ, Mag. Trodt-Limpl. Ich bitte sie ans Rednerpult!

Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (BZÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Werte Zuseher und Zuhörer auf der Tribüne und via Livestream! Geschätzte Vertreter der Medien! Das Thema dieser Aktuellen Stunde ist betitelt mit „Reformen“. Reformen für Kärnten, Reformen für unser Heimatland. Es soll kein parteipolitisches Hickhack sein, sondern ein gemeinsames Arbeiten, wie ich in den ersten Sitzungen eigentlich vernommen habe, und ich möchte wirklich für mich persönlich alles dazu beitragen, dass wir uns einbringen und gemeinsam für Kärnten etwas weiterbringen. Ein Bericht im „Profil“ aus dem Jahre 2009 sagt: „Die Bundesregierung rüstet sich für einen neuen Anlauf zu einer Verwaltungsreform“. Wenn sie das Vorhaben ernst nimmt, müsste sie die Bundesländer abschaffen, sie sind zu teuer, reformresistent und überflüssig und sie schaden dem Staat, der Wirtschaft und den Bürgern. Wir aber stehen zum Föderalismus und müssen auch beweisen, dass das föderalisti-

Mag. Trodt-Limpl

sche System Bestand hat und auch sehr wichtig ist, weil wir dadurch sehr nahe am Bürger arbeiten können. Jedoch, Reformen sind unabdingbar. Es ist bekannt, dass die Gesundheitsfinanzierung aus einer Hand die Kosten senken könnte. Noch immer gibt es verschiedene Kassensysteme, noch immer gibt es verschiedene Krankenkassen. Jeder ASVG-Versicherte bezahlt denselben Betrag ein, jedoch die Zuschüsse, die die Kassen zu den einzelnen Leistungen geben, sind unterschiedlich und länderweise unterschiedlich. Ein aktueller Bericht der Zahnärztekammer kritisiert, dass die Kassenverträge aus dem Jahre 1957 stammen. Das muss man sich nur vorstellen! 1957 war die Medizin auf einem ganz anderen Stand als heute, da ist die Kieferchirurgie überhaupt nicht enthalten und da sind auch zahnkosmetische Arbeiten und zahnkosmetische medizinische Eingriffe überhaupt nicht berücksichtigt. Kassenordinationen wurden eingespart, für die Prophylaxe ist immer weniger Geld da. Es gibt keine Kinderzahnheilkunde, die Zahnheilkunde wird in der Entwicklung des Kindes überhaupt nicht berücksichtigt. Es gibt Vorschläge, dass das sogar in den Mutter-Kind-Pass einfließen sollte, da ja auch die Gesundheit der Mutter ein großes Anliegen ist, denn wenn die Mutter gesund ist, auf ihre Gesundheit achtet, dann ist auch das Kind meist – hoffentlich! – gesund. Im Bereich der Bildung gibt es noch eine große, große Baustelle. Es wurde verabsäumt, dass die Ausbildung auf universitäre Ebene gehoben wird und dass die Ausbildung gleichwertig ist. Daher haben wir eben diese Verhandlungen und diese Gewerkschaftsverhandlungen, die dann komplett unnötig wären, wenn wir anfangen würden, dass die Pädagogen gleichwertig ausgebildet werden und auch gleichwertig bezahlt werden. Es gibt auch sehr viele Doppelgleisigkeiten in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen. Eine aktuelle IFES-Studie belegt, dass Eltern in Kärnten im vergangenen Schuljahr 7 Millionen Euro für die Nachhilfe ihrer Kinder ausgegeben haben. Die Reform des Bildungssystems ist ein absolutes Muss. Nur best ausgebildete Jugendliche sichern Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Wir haben aber auch Schwerpunkte in der Bildungsreform in Kärnten gesetzt, diese schon vor Jahren gesetzt und führen sie auch weiter durch. Die Schwerpunkte sind: Neue Mittelschule - bis zum Schuljahr 2015/2016 entwickeln sich alle Hauptschulen zu Neuen Mittelschulen. Ab diesem Schuljahr gibt es 55 Neue Mittelschulstand-

orte in Kärnten. Tagesbetreuung, mehr Stunden für Lernzeit, kreative, sportliche und naturwissenschaftlich/technische Angebote, Kooperation mit Sportvereinen, Kultureinrichtungen, Betrieben, Bildungsstandards und standardisierte und kompetenzorientierte Reife und Diplomprüfung, kleinere Klassen und Kleingruppenunterricht, Sprachförderung, Programme zu Gewaltprävention, Kunst macht Schule, Lehre mit Matura, Schulentwicklungsprogramm bei Bundesschulen, Gesamtinvestitionen 109 Millionen Euro für Kärnten, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute!*) last but not least die Internationale Schule Carinthia. Stellen wir uns alle der Herausforderung, es geht um einen Modernisierungsschub und Strukturreform, welche die Handlungsfähigkeit und Effizienz des politischen Systems sicherstellt. (*Beifall von Abg. Korak, der TS-Fraktion, der F-Fraktion und von LH Mag. Dr. Kaiser.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Bürgermeister Herbert Gaggl. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Liebe Landeshauptmann-Stellvertreterinnen! Lieber Herr Landesrat! Hoher Landtag! Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und wo immer Sie uns in der weiten Welt zuhören! „Das Land dreht sich bei Windkraft im Kreis“, schreibt da die „Kronen Zeitung“ und der Herr Landesrat Holub zitiert: „Das Ziel war, keine langen Verfahren zu haben, wobei der Naturschutz vieles verhindert. Diese Probleme, man könnte auch Riesenprobleme sagen, unzählige Auflagen und teilweise schikanöse Kontrollen machen den Standlern in Bleiburg das Leben immer schwerer, viele wollen aufhören. Wirrwarr um Verkehrskompetenzen, ich bin kein Kritiker dieser Bemerkungen,“ sagt unter anderem dieser bekannte Herr, das möchte ich gar nicht näher zitieren. Meine Damen und Herren, ohne Reformen keine Zukunft. Das soll nicht nur ein Schlagwort sein, sondern das muss umgesetzt werden. Da sind wir uns ja, glaube ich, alle

Gaggl

einig. Nur beim Wie, da scheiden sich die Geister, beim Wie. Manche glauben, alles was Pflicht ist, was jetzt so im Gesetz verankert ist, das bleibt, das ist wie in Beton gegossen. Aber wer hat denn die Pflicht gemacht? Das haben ja Gesetze gemacht, und Gesetze haben die Menschen gemacht. Was wir gemacht haben, können wir auch ändern. Ich denke zum Beispiel, schauen wir nur in der Verwaltung nach. Wenn wir schon Verwaltungsreform hören – ich habe hier an dieser Stelle schon manchmal gesagt, Verwaltungsreform, da kriegt man Zustände, weil bei jeder Verwaltungsreform sind zusätzliche Aufgaben dazu gekommen, vor allem für jene, die vor Ort draußen dann diese Reformen auch umsetzen müssen, deswegen Aufgabenreform. Zuerst Aufgaben, dann Strukturen. Wenn wir wissen, welche Aufgaben wir zu erfüllen haben, dann wissen wir auch, welche Strukturen wir brauchen. Vorschriften, Richtlinien, Gesetze, zu viel des Guten. Jedes Gesetz, jede Vorschrift muss bearbeitet werden, muss kontrolliert werden, muss wieder bearbeitet werden, muss wieder kontrolliert werden. Bauordnung: Meine Damen und Herren, schauen Sie sich das an! Wir haben uns die Mühe gemacht als eine der wenigen Gemeinden, ein Prozessmanagement zu machen, wie ein vereinfachtes Verfahren in der Bauordnung abzuwickeln ist. Zehn Seiten, so schaut diese Sache aus. Zehn Seiten im Prozessmanagement, vereinfachtes Bauverfahren, denn das normale Bauverfahren, das brauche ich euch gar nicht zu erzählen. Trotzdem stehst du dann in jedem Fall, wenn du bürgerfreundlich handelst, fast mit einem Fuß im Kriminal. Einfach ist das nicht mehr. Deswegen Reform der Bauordnung auch im Sinne dessen, was wir schon hier im Hohen Landtag gesagt haben, dass wir kostengünstigere Wohnungen schaffen müssen. Veranstaltungsgesetz: Viele freiwillige Vereine, Feuerwehren usw. sind nicht mehr in der Lage, Veranstaltungen durchzuführen, weil die Vorschriften, die Verordnungen usw. so manches überhaupt nicht mehr zulassen. Ein Raumordnungsgesetz: Für 200 Quadratmeter Widmungen, wo wir ein kleines Carport oder eine Garage dazu bauen, brauchen wir ein Jahr Kontrolle über Kontrolle und noch eine Kontrolle. Meine Damen und Herren, wir brauchen Leute, die vor Ort draußen selbst entscheiden können. Wir haben Menschen, die sehr, sehr kompetent sind in den Gemeinden, in den Kommunen draußen, die das gut können. Naturschutz, Forst-

recht, alles wird bis ins kleinste Detail geregelt. Wenn es noch nicht geregelt ist, das schaffen wir auch noch! Wer das Kleinste regelt, der übersieht meistens das Große. Ich denke, wir müssen nicht nur reparieren, sondern, meine Damen und Herren, wir müssen reformieren. Reparieren heißt immer nur, etwas Altes ein bisschen flicken. Wir müssen reformieren, damit wir wirklich etwas schaffen, nämlich Arbeitsplätze und Geld freischaufeln für Investitionen. Wir brauchen im Sozialbereich eine Aufgabenanalyse, den wirklich teuren Förderdschungel zu durchforsten. *(Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Wir brauchen die Änderung in der Gesundheit, die Gesundheitscharta umsetzen, die Gemeinden, die Entflechtung des Umlagewesens, dass die Bürger schnell und unkompliziert zu vernünftigen Produkten kommen. Meine Damen und Herren, wir alle müssen eine Allianz gegen die Bürokratie machen und das betrifft jeden. Wir brauchen ein Prozessmanagement, bevor wir die Gesetze beschließen, damit wir vorher wissen, was wir damit tun, meine Damen und Herren! Neue Wege gehen heißt auch, dass wir alte verlassen müssen, aufhören mit Behindern. Die Politik muss wieder zum Gestalter werden und nicht zum Verwalter und nicht Sklave der Gesetze und der Verordnungen, die Sie hier im Hohen Haus oder sonst wo beschließen. Nur damit schaffen wir Arbeitsplätze, meine Damen und Herren, *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* damit werden Investitionen zugelassen. Gehen wir es an! Schaffen wir es gemeinsam ohne Parteipolitik und ohne Polemik! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann. Ich ersuche ihn, von der Regierungsbank aus zu sprechen!

Landeshauptmann **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Liebe ZuhörerInnen und Zuseher hier im Saal respektive daheim an den Internetgeräten! Die Regierungserklärung, die hier im Hohen Haus sehr konstruktiv diskutiert wurde, bietet eine Fülle von Reformansät-

Mag. Dr. Kaiser

zen, die bis jetzt von allen Sprecherinnen und Sprechern in unterschiedlicher Nuancierung dargestellt worden sind. Erlauben Sie mir, dass ich auch mit dem Thema der Aktuellen Stunde aus der Sicht des Landeshauptmannes damit von der Regierungsbank aus, aber natürlich Ihnen als gesetzgebende Körperschaft die Reformarbeit auch mit anheim stelle, die wesentlichsten eingeleiteten Schritte benenne, teilweise Wiederholungen von bereits gehaltenen Reden, die ich soeben korrigiert habe, hier anlässlich der Budgetdebatte. Wichtiger erster Bereich in meinem eigenen Zuständigkeitsbereich ist der Bildungsbereich. Wir haben erstmals eine Auftragsformulierung herausgegeben, die, was es noch nie gegeben hat in der Geschichte der Kärntner Landesregierung, einen Auftrag ergeben hat für ein Kinderbetreuungseinrichtungs- und Schulstandortkonzept über eine Legislaturperiode, unter Einbeziehung der demografischen Entwicklung, die durch die Landesstelle für Statistik fein säuberlich von Gemeinde zu Gemeinde dargestellt wird: Reformansatz als einzige Schablone mit als Aufgabenstellung, keine Kärntner Gemeinde ohne Kinderbetreuungseinrichtung, keine Kärntner Gemeinde ohne Primärstufe. Das ist die Grundvoraussetzung, die wir als Koalition gewählt haben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Zweiter Punkt: Die Frau Landesfinanzreferentin, die Regierung hat den diesbezüglichen Beschluss gefasst – Sie haben es selber hier erwähnt und als Notwendigkeit eingefordert, der Landtag wird die Gelegenheit haben, das zu beschließen – dass wir ein wirkungsorientiertes Rechnungswesen, das ganz klare moderne Ansätze für eine neue Verwaltung und Budgetierung bringen wird, umsetzen. Das ist bereits in der Regierung beschlossen, wird in nächster Zeit bei Ihnen gemacht zum Schutz der Opposition, damit nämlich nicht das passiert, was in der Zeit als wir die Minderheit in der Kärntner Landesregierung waren, passiert ist. Wir haben die Geschäftsordnung der Kärntner Landesregierung in der zweiten Sitzung reformiert, sodass nicht passieren kann, was den kleineren Parteien und Parteienvertretern in der Opposition passieren könnte, nämlich, dass ein Antrag in der Beschlussfassung von der Mehrheit geändert werden kann und dann etwas anderes herauskommt als es der zuständige Referent oder die Referen-

tin wünscht. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* Wir haben eine Struktur- und Aufgabenreform in der Verwaltung eingeleitet. Ich bin hier gestanden unter dem Applaus von nahezu allen Fraktionen und habe gesagt, es geht nicht um Köpfe-Rollen, es geht darum, dass wir eine wirkungsorientierte Verwaltung haben, dass wir das ent-rümpeln, gesetzlich, wie es der Kollege Gaggl gesagt hat, was obsolet ist und wo nicht jeder in Regelungswut vorgehen muss. Aber wir werden einen Unterschied zu früher machen, wir werden die Personalvertretung, nämlich die Vertretung jener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese Leistung für das Land und für die Verwaltung zu bringen hat, mit an den Tisch setzen, damit was Gescheites herauskommt und nicht Kompetenzzentren, wo manche Kompetenzen einander nahezu widersprechen.

Wir haben eine Reform und Novellierung der Wohnbauförderung auf die Reise geschickt. Erster Erfolg: 15.000 Kärntnerinnen und Kärntner haben keinen großen Mietensprung mittragen müssen, der sie vielleicht an den Rand der Armut gebracht hätte in Einzelfällen, sondern wir haben es geschafft, dass wir durch Darlehensstreckungen hier in dieser Reform das Wohnbauförderungsgesetz 1997 etwas entschärft haben. Wir machen eine Reform der Kärntner Landesholding und der einzelnen Gesellschaften nach Effektivität, nach Effizienzkriterien, nach der Möglichkeit zusammenzufassen, was zusammengehört, um dann aus einem Guss und am Ende des Tages wahrscheinlich von einer Förderstelle her die kargen Steuermittel so effektiv einzusetzen, dass sie größtmöglichen Nutzen haben werden. Wir sind heute am Nachmittag zusammengesessen und haben gebeten, dass wir eine Reform aller Beteiligungen, die das Land Kärnten eingegangen ist, nach klaren Kriterien, Schwerpunktsetzungen und Effizienzpunkten erstellen, damit wir wissen, wie wir diese Steuermittel, mit denen wir behutsam umzugehen haben, in Zukunft möglichst treffwirksam und fokussiert einsetzen werden können. Wir haben eine Reform der Arbeitnehmerförderung gemacht, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das was die letzte Regierung teilweise weggenommen hat, endlich wieder zurückgibt. Wir haben auch die Bildungsinstitutionen, die für die berufliche Weiterqualifizierung sind, mit entsprechenden Mitteln ausgestattet, weil wir

Mag. Dr. Kaiser

wissen, dass Bildung der wesentlichste Bestandteil auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Zukunft sein wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* Und wir haben das Mindestsicherungsgesetz dahingehend geändert, dass wir das, was eine vorhergehende Regierung anders meinte richtig zu tun, geändert haben, nämlich den Pflegeregress abgeschafft und damit auch einmal eine klare Richtung und eine klare Aussage in Richtung älterer Generation gemacht haben. Verkürzt gesagt, *(Vorsitzender: Eine halbe Minute noch!)* wir sind der Meinung, wir haben Gutes für das Land getan.

Ich werde auch das Objektivierungsgesetz reformieren, weil ich es nicht für gut erachte, dass man Objektivierungen dann heranzieht, wenn sie gerade passen. Wenn Sie mir diese drei Fälle, die ich selber aufgeklärt habe und wo ich gesagt habe, warum ich das hier aufzeige, damit der Kärntner Landtag endlich dem nachkommen kann und einen Blödsinn reformiert, dass aus einem Blödsinn ein vernünftiges Gesetz wurde, hat meine Vorgängerregierung in 36 Fällen widersprochen. Der Unterschied von mir zu Ihnen ist: Ich bin einer, der die Namen dieser Beamten, die weiterhin gute Leistung in der Regierung machen, nicht nennt. Ich sage nur die Gesamtzahl. Von den Jahren 2008 bis 2012 waren es 36 Fälle, die von den Vorgängerregierungen verantwortet worden sind. Es sind trotzdem Leute dabei, die gut arbeiten. Und für das Team Stornach, meine Damen und Herren, ein Sondervertrag für die Fraktion. *(Abg. Dr. Lesjak: Da schau her! Aha!)* Ihr Wunsch, gezeichnet von eurem Vorsitzenden, hat sieben Leute umfasst. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Dritte Präsident Lobnig. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Werte Damen und Herren Zuhörerinnen und Zuhörer! Wenn ich den Vorrednern aufmerksam gefolgt bin, so möchte ich auf einige Wortmeldungen replizie-

ren. Im Besonderen, wenn man schon meint, warum eine Sondersitzung hier einberufen wird, dann meine ich, dass es auch wichtig ist, nämlich mit dieser Sondersitzung einmal aufzuzeigen, wie mit Posten in Kärnten umgegangen wird, welche Einfärbungsaktionen stattfinden und vor allem, um auch aufzuzeigen, welche Leistungen die bisherige Regierung bis zum heutigen Tag erbracht hat. Wenn der Klubobmann Ferdi Hueter, den ich sehr schätze, gemeint hat, beginnen wir jetzt sofort mit den Reformen, dann muss man ja die Frage stellen: Wer hindert dich denn daran, seit März in der Regierungsverantwortung, mit diesen Reformen tatsächlich zu beginnen? Niemand! Wir hindern euch ja nicht daran, geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, wie das Thema auch gewählt wurde – Klartext: „Ohne Reformen keine Zukunft in Kärnten“ – so kommt mir ganz bewusst hier auch der Wahlslogan in den Sinn, der damals vor dem 3. März überall präsent war, in den Medien und natürlich auch bei vielen Ansprachen: „Kärnten kann mehr.“ Ja, Kärnten kann mehr, aber das, was sich heute zeigt, meine Damen und Herren, das kann man wahrlich nicht als eine positive Leistung bezeichnen. *(Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG des BZÖ.)* Kärnten hat mehr Arbeitslose, Kärnten hat mehr Insolvenzen, Kärnten hat mehr Leistungskürzungen im familiären Bereich. Hier nehme ich nur heraus, wenn Sie daran denken, eine Kürzung, Abschaffung Babygeld, Müttergeld, Kürzung oder überhaupt Abschaffung Teuerungsausgleich, wenn man auch meint, ja, das wird dann mit der Mindestsicherung ausgeglichen. Meine Damen und Herren, bis dato haben nach diesem Gesetz etwa 25.000 Kärntnerinnen und Kärntner den Teuerungsausgleich bezogen. In der Zukunft bedeutet das, dass jene, die keine Mietbeihilfe haben, ja auch keinen Teuerungsausgleich mehr bekommen. Das sind viele Mindestrentner, viele Kleinbezieher von Rentnerinnen und Rentnern oder Pensionisten, die ein kleines Häuschen haben und daher um diese Unterstützung umfallen werden.

Geschätzte Damen und Herren, in der Vergangenheit haben wir gesehen, dass vieles, das gebe ich auch zu, nicht gut oder absolut korrekt verlaufen ist, aber man hat sich um die Anliegen der Menschen bemüht. Heute vernehme ich aus dem Begriff „linkslinke Koalition“ nicht mehr, als dass man bereit ist, die Menschen links liegen zu

Lobnig

lassen. Denn wer kümmert sich (*Beifall von der F-Fraktion.*) denn draußen um die Anliegen der Kärntnerinnen und Kärntner? Schauen wir doch endlich einmal nach! Es hat viele Bürgerinnen und Bürger bei vielen Veranstaltungen gegeben, die heute schon sagen, wir sind von der derzeitigen Regierung enttäuscht. Wir haben ein hohes Kammersystem, einen Kammerstaat. Hier gibt es wohl viele Funktionäre in den Kammern, aber für die Menschen draußen wird nichts getan, für die Menschen draußen, die heute Sorgen um den Arbeitsplatz haben, Sorgen um ihre Einkünfte. Hier sieht man tatenlos zu, man vernimmt und hüllt sich in Schweigen, und da glaube ich, meine Damen und Herren, hier bedarf es wirklich echter Reformen. Denn wenn hier die Verwaltungsreform/Aufgabenreform angesprochen wird, dann muss ich sagen, das ist ein Widerspruch in sich. Und da meine ich auch, Herr Landeshauptmann, wenn man hergeht und eine Reform in der Regierung durchführt, dann verstehe ich unter Reform, dass man alleine im Straßenbaubereich nicht drei Zuständigkeiten hat. Wofür habe ich drei Zuständigkeiten? Eine Zuständigkeit vom Herrn Landesrat Köfer, eine Zuständigkeit vom Landesrat Ragger und noch eine vom Herrn Landesrat Holub. Drei Zuständigkeiten, das ist die Kompetenz, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten hier eine Konzentration auch der Aufgaben haben, damit die Bürgerinnen und Bürger wissen, wo ist die Anlaufstelle, wo gehe ich hin und wie werde ich von den regierungsverantwortlichen Referenten dann bedient. Ein weiteres Beispiel sehe ich auch in der sogenannten Ausrichtung der Kompetenzzentren. Wenn man beginnt – und hier schließt sich der Kreis – (*Vorsitzender: Die Redezeit läuft ab!*) die Kompetenzzentren zusammenzuführen und jetzt hergeht und sagt, wir blähen das wieder auf, wir schaffen Abteilungsleiter, wir schaffen Unterabteilungsleiter, hier dreht sich der Kreis, weil ich damit genau – und so vermittelt man den Eindruck auch nach außen – wieder Parteigünstlinge dort unterbringe und versorge. Und nichts anderes hat das zum Ziel, sodass ich hier meine, wir brauchen eine echte Aufgabenreform. (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen, Herr Präsident!*) Ich appelliere nochmals: Eine Reform, stichhaltig, nachvollziehbar und eine, die den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommt! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Johann von den Grünen. Bitte ihn um seine Wortmeldung!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Und via Internet möchte ich auch die Aktivisten in Roşia Montană begrüßen und ihnen gratulieren, die ein Goldminenprojekt in Rumänien verhindert haben, durch das ein ganzes Tal durch giftige Cyanidschlämme überschwemmt worden wäre! Ich bin der ÖVP sehr dankbar dafür, dass sie heute das Thema Reformen auf die Tagesordnung gesetzt hat, denn, auch wenn der Aspekt Vergangenheitsbewältigung nicht unbedeutend erscheint, so ist es doch umso wichtiger, sich auch mit der Zukunft zu beschäftigen. Einen solchen Zukunftsimpuls wollen wir Grünen mit der Reform der Umweltschutzverwaltung schaffen. In Kärnten ist bisher der Naturschutzbeirat nach § 61 Absatz 4 des Kärntner Naturschutzgesetzes dazu berufen, die in den Bundesgesetzen dem Umweltschutzverwaltung eingeräumten Rechte wahrzunehmen. Also, er ist Umweltschutzverwaltung nach dem UVP-Gesetz, nach dem Abfallwirtschaftsgesetz, dem Immissionsschutzgesetz - Luft, dem Umweltschutzmanagementgesetz, dem Bundes-Umwelthaftungsgesetz, dem Flurlandesverfassungsgesetz und dem Kärntner Wald- und Weidnutzungsrechte-Landesgesetz. Der Naturschutzbeirat ist in Kärnten ein ehrenamtliches Gremium, das von Naturschutzorganisationen beschickt wird und unter dem Vorsitz des jeweiligen Landesrates tagt. Fast alle anderen Bundesländer in Österreich haben hauptamtliche Umweltschutzverwaltungen, und die übernehmen neben den angeführten Aufgaben auch die Beratung von BürgerInnen in Umweltfragen und in bestimmten Fällen auch die Vertretungen von diesen BürgerInnen in umweltrelevanten Verfahren. Umweltsensible Projekte von BürgerInnen können so vorab mit der Umweltschutzverwaltung besprochen werden und Problemfelder schon im Planungsstadium aufgezeigt und aufgearbeitet werden. Die Umweltschutzverwaltungen haben Parteienstellung in Behördenverfahren, begutachten Projekte, Gesetzes- und Verordnungsentwürfe. Wie wir bei der Befragung der Auskunftspersonen im NEU-Ausschuss festgestellt haben, hat

Dipl.-Ing. Johann

das Kärntner Modell gewisse Vorteile, nämlich den, dass die Naturschutzorganisationen hier direkt in die Verfahren eingebunden werden, aber auch Nachteile, vor allen Dingen das Faktum, dass die Aufgaben als Umweltschlichter aufgrund ihrer Fülle kaum ehrenamtlich wahrgenommen werden können. In der Praxis schaut es so aus, dass sich die Mitglieder des Naturschutzbeirates Urlaub und Zeitausgleich nehmen müssen, um an den Sitzungen teilzunehmen und am Abend nach der Arbeit die Unterlagen, die durchaus umfangreich sein können bei Umweltverträglichkeitsprüfungen, dann durcharbeiten müssen. Wir wollen jetzt die Umweltschlichterschaft aufwerten, die bestehende Geschäftsstelle des Naturschutzbeirates soll durch Einstellung eines weisungsfreien Umweltjuristen bzw. einer Umweltjuristin – und diese Stelle werden wir selbstverständlich ausschreiben, das sei auch an die FPÖ gerichtet – aufgewertet werden. Die Geschäftsstelle soll Sitzungen des Beirates entsprechend vor- und nachbereiten und verfahrensrechtliche Schritte durchführen. Sie sorgt dafür, dass bei umweltrelevanten Gesetzesnovellen und Verordnungen auch der Naturschutzbeirat bzw. der Umweltschlichter in Begutachtungsverfahren Stellung nimmt. Und wenn der Naturschutzbeirat meint, dass Sachverständigengutachten notwendig sind, dann soll das ebenfalls über die Geschäftsstelle abgewickelt werden. Sie soll auch Anlaufstelle für Bürgerinitiativen werden und soll auch über die Möglichkeit informieren, hier Rechtsmittel zu ergreifen. In besonderen Fällen kann die Geschäftsstelle dann auch in bestimmten Umweltkonflikten moderieren. Das wäre zum Beispiel jetzt beim Kraftwerk Klagenfurt durchaus sinnvoll, wo alles ein bisschen steckt. Prinzipiell ist natürlich die Wärmeversorgung mittels Biomasse eine sinnvolle Idee, es ist aber schwierig, Aspekte wie Energieeffizienz, Luftreinhaltung und Anrainerschutz hier unter einen Hut zu bringen und deswegen wäre eine Moderation sehr sinnvoll. Wir wollen hier einen neuen, offeneren Zugang der Politik, wir wollen Konsens statt Konflikt. Es geht um Good Governance, die Umweltschlichterschaft dient zur Qualitäts- und Umweltverbesserung. Es soll die Aarhus-Konvention (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) umgesetzt werden, die den direkten Zugang der BürgerInnen zum Recht ermöglichen soll. Es sollen die Arbeitsbedingungen für den Naturschutzbeirat verbessert werden durch eine Unterstützung bei der inhalt-

lichen Aufarbeitung und es soll eine Vermittlung in Umweltkonflikten stattfinden, dass man rascher zu zufriedenstellenden Lösungen kommt. Unter Beibehaltung des Naturschutzbeirates als beratendes Gremium der Kärntner Landesregierung wollen wir mittelfristig dann eine gesetzliche Basis dafür schaffen, dass die Umweltschlichterschaft in Kärnten (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!*) den Standards der anderen Bundesländer angepasst wird und Lücken im Kärntner Umwelt- und Naturschutzrecht geschlossen werden. Danke! (*Beifall von der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist seitens des Teams Stronach der Abgeordnete Mag. Siegfried Schalli. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Schalli** (TS):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Klartext „Ohne Reformen keine Zukunft in Kärnten“ – und das von der ÖVP! Unter Blinden ist der Einäugige König. Dieser Hang zur Leichtigkeit des Seins dürfte mit der Ernsthaftigkeit der Kunst des Improvisierens als wahre Meisterschaft einhergehen. Ich habe mich lange Zeit gefragt, wie Sie dieses Thema eigentlich einbringen können. Die Antwort, die mir dazu eingefallen ist: Anlässlich der Versäumnisse in der Regierungsverantwortung der letzten Jahre offensichtlich ein durchsichtiger Schachzug zur eleganten Entsorgung Ihres Parteiobmannes Obernosterer nach Wien. Viel mehr fällt mir dazu nicht ein. Wir könnten hier eine Stunde über die Reformversäumnisse Ihrer ÖVP-Beteiligung in der Landesregierung diskutieren und aufzählen. Fakt, sehr geehrter Herr Klubobmann, Sie haben mit Zahlen gespielt, ist, seit 1945 ist der Haushalt nur vier Mal im Plus gewesen, letztmals 1962. Laut Ihrem Verständnis wird ja bereits dann gespart, wenn die Neuverschuldung minimal geringer als im Jahr zuvor ausfällt. Das ist nicht unser Verständnis von Reformpolitik im Bereich der Wirtschaftspolitik. Es gibt nach wie vor keine Reform in den Landesfinanzen. Die Landesregierung muss endlich Schritte für ein modernes und zukunftsfähiges Finanzmanagement setzen, Ankündigungen nach

Mag. Schalli

sechs Monaten alleine reichen nicht mehr. Sie haben Kaputtsparen zum Mythos erkoren. Seit 15 Jahre wird fast nur noch an der Steuerschraube gedreht, vermeintliche Reformen auf der Ausgabenseite, etwa im Pensionssystem, wurden konterkariert – nach dem Ende der Frühpension öffneten sich die Hintertüren bei der Invaliditätsrente sowie bei der sogenannten Hacklerregelung – oder bis zur Wirkungslosigkeit entschärft. Ich erinnere an die Transparenzdatenbank, die jetzt nur noch der Information und nicht wie beabsichtigt zur Verhinderung von Mehrfachförderungen dient. Von großen Reformen wird nur gesprochen, an den Krankheitsbildern jedoch hat sich nichts geändert. Kärnten braucht dringend eine Landesfinanzagentur, um die bestehenden und möglich zu generierenden Synergieeffekte ausgegliederter Rechtsträger, aber auch aller Stellen der Landesregierung zusammenfassen zu können. Darüberhinaus brauchen wir auch ein von uns schon lange gefordertes Budget-Transparenzgesetz, um viele Ungereimtheiten zu verhindern, wie wir es bereits seit Monaten, wie gesagt, fordern. Für die Kärntner Förderkulisse werden wir wohl nicht umhinkommen, endlich die von uns geforderte Transparenzdatenbank einzuführen, die ihrem Namen und ihrem Anspruch auch gerecht wird, ohne Doppelgleisigkeiten und ohne parteipolitische Einflussnahmen. Wir geben für Bildungswesen, Familienförderung, Fortschritt und Entwicklung oder Arbeitsmarktpolitik weit mehr Geld aus, als der Durchschnitt der OECD- oder EU-Länder, trotzdem sind die Ergebnisse unterdurchschnittlich. Neben der Ineffizienz der staatlichen Leistungserbringung kostet die geringe Treffsicherheit des Sozialsystems viel zu viel an Steuergeld. Nicht zu vergessen der falsch verstandene, aber umso teurere Föderalismus. Stichworte wie Mehrfachzuständigkeiten – Bund und neun Länder – und ein teilweise, wie ich meine, gewollt undurchschaubares Dickicht an Transferzahlungen. Themen wie die Stärkung des ländlichen Raumes und die grundsätzliche Überarbeitung der Finanzströme zwischen dem Land und den Gemeinden stehen für das Team Stronach auf der Gemeindereformagenda ganz oben. Unsere Bildung braucht Bildungspower statt Neugebauer. Die Vertreter der ÖVP haben es bis heute trotz zig Verhandlungsrunden nicht geschafft, eine Novelle des Lehrerdienstrechtes auf den Weg zu bringen. Die ÖVP steht auch im Bildungsbereich nicht für Reformen, sondern für

Blockade. Aber das dafür ganz entfesselt! Somit ist Ihr heutiger gewählter Titel der Aktuellen Stunde wohl nur als wahlkampfaktisches Geplänkel und Ablenkungsmanöver zu verstehen. Seit Jahrzehnten ist in der Schule das wichtigste Buch das Parteibuch. Mit dem muss Schluss sein! Wiederum hat eine aktuelle Postenbesetzung, diesmal im Landesschulrat, gezeigt, wie dringend man im Schulbereich ein Parteibuch braucht, aber vor allem, wie weit man damit kommt. Die ÖVP hat sich ein großes „Torta“-Stück vom Rot-Schwarzen Bildungskuchen geholt. Aber hier spielt die viel zu enge Integration der Sozialpartner in die große Koalition von SPÖ und ÖVP hinein und (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) wird zum budgetären Hochrisikospiele. Dafür braucht es ein längst überholtes gemeinsames Bekenntnis der Landespolitik auch zum ländlichen Raum, der in den letzten Jahrzehnten ausgehöhlt wurde, ohne dabei auf die Landbevölkerung Rücksicht zu nehmen. Sie, meine Herrschaften von der ÖVP, haben die Landwirte hier verraten und in der Dürre stehen lassen! Alle diese hier angesprochenen Bereiche zeigen eindrucksvoll, wie groß der Reformstau in unserem Land ist. (*Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen!*) Noch eine Legislaturperiode des bloßen Verwaltens und des Stillstandes kann sich Kärnten nicht leisten. Die selbsternannte „Zukunftskoalition“ ist dringend gefordert, endlich aufzuwachen und ihre selbst groß angekündigten Reformen auf den Weg zu bekommen. Das Einzige, das zu konstatieren übrig bleibt, ist eine Entfesselung (*Vorsitzender: Bitte, Herr Abgeordneter!*) ihrer Reformstaupolitik. Und jetzt verzeihen Sie mir, etwas polemisch im O-Ton (*Vorsitzender: Ich muss Ihnen den Ton nehmen, wenn Sie nicht aufhören! Es tut mir herzlich leid!*) eines offensichtlich mit Duracell-Batterien überfütterten Parteichefs: „Und eines ist schon klar, mit Ihnen bleibt es, wie es war!“ (*Beifall vom Team Stronach.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich erteile dem letzten Redner in der Aktuellen Stunde, dem Abgeordneten Mag. Malle das Wort. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Damen und Herren auf der Tribüne! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass das Thema der Aktuellen Stunde von der Wahl her egal gewesen wäre, weil, wie man auch bei der letzten Wortmeldung gesehen hat, Sie das mit einer Sondersitzung zur Nationalratswahl verwechselt haben, denn weder der Herr Neugebauer noch die Zusammenlegung der Krankenversicherungsträger sind Aufgabe dieses Landtages, sondern wir haben uns hier um das Land Kärnten zu kümmern. Und es ist ja auch durchsichtig, warum diese Sitzung überhaupt einberufen wurde, nämlich nur, um Wahlkampf zu machen, um ein bisschen Rückenwind dort hineinzubekommen, wo Sie im Moment zurückgeschlagen werden oder um es mit anderen Worten zu sagen, ich hoffe, dass Sie nicht bald einen Auftragskiller beauftragen müssen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* Der Herr Lobnig ist leider nicht da.

Ich habe mich wirklich sehr gefreut über seine Wortmeldung. Die war emotional, die war inhaltlich hervorragend, außer für jemanden, der 17 Jahre lang in Kärnten das Sagen gehabt hat. Wenn der Herr Lobnig eine Aufgabenkritik des Landes Kärnten fordert, dann kenne ich mich nicht mehr aus. Weil da war die Kritik da, dass der Ferdi Hueter in der letzten Periode im Landtag gesessen ist. Seit wann war denn der Herr Lobnig, bitte, Bestandteil einer fast absolut regierenden FPÖ in diesem Lande, bitte sehr? Das ist ja wohl das Beste überhaupt! *(Abg. Dr. Lesjak: Genau! – Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* „Kärnten hat mehr Insolvenzen und Kärnten hat mehr Arbeitslose und Kärnten hat eine Kürzung bei den Sozialleistungen.“ Ja, Sie haben vollkommen recht, aber nur, weil Sie das Geld mit beiden Händen beim Fenster hinausgeschmissen und nicht dagegen gearbeitet haben, *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* weil wir mit leeren Kassen hier stehen und nichts mehr dagegen tun können! Das ist ja wohl das Ärgste überhaupt, mit dem Finger auf andere zu zeigen und selbst die größten Verbrechen des Landes gemacht zu haben! Weil die Freiheitlichen haben sich nicht um das Land Kärnten gekümmert und nicht um die Kärntnerinnen und Kärntner, sondern die

Freiheitlichen haben sich nur um ihre eigenen Parteigänger gekümmert und haben Schecks verteilt in diesem Land!

Kärnten braucht eine Reform bei den Landesfinanzen, Kärnten braucht eine Reform bei der Gesundheitsversorgung, Kärnten braucht eine Reform bei der Auszahlung von Förderungen und Schecks. Ich stimme mit Ihnen vollkommen überein. Nur, während das Team Stronach darüber spricht, was Kärnten brauchen würde, arbeitet diese Zukunftscoalition bereits daran, diese Reformen umzusetzen. Das unterscheidet uns nämlich voneinander, dass wir schon daran arbeiten und nicht durch populistische Sondersitzungen uns hier irgendwie aus dem Konzept bringen lassen wollen. Wahrheit, Transparenz, Fairness, der Herr Landeshauptmann hat es schon gesagt: Sieben Anträge auf Sonderverträge. Wo sind da die Wahrheit, die Transparenz und die Fairness? Wer hat denn den Wähler betrogen, ist hier meine Frage? Und um zur Fragestellung zu kommen und um hier Klartext zu sprechen: Wir brauchen zuerst eine Aufgabenreform und dann eine Strukturreform. *(Abg. Mag. Kuchling: Ja!)* Klartext: Ich wünsche mir einen WOLV für Kärnten. *(Abg. Dr. Lesjak: Reißwolf!)* Und jetzt meine ich nicht den Wolf, der durch die Wälder streicht, sondern ich wünsche mir eine wirkungsorientierte Landesverwaltung. Dafür gibt es bereits fixfertige Konzepte und daran müssen wir arbeiten. Klartext: Wir brauchen weniger Gesetze statt mehr. Klartext: Wir brauchen nicht noch eine Kommission, wo ihr mitreden und ein paar „Stronachianer“ unterbringen könnt, sondern wir brauchen klare Regelungen. Und Klartext: Wir brauchen ein Objektivierungsgesetz, das diesen Namen auch verdient! Klartext, Herr Landeshauptmann, weil du gerade hereinkommst: Ich kann voll und ganz nachvollziehen, dass du auf Schlüsselpositionen Vertrauenspersonen haben willst. Ich glaube aber nicht, dass eine weisungsfreie Frauenbeauftragte hier dazu zählt. Danke vielmals! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Mit etwas Toleranz von mir – und ich würde das nächste Mal die Rednerinnen und Redner durch alle Parteien wirklich ersuchen, im Wesentlichen die fünf Minuten Vorgabe als Redezeit auch

Ing. Rohr

tatsächlich einzuhalten – haben wir die Aktuelle Stunde nun beendet. Wir haben einen Tagesord-

nungspunkt auf der Tagesordnung. Wir kommen nun zur Behandlung der

Tagesordnung**1. Ldtgs.Zl. 210-3/31:**

Mündliche Anfragebeantwortung von Erster Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettner zur schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Mag. Leyroutz betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG „Zielsteuerung-Gesundheit“

(Abg. Mag. Leyroutz meldet sich zur Geschäftsordnung.) Ich habe leider, Herr Klubobmann, Ihre Geschäftsordnungswortmeldung nicht gesehen. Sie war auch nicht zeitgerecht. Ich habe den Tagesordnungspunkt aufgerufen. Wir hatten daher bis jetzt zur Anfragebeantwortung die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin dran. Sie können sich nachher selbstverständlich zur Geschäftsordnung melden. Ich werde mir das vormerken. Ich werde mir das vormerken, nachdem die Anfrage beantwortet ist. Bitte!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Dr. Prettner** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe hier eine schriftliche Anfrage zu beantworten, die sich letztendlich in zehn Unterfragen gliedert, deshalb bitte ich Sie, mir das nachzusehen, dass ich mich hier ans Papier halten werde und beginne gleich mit der ersten Anfrage des Herrn Abgeordneten Leyroutz. Ich werde sie verlesen: Kärnten zählt zu den Bundesländern mit der geringsten Anzahl von niedergelassenen Kassenärzten, 76 je 100.000 Einwohner. Wie kann erreicht werden, dass diese Anzahl erhöht wird, um die beabsichtigte Verlagerung von Leistungen aus dem stationären in den ambulanten Bereich zu erreichen? Mir ist nicht ganz klar, wie der Herr Abgeordnete Leyroutz zu diesen Zahlen kommt. Denn nach meiner Recherche gibt es in Kärnten auf 100.000 Einwohner 81 Kassenärzte. Das heißt, entsprechend befinden wir uns hier im Mittelfeld. Wenn wir dazuzählen, dass wir auch

niedergelassene Ärzte haben, die keinen Kassenvertrag haben, so kommen wir auf 210 Ärzte je 100.000 Bürgerinnen und Bürger in Kärnten. Allein aus dieser Zahl zeigt sich schon, dass sich die Versorgung der Menschen in Kärnten nicht nach der Anzahl der niedergelassenen Ärzte richtet, sondern nach den Rahmenbedingungen, die diese niedergelassenen Ärzte haben und nach den Arbeitszeiten, die diese niedergelassenen Ärzte haben. Denn ich glaube, jeder von uns hat die Situation schon einmal erlebt, am Wochenende einen niedergelassenen Arzt aufsuchen zu wollen und die Schwierigkeit gehabt, dass das nicht möglich ist, weil einfach aufgrund der vorgegebenen Arbeitszeiten an Fenstertagen oder an Sonntagen ein Facharzt selten zu erreichen oder das ein Ding der Unmöglichkeit ist. Deshalb ist gerade das auch Aufgabe der Gesundheitsreform, hier zu definieren, wann niedergelassene Ärzte zu praktizieren haben und wann dann letztendlich auch und wo der beste Punkt der Behandlung ist, ob er im niedergelassenen Bereich ist oder ob er im intramuralen Bereich ist. Gerade das sind Aufgaben der Gesundheitsreform. Sie orientieren sich nicht an der Anzahl der Ärzte, sondern wie gesagt an strukturellen Vorgaben, die wir hier zu tätigen haben und die hier die Zielsteuerungskommission zu gewährleisten haben wird. Es wird auch notwendig sein, die Gesundheitsförderung und die Prävention weiter auszubauen, denn das ist auch deklariertes Ziel der Gesundheitsreform, die gesunden Jahre der Menschen zu verlängern. Das ist klar definiert mit zwei Jahren mehr Gesundheit für jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin.

Die zweite Frage: Gibt es ein Konzept, wie die vom Gesetz verpflichtend festgelegte Kooperation des Landes mit der GKK aussehen wird? Dazu kann ich folgendes festhalten: Die Zusammenarbeit zwischen Land Kärnten und der Kärntner Gebietskrankenkasse ist seit Jahren sehr kooperativ. An einem Beispiel möchte ich Ihnen das auch vor Augen führen. Hier haben wir zum Beispiel die sektorenübergreifende Fi-

Dr. Prettnner

nanzierung der ambulanten Hämodialyseleistungen. Die vorgesehene Kooperation findet durch die gemeinsame Planung auch des intra- und extramuralen Bereiches im regionalen Strukturplan Gesundheit ihren Ausdruck und wird im Kärntner Gesundheitsreformgesetz berücksichtigt werden, mit welchem sich der Landtag ja derzeit schon im Ausschuss befasst. Ich hoffe, bei der nächsten Sitzung werden wir dann dieses Gesetz beschließen.

Dritte Frage: Wann werden die vom Gesetz geforderten Best Points of Services in Kärnten bekannt gegeben? Die Etablierung der Best Points of Services, das heißt, Leistungserbringungen zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort mit optimaler medizinischer und pflegerischer Qualität, Gesamtwirtschaft möglichst effizient, erfolgt nicht einfach nach Willkür. Genau das sind auch die Themen der Gesundheitsreform, zu definieren, wo ist dieser beste Punkt des Services? Ist es im regionalen Bereich, eventuell im niedergelassenen Bereich? Ist es im ambulanten Bereich oder ist es möglicherweise auch im intramuralen Bereich? Das sind Themen, die zentrale Themen der Gesundheitsreform sind mit dem obersten Ziel, Doppelgleisigkeiten oder Mehrfachvorhaltungen abzuschaffen und hier effizienter agieren zu können.

Vierte Frage: Bisher verzeichneten die Spitalsambulanzen von Jahr zu Jahr mitunter markante Steigerungen. Auf welche Weise wird das erklärte Ziel der Reform, die Spitalsambulanzen zu entlasten, angepeilt? Wir haben hier ein Instrumentarium, das nennt sich der Regionale Strukturplan Gesundheit, der bis zum Jahr 2015 Gültigkeit hat, der gemeinsam mit dem niedergelassenen Bereich sowie dem Spitalsbereich definiert, welche Leistung wo stattzufinden hat. Dieser Regionale Strukturplan Gesundheit wird jetzt wieder überarbeitet werden. Genau das wird definiert werden, wo welche Leistungen zu erfolgen haben. Es wird auch die Frage zu stellen sein, ob wir Leistungen in neuen Formen zu erledigen haben. Das heißt, Ambulanzen, die außerhalb des Krankenhauses sind, möglicherweise mit 24 Stunden Öffnungszeiten oder in Gruppenpraxen. Auch hier werden wir kreativ denken müssen, um eine Entlastung auch des Spitalsbereiches zu erwirken.

Fünfte Frage: Wen wird das Land für die fünf Plätze in der Kärntner Zielsteuerungskommissi-

on nominieren? Wer wird unser Land in der Bundeszielsteuerungskommission vertreten? Den zweiten Teil der Frage kann ich schon beantworten, denn ich bin eine der vier LandesvertreterInnen Österreichs, der österreichischen Bundesländer in der Bundeszielsteuerung. Ich wurde hier hineinnominiert. Es hat hier bereits eine Sitzung gegeben. In Kärnten sind durch die Vorgabe des Gesetzes drei Mitglieder ganz klar definiert, nämlich die zuständige Referentin für Finanzen, für Soziales und für Gesundheit. Die weiteren Vertreter werden vom Regierungskollegium beschlossen werden.

Sechste Frage: Nach welchen Kriterien werden diese Personen ausgewählt? Um hier eine entsprechende Nominierung zu veröffentlichen, müssen wir erst einmal die Gesetzeswerdung der Gesundheitsreform abwarten. In weiterer Folge werden dann die Nominierungen erfolgen.

Siebente Frage: Die erste Periode der vom Gesetz geforderten Zielsteuerung bis 2016 läuft bereits. Bundesweit sollen die Gesundheitskosten in dieser Frist österreichweit, wie es im Gesetz heißt, um 3,43 Milliarden Euro gedämpft werden. Welche Vorgaben aus Wien sind zu erfüllen? Der Artikel 15a der Vereinbarung „Zielsteuerung-Gesundheit“ sowie der Art. 15a der Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens wurden bereits im Dezember 2012 unterfertigt und auch im Kärntner Landtag vor wenigen Monaten beschlossen. Die im Rahmen dieser Zustimmung erfolgten Kostendämpfungsziele, das heißt, das sind nicht Einsparungen, sondern Kostendämpfungen der zu erwartenden Steigerungen, die derzeit bei 5,2 Prozent liegen, hier soll eine Kostendämpfung auf 3,6 Prozent erfolgen. Das ist auch im Bundeszielsteuerungsvertrag so festgeschrieben.

Achte Frage: Wie viele Millionen muss Kärnten bei der Erfüllung der Vorgaben erbringen? Durch die konsequente Umsetzung der „Zielsteuerung-Gesundheit“ wird die vorgegebene Eindämpfung der Kostensteigerung bis zum Jahr 2016 mit 144 Millionen Euro auf Landesebene beziffert. Nichtsdestotrotz wird aber jährlich mehr Geld für das Gesundheitswesen zur Verfügung stehen. Es wird zu keiner Mittelkürzung kommen. Damit wird der freie Zugang für die gesamte Bevölkerung zu den Gesundheitsdienstleistungen gewährleistet und auch für die Zukunft gesichert.

Dr. Prettner

Neunte Frage: Die vom Gesetz geforderten Einsparungen sollen zum größeren Teil in den Spitälern umgesetzt werden, zu einem geringeren Teil in den Krankenkassen. An welche Maßnahmen wird dabei konkret gedacht? Zu den konkreten Maßnahmen ist festzuhalten, dass dem Landeszielsteuerungsvertrag an dieser Stelle nicht vorgegriffen werden kann und wir erst mit Zusammensetzung der Landeszielsteuerungskommission auch die konkreten Ziele definieren werden können und die Eindämpfungen der Kostensteigerungen dann letztendlich auch veröffentlichen werden.

Zehnte Frage: Wie wird das stationäre Kostendämpfungsvolumen zwischen den KABEG-Häusern und den übrigen Kärntner Krankenhäusern aufgeteilt? Die Basis für die Erreichung des Kostendämpfungsvolumens ist die gemeinsame Planung der Versorgungsstrukturen zwischen Land und Sozialversicherung. Welche Einrichtung mehr oder weniger dazu beiträgt, hängt von deren künftigen Aufgabenstellungen ab. Es handelt sich hierbei um einen wichtigen Teilbereich des Landeszielsteuerungsvertrages. Dem kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgegriffen werden, zumal noch die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen dem Land und der Sozialversicherung zu führen sein werden. Aber ich kann jetzt schon sagen, dass dieser Reformprozess ein historischer Prozess ist und dass erstmalig die Vertreter der Sozialversicherung und die Vertreter des Landes, die die wesentlichen Financiers des Gesundheitssystems sind, an einem Tisch sitzen werden und sich hier auch Gedanken machen werden, wie wir die optimale Versorgung der Bevölkerung gewährleisten können und das, was die finanziellen Ausgaben betrifft, trotzdem mit Augenmaß durchführen werden. In diesem Sinne hoffe ich auch, dass die Ausschussverhandlungen zu einem positiven Ende geführt werden können und dass wir dieses Gesetz demnächst im Kärntner Landtag beschließen werden können. Hier werden wir natürlich noch weiter ausführlich zu diesem Thema sprechen, und ich hoffe, Ihnen mit dieser Beantwortung vorerst einmal offene Punkte beantwortet zu haben. Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion, der Fraktion der Grünen und der TS-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettner für ihre mündliche Beantwortung! Zu Wort gemeldet zur Geschäftsordnung ist als Erster der Herr Klubobmann des Teams Stronach, Prasch, und als Zweiter dann der Herr Klubobmann Leyrouz. Bitte um Ihre Wortmeldung!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Nachdem es aktuell auftretend immer mehr Gerüchte gibt in diese Richtung und die Agentur White House derzeit bei der Bundes-ÖVP bereits des Öfteren medial im Zusammenhang mit Parteienfinanzierung und Co. erwähnt worden ist, stellen wir vom Team Stronach folgenden Antrag: Die unterzeichneten Abgeordneten des Team Stronach-Klubs stellen gemäß § 64 der Kärntner Landtagsgeschäftsordnung den Antrag, den Kärntner Landesrechnungshof gemäß § 13 Absatz 2 des Kärntner Landesrechnungshofgesetzes zu beauftragen, eine Überprüfung der Aufträge des Landes Kärnten, insbesondere der Kulturabteilung an die Agentur White House Advertising Eventmarketing GmbH bzw. White House Carinthia in den Jahren von 2004 bis 2013 durchzuführen und entsprechend zu kontrollieren, ob die der Agentur überwiesenen finanziellen Mittel nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit eingesetzt wurden. Darüberhinaus soll festgestellt werden, ob die Auftragsvergaben analog den geltenden rechtlichen Bestimmungen erfolgt sind.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte mir diesen Antrag auch in schriftlicher Form auszufertigen! *(KO Abg. Dr. Prasch, den Antrag überreichend: Gerne!)* Danke schön! Meine sehr geschätzten Damen und Herren, Sie haben den Antrag zur Geschäftsbehandlung betreffend „Aufträge des Landes Kärnten an die White House Agentur – Überprüfung durch den Landesrechnungshof“ gehört. *(Abg. Scherwitzl meldet sich zur Geschäftsordnung.)* Zur Geschäftsordnung dazu? *(Abg. Scherwitzl: Ja!)* Bitte, Herr Klubobmann-Stellvertreter Scherwitzl!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Ich stelle den Antrag, die Sitzung für klubinterne Beratungen zu unterbrechen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Es gibt einen Antrag, die Sitzung für klubinterne Beratungen zu unterbrechen. (*Abg. Dr. Lesjak: Nachdem wir die anderen Anträge auch gehört haben! – 3.Präs. Lobnig: Die Geschäftsordnungsmeldung ist nicht zu dem Punkt, bitte!*) Die Geschäftsordnungswortmeldung vom Klubobmann Leyrouz, nehme ich an, ist nicht zu dem Punkt, sonst hätte er sich entsprechend geäußert. Nachdem der Herr Klubobmann-Stellvertreter Scherwitzl sich zu dem vorliegenden Antrag zur Geschäftsordnung gemeldet und gebeten hat, die Sitzung für klubinterne Beratungen zu unterbrechen, werde ich diesem Antrag auch entsprechend stattgeben und unterbreche die Sitzung für zehn Minuten. Wir haben jetzt 18.02 Uhr, wir setzen die Sitzung um 18.12 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung von 18.02 Uhr bis 18.18 Uhr.)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir die unterbrochene Sitzung wieder aufnehmen können. Es ist eine entsprechende Anzahl von Abgeordneten da, um die Abstimmung durchzuführen. Bitte, die Plätze einzunehmen! Das gilt auch für den Dritten Präsidenten. – Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Sie haben den entsprechenden Antrag zur Geschäftsbehandlung bzw. zur Überprüfung durch den Landesrech-

nungshof gemäß § 64 K-LTGO gehört. Ich lasse über diesen Antrag der Rechnungshofprüfung abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der Freiheitlichen, des Teams Stronach und der Interessengemeinschaft des BZÖ die Minderheit, daher ist dieser Antrag abgelehnt.

Als Nächster zu Wort gemeldet – (*Abg. Mag. Leyrouz meldet sich zur Geschäftsordnung.*) – zur Geschäftsordnung ist der Klubobmann der Freiheitlichen, Mag. Leyrouz. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Abgeordneter **Mag. Leyrouz** (F):

Herr Präsident! Im Hinblick auf die heutige Anfragebeantwortung meiner schriftlichen Anfrage beantrage ich nach § 23 Abs. 1 Geschäftsordnung die Debatte in der nächsten Landtagssitzung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Debatte in der Landtagssitzung ist beantragt. Es ist dafür eine einfache Mehrheit bei der Abstimmung erforderlich. Wer dafür ist, dass die Debatte in der nächsten Landtagssitzung zur heutigen schriftlichen Anfragebeantwortung der Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettnner stattfindet, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! Das ist einstimmig so erfolgt, daher wird die Debatte in der nächsten Sitzung zu Ihrer Anfragebeantwortung stattfinden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir kommen nun zur Mitteilung des Einlaufes. Es gibt eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen. Ich bitte den Landtagsdirektor Mag. Weiß um die Verlesung des Einlaufes!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

A) Dringlichkeitsanträge:

Ldtgs.Zl. 116-1/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Hilfe für die dürrebeschädigte Kärntner Landwirtschaft mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Mag. Weiß

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung, insbesondere dem Landwirtschaftsministerium und der Österreichischen Hagelversicherung zu erreichen, dass analog zur Förderkulisse für Frost- und Hagelversicherungsprämien auch eine Bezuschussung von Dürreversicherungsprämien aus dem Katastrophenfonds eingeführt wird.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben den entsprechenden Antrag gehört. Zur Begründung zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Franz Wieser. Ich bitte ihn, die Dringlichkeitsanfrage zu begründen!

Abgeordneter **Wieser** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer! Wir alle miteinander verspüren die Klimaveränderung in unserem Land. Ich glaube, über das Fernsehen kriegen wir sie weltweit mit. Mit dieser Klimaveränderung erleben wir alle Wetterextreme. Es nehmen Sturm, Starkregen, Überflutungen, Hagel zu, Dürreschäden sind vorhanden, hervorgerufen im Grunde genommen durch natürliche Vorgänge, selbstverständlich, aber ich glaube, in erster Linie vor allem eben hervorgerufen durch den Verbrauch von zu viel fossiler Energie mit einem gigantischen CO₂-Ausstoß, und damit verbunden ist eben die Klimaerwärmung, die zu diesen Wetterextremen dann auch dementsprechend führt. Die Auswirkungen für uns oder für die Bevölkerung sind sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite haben sich heuer sicher viele darüber gefreut, was für ein herrlicher Sommer es war. Die Fremdenverkehrswirtschaft wird hoffentlich ein Plus einfahren, weil so viel Sonne vorhanden war. Aber es gibt eben auch Bevölkerungsgruppen, die dementsprechend negativ betroffen sind, und hier ist vor allem die Landwirtschaft an erster Stelle betroffen, weil wir ganz einfach die Werkstatt unter dem freien Himmel haben. Jeder Sturm, jede Überflutung, jeder Hagel, jede Dürre trifft die Landwirtschaft im negativen Sinn. Für jeden einzelnen Hof, den es trifft, für jede Familie ist es eine Katastrophe, ist es eine Existenzgefährdung für den gesamten Hof und für die Existenz der Familien. Lassen wir die Bäuerinnen und Bauern, die bäuerlichen

Familien nicht im Stich, sondern wir alle, die wir Verursacher sind, müssen hier eigentlich mithelfen, damit wir dieses Problem bewältigen. Lassen wir die Bauern nicht jedes Mal, wenn es eine Katastrophe gibt, zu Bittstellern werden, sondern helfen wir ihnen heuer dementsprechend, dass wir aus dem Katastrophenfonds Gelder freimachen und Hilfestellungen bieten. Aber für die Zukunft wünsche ich mir oder beantrage ich, dass wir hier ein Versicherungsmodell wie die Hagelversicherung, die auch bereits vorhanden ist, dementsprechend auch für die Dürre ausweiten. Das heißt, dass Bund, Land und die Landwirtschaft gemeinsam diese Dürreversicherung bezahlen oder einzahlen, um dann im Fall der Fälle eben abgesichert zu sein. Deshalb auch unser Antrag an die Bundesregierung, hier gemeinsam mit der Hagelversicherung ein entsprechendes Modell auszuarbeiten und dass die Bezuschussung dieses Modells dann eben auch aus dem Katastrophenfonds, wie eben die Hagelversicherung bereits vorhanden ist, ausgebaut wird. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet in der Begründung der Dringlichkeit ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Johann. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Die Dürreschäden haben geschätztermaßen über 30 Millionen Euro Schäden verursacht. Ich begrüße daher die Maßnahmen, die die Landesregierung heute beschlossen hat zur Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern. Ich möchte auch die Ausführungen des Abgeordneten Wieser unterstreichen, dass durch den Klimawandel solche Ereignisse häufiger werden. Wir haben heute den Umweltzustandsbericht beschlossen und auch daraus geht hervor – aus den Niederschlagsdaten – dass die Trockenheit im Südosten von Kärnten zunimmt und dass die Gebiete, die heuer schon betroffen waren, in Zukunft wahrscheinlich noch viel stärkere Probleme haben werden. Wir brauchen da ein Maßnahmenbündel. Das war sicher richtig, dass hier die Natur-

Dipl.-Ing. Johann

schutzflächen und die Blühflächen rechtzeitig freigegeben wurden. Allerdings darf man da auch eine Kritik anbringen an den Maßnahmen des Bundesministers, dass nämlich hier die Bauern im Prinzip selber die Hilfe zahlen, weil sie können dann zwar hier ernten, aber sie bekommen dafür keine Förderungen mehr, deswegen kaufen sie sich das Futter praktisch von sich selber ab. Das ist, glaube ich, keine echte Hilfe. Der Futtermittelankauf war sicher eine sinnvolle Maßnahme. Überlegen sollte man auch die Almenförderung. Weil was heuer gerade zu beobachten war, das ist, dass die Almen, die die Waldweide haben, die von der AMA gar nicht mehr anerkannt werden, dass die oft zum Teil bessere Weideflächen hatten, weil sich einfach im Wald, im Schatten und zwischen dem Almräusch mehr Futter gefunden hat als auf den freien Flächen. Wir müssen uns langfristig überlegen, wohin sich unsere Landwirtschaft entwickelt, welche Kulturen wir anbauen, ob der Mais weiter großflächig da auch geeignet ist für den Anbau, zumindest in den Gebieten, die jetzt auch mit Trockenheit besonders betroffen waren. Wir müssen uns hier Maßnahmen gegen den Klimawandel überlegen, um Emissionen an Treibhausgasen – der Herr Abgeordnete Wieser hat es angesprochen – zu reduzieren. Und ein wichtiger Punkt für das kommende Förderprogramm ist sicher auch hier die Dürreversicherung. Wir stimmen deswegen hier der Dringlichkeit des Antrages zu und werden auch dem Antrag selber inhaltlich zustimmen. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet zur Begründung der Dringlichkeit ist Abgeordneter Alfred Tiefnig von der SPÖ. Ich darf ihn bitten, zu sprechen!

Abgeordneter **Tiefnig** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es gab im August einen Dürregipfel im Amt der Kärntner Landesregierung. Die Vertreter waren anwesend: Der zuständige Landesrat, die Fachabteilung 10, Vertreter der Raiffeisengenossenschaft und der Bau-

ernbundpräsident aus Kärnten. Es war ein sehr konstruktiver Gipfel, aber wir haben schon Unterschiede feststellen können, und zwar, es gibt auch in Kärnten regionale Unterschiede, die von Dürreschäden unterschiedlich betroffen sind. Wir sind zur Erkenntnis gekommen, dass es in Kärnten kein Gießkannenprinzip geben soll, sondern dass die, die die Förderung wirklich benötigen, auch in den Genuss dieser Förderung kommen. Die Kontrolle des Vertriebes habe ich selbstverständlich eingefordert. Das heißt, dass nicht in den Genossenschaften aufgrund der zusätzlichen Fördermittel, dass die Futtermittel bzw. das Raufutter, das heuer relativ karg ist, dass dann die Futtermittelpreise steigen. Es wurde auch ein Versprechen abgegeben von den Vertretern der Genossenschaften, dass eben auch diese Futtermittelpreise nicht steigen sollen. Es gibt ja einen Riesenunterschied zwischen den Kornflächen und den Maisflächen, da auch die regionalen Unterschiede Oberkärnten und Unterkärnten. Die sind unterschiedlich betroffen. Wir als Vertreter der SPÖ sind natürlich selbstverständlich für diesen Antrag, aber ich sehe diesen Antrag auch als Verstärkung dieses Dürregipfels. Es hat ja heute Gott sei Dank einen positiven Beschluss der Landesregierung gegeben, wo wir eben die Fördermittel und die Co-Finanzierung des Bundes sicherstellen. Aber zum Inhalt dieses Dringlichkeitsantrages möchte ich feststellen, weil ich auch aus der Versicherungsbranche komme, die Hagelversicherung ist eine Bausteinversicherung und eine Bausteinversicherung bedeutet auch immer zusätzliche Kosten. Je mehr Bausteine ein Landwirt in sein Versicherungspaket hineinnimmt, desto teurer wird es. Es wird nach wie vor die gesamte Hagelversicherung, wie auch diese Bausteine ausschauen, natürlich auch vom Katastrophenfonds gestützt. Daher ist es auch zu überdenken, wenn man dann möglichst viele Bausteine in dieses Versicherungsbündel hineinnimmt, dass das auch die Kunden und da eben die produzierenden Landwirte dementsprechend mehr kostet. Wie gesagt, wir sind von der Hilfe speziell für unsere Landwirte überzeugt. Wir als Land Kärnten, die Landesregierung und auch die wirklich produktive Arbeitsweise – es wird ja nach wie vor, wenn es auch nicht immer in den Medien steht, gearbeitet, hier wurden effizient, schnell Beschlüsse gefasst und daher hoffe ich, dass wirklich die Förderungen und die Geldmittel bei den Bauern ankommen, die es unbedingt und wirklich brau-

Tiefnig

chen. In diesem Sinne, die SPÖ-Fraktion wird sich natürlich diesem Dringlichkeitsantrag anschließen und wir sind selbstverständlich auch für die Hilfe für die Kärntner Landwirtschaft! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet zu diesem Dringlichkeitsantrag von Seiten der Freiheitliche ist der Abgeordnete Pirolt. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Pirolt** (F):

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Präsident! Die Hagelversicherung gibt es nun schon seit 1947, und aus dieser klassischen Hagelversicherung ist mittlerweile beinahe eine umfassende Versicherung geworden, die Tiere, Silofolien, alle möglichen Dinge bereits abdeckt. Sie ist so aufgebaut, dass 25 Prozent der Prämien zumindest in der Hagelversicherung von Seiten Bund und Land gedeckt werden und auch beim Weinbau der Frost mit einbezogen ist und eben auch in dieser Höhe von Bund und Land bezahlt wird. Worauf ich hinaus will: Der Dringlichkeit ist grundsätzlich stattzugeben, aber es ist vielleicht darauf hinzuweisen, dass, wenn man die Bezuschussung auf die Dürreversicherung ausweitet, man dann darauf Acht nimmt, dass die Böden vielleicht mit einzubeziehen wären, denn es gibt klassisch einfach trockene Böden, wo die Schadenshäufigkeit von Natur her gegeben ist, sodass dieses Bonus-Malus-System, das ja bei der Hagelversicherung durchaus greift, dort abgedeckt werden muss. Da wäre die Landesregierung zu bitten, das auch adäquat zu berücksichtigen. Wir geben selbstverständlich auch unsere Zustimmung zur Dringlichkeit. Danke! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit sind die Wortmeldungen zur Dringlichkeit erschöpft, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit gibt, den bitte ich um ein zustim-

mendes Handzeichen! – Das ist einstimmig so, und der Dringlichkeit ist stattgegeben. Ich lasse auch über den Inhalt dieses Dringlichkeitsantrages abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist ebenso einstimmig erfolgt. Nachdem es zur inhaltlichen Debatte keine Wortmeldungen gibt, ist der Antrag erledigt und wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag. Ich bitte den Landtagsdirektor, diesen zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Ldtgs.Zl. 22-5/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs, des TS-Klubs und IG-BZÖ betreffend Nein zu rotem Postenschacher in der Kärntner Landesregierung mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass es zu keiner Aufweichung des Kärntner Objektivierungsgesetzes kommt, dass Bedienstete des Landes Kärnten weiterhin ausschließlich nach den Kriterien des Kärntner Objektivierungsgesetzes aufgenommen werden, dass das Kärntner Objektivierungsgesetz in der Kärntner Landesverfassung verankert wird und dass alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um parteipolitischen Postenschacher zu verhindern und um die unverantwortlichen Personalbesetzungen des Personalreferenten abzustellen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete und Klubobmann Prasch vom Team Stronach. Bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte

Dr. Prasch

Zuhörerinnen und Zuhörer! Zuerst nutze ich die Gelegenheit, mich sehr herzlich zu bedanken bei der Koalition der Zukunft, dass zum zweiten Mal ein Prüfantrag an den Rechnungshof abgelehnt worden ist! Ich glaube, das ist etwas Neues in den parlamentarischen Gepflogenheiten und gibt für uns natürlich auch kein schlechtes Bild davon ab, was die Damen und Herren unter Transparenz verstehen. Wir sind aber nach wie vor auch der Meinung, dass im Zuge von Postenbesetzungen vieles in Kärnten nicht in Ordnung ist. Rechtsvorschriften wurden sträflich vernachlässigt, wissentlich missachtet und Gesetze in ähnlicher Weise umgangen wie bei der Wahlkampfkostenbeschränkung. Es sollte im Sinne aller Landtagsparteien sein, dass es zu keiner Aufweichung des Kärntner Objektivierungsgesetzes kommt, dass Bedienstete des Landes Kärnten weiterhin ausschließlich nach den Kriterien des Kärntner Objektivierungsgesetzes aufgenommen werden, dass das Kärntner Objektivierungsgesetz in der Kärntner Landesverfassung verankert wird und dass alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um parteipolitischen Schacher zu verhindern und um unverantwortliche Personalbesetzungen durch Alleingänge abzustellen. Durch die neue Koalition hat sich gegenüber der Vorperiode im Personalbereich nichts verändert. Blau-Schwarz haben noch schnell vor der Landtagswahl die Parteigünstlinge versorgt und der Herr Landeshauptmann hat als eine der ersten Aktionen rund 130 MitarbeiterInnen aus landesnahen Vereinen in den Personalstand übernommen, ohne Ausschreibung und ohne Objektivierung. Als Personalaufwand hätten sie auch in den Vereinen deklariert werden müssen im Sinne von Transparenz. Auf die politischen Umfärbelungsaktionen der letzten Wochen wurde schon genug hingewiesen. Die Kärntner Politik droht aufgrund der aktuellen Vorgangsweise weiter an Ansehen zu verlieren, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wird dadurch sicher nicht gestärkt. Vor wenigen Tagen hat mich auf der Straße ein junger Mann angesprochen, ein junger Journalist, und mich gefragt, ob er nicht auch Leiter des Landespressedienstes werden könnte. Er verfügt über ein Hochschulstudium, über hohe Detailkenntnis in Bezug auf politische Abläufe in Kärnten und über jahrelange Berufserfahrung im Medienbereich mit Führungsverantwortung. Was er leider nicht hat, ist ein Parteibuch, auch wenn das im Moment eine nicht unwichtige

Qualifikation zu sein scheint. Damit muss Schluss sein! Fachliche Qualifikation und soziale Kompetenz müssen immer oberste Priorität haben. Ich als Vertreter des Teams Stronach habe dem jungen Herrn versprochen, dass ich mich massiv dafür einsetzen werde, dass zukünftig Menschen wie er eine Chance haben, auch solche Positionen im Land zu besetzen. „Fachliche Eignung vor Parteibuch“ ist unser Motto. Wir fordern in aller Entschiedenheit und erwarten uns auch die Zustimmung zur Dringlichkeit. Es darf zu keiner Aufweichung des Kärntner Objektivierungsgesetzes kommen, vielmehr wäre eine Nachschärfung des Gesetzes angebracht. Bei der Aufnahme in den Landesdienst und hier vor allem bei der Besetzung der sogenannten Stabstellen darf einzig die fachliche Qualifikation im Vordergrund stehen und nicht das Gutdünken einzelner Referenten. *(Beifall vom Team Stronach, der F-Fraktion und dem BZÖ.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet zur Begründung der Dringlichkeit ist der Abgeordnete Scherwitzl. Bitte ihn, entsprechend zu begründen!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier auf der Tribüne und zu Hause vor den Internetportalen! Wir werden diesem vorliegenden Dringlichkeitsantrag unsere Zustimmung selbstverständlich nicht geben. *(Heiterkeit in der TS-Fraktion und F-Fraktion.)* Zum einen gibt es keinen Roten Postenschacher, zum Zweiten spricht dieser Antrag von einer Aufweichung eines Gesetzes. Auch das gibt es bei uns nicht, wir weichen keine Gesetze auf, wir halten uns an Gesetze! *(Abg. Mag. Leyrouz: Oder brechen sie!)* Zum Dritten formuliert der Antrag, dass Bedienstete des Landes Kärnten weiterhin ausschließlich nach den Kriterien des Kärntner Objektivierungsgesetzes aufgenommen werden. Zum einen ist der Begriff „weiterhin“ zu hinterfragen, denn erstmals, seit Peter Kaiser Personalreferent ist, wird das Objektivierungsgesetz eingehalten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* Das war in der Vergangenheit

Scherwitzl

nicht der Fall. Und der Personalreferent Peter Kaiser ist Garant dafür, dass das Objektivierungsgesetz auch in Zukunft eingehalten werden wird. Wir haben vor wenigen Wochen hier in diesem Haus den Bericht der Kärntner Landesregierung zum Vollzug des Objektivierungsgesetzes für den Zeitraum Mai 2012 bis Oktober 2012 diskutiert, also einen Zeitraum, wo ein gewisser Harald Dobernig Personalreferent des Landes Kärnten war. Und ich kann Ihnen aus diesem Bericht zitieren, damals ist das offenbar in der Diskussion zu kurz gekommen, da lautet es wörtlich: „In 30 Fällen – es sind zwei Berichte, einmal ist von 5 Fällen, einmal von 25 Fällen die Rede, ich ziehe zusammen – wurde von der Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung oder dem daraus resultierenden Auswahlverfahren gänzlich Abstand genommen, ohne dass die Begründung dieser Dienstverhältnisse unter die vom Gesetz taxativ ausgezählten Ausnahmen fällt.“ – Personalreferent Harald Dobernig. In der gesamten letzten Legislaturperiode sind es an die 110 Fälle, die unter diesem Berichtspunkt zu subsumieren und zusammenzufassen wären. Peter Kaiser hält sich an die Gesetze. Und wenn ich in irgendwelchen Tageszeitungen lese, dass der Klubobmann der Freiheitlichen überlegt, eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft zu übermitteln, dann würde ich ihn ersuchen, diesen Zeitraum in seine Sachverhaltsdarstellung mit einzuschließen! Die Verankerung des Objektivierungsgesetzes in die Landesverfassung verlangt eine umfassende Diskussion. Ich glaube nicht, dass man Verfassungsbestimmungen mittels Dringlichkeitsanträgen behandeln sollte. Daher ist es auch gerechtfertigt, das im Ausschuss zu diskutieren und dort soll dieser Antrag auch hin. Und der letzte Punkt, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um parteipolitischen Postenschacher zu verhindern und um die unverantwortlichen Personalbesetzungen des Personalreferenten abzustellen, meine Damen und Herren, da muss ich Ihnen sagen, dieser Punkt ist bereits erfüllt, denn diesen Punkt und diese Aufgabe haben die Kärntnerinnen und Kärntner am 3. März 2013 für uns alle erledigt, *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* indem sie mit einem deutlichen Quotum den damaligen Personalreferenten und die verantwortlichen Politiker der Freiheitlichen Partei dorthin gestellt haben, wo sie hingehören, auf die Oppositions-

bänke. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke! Um organisatorisch die Dinge auch ordnungsgemäß abzuwickeln, möchte ich darauf hinweisen, dass der nächste vorgezogene Dringlichkeitsantrag der Antrag des Teams Stronach ist, der die Nummer 8 im Einlauf trägt. – Nur damit auch klar ist, dass als nächster Antrag der Antrag Nummer 8 verhandelt wird. – Mit der Einlaufnummer 8, das ist der vorgezogene Antrag vom Team Stronach, damit dann keine Missverständnisse aufkommen.

Als Nächster zu Wort gemeldet zum Dringlichkeitsantrag mit der Einlaufnummer 2 ist die Abgeordnete Klubobfrau Barbara Lesjak. Bitte sie ans Rednerpult!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause vor dem Internet! Auch begrüße ich die Vertreter und Vertreterinnen der Medien! Wie einige von Ihnen wissen – nicht alle, deswegen sage ich das noch einmal – haben die Grünen in den letzten zwei Perioden niemals diesen nachträglichen Objektivierungen in diesem Hause zugestimmt und wir werden auch in Zukunft diesen willkürlichen Subjektivierungen, die stattgefunden haben – falls es eine geben sollte, bis jetzt habe ich noch keine gesehen – nicht zustimmen. Das Thema dieses Dringlichkeitsantrags: Ich möchte mich zum Roten Postenschacher nicht extra äußern, denn das ist bereits hinlänglich geklärt, mehrfach. Der Landeshauptmann hat erklärt, wie das ist, wir haben das schon mehrfach gehört, dennoch, denke ich, ist es vielleicht sinnvoll und zweckmäßig, den Begriff „Postenschacher“ zu definieren, damit wir hier ein Bewusstsein haben, wovon wir eigentlich reden. Ich kenne Postenschacher und Umfärbeaktion sehr gut aus den letzten Perioden. Ich habe mir einmal angeschaut, wo in einem Zeitraum unter dem ehemaligen Landeshauptmann Haider und in der Blau-Orangen Ära die Begriffe „Postenschacher“ und „Umfärbeaktion“ praktisch salonfähig gemacht worden sind. Das ist salonfähig geworden und Postenschacher

Dr. Lesjak

bedeutet, dass man einen Posten so schachert, dass es sozusagen ein Geschäft ist. Man hat immer ein Gegengeschäft. Soll ich Ihnen ein paar Namen nennen? Man hat zum Beispiel ohne Ausschreibung eine Erika Napetschnig bestellt und hat damit eine ganz bestimmte Linie in der Kulturpolitik eingeführt. Die freien Kulturinitiativen haben von 1999 bis 2005 mit einer Kürzung von 9,2 Prozent rechnen müssen. Hingegen ist die Brauchtums- und Heimatpflege von 1999 bis 2005 um 1.300 Prozent gestiegen! (*Zwischenruf von 3. Präs. Lobnig.*) Man hat da sehr bewusst etwas in eine bestimmte Richtung geführt. Dann gibt es auch einen Karl-Heinz Rossmann, auch einen Nahestehenden, der zum Eventmanager der Kärnten Werbung gemacht worden ist. Dann gibt es einen Karl-Heinz Petritz, der Konsulent des Landes war und noch dazu einen Sitz im Theaterausschuss gekriegt hat, dann einen Herrn Walgram, der in den Landespressedienst gesetzt worden ist, dann einen Manfred Lukas Luderer, der auch mit Honoraren abgefertigt worden ist für Leistungen, die nicht nachvollziehbar waren, einen Herrn Johannes Gatterer. Das war damals ganz besonders interessant, da war die Flughafen-Ausschreibung ihm auf den Leib geschrieben. Er hat es nicht gekriegt. Dann hat hintennach der Pfeifenberger damals noch zwei Professoren zu einem Extra-Hearing eingeladen. Dann hat dieses Extra-Hearing ergeben, dass der Herr Gatterer der Geeignetste ist. Da hat man mit Methoden gearbeitet, das ist ja hanebüchen! Josef Bucher, den haben wir auch auf dieser Liste. Der war ja Direktor der Landestourismusedirektion, die ist praktisch extra für ihn erfunden worden. Dann ist er später auch zum Aufsichtsrat der Kärnten Werbung geworden. Für den Herrn Wolfgang Kulterer hat man in den Satzungen den Passus eingefügt, dass er direkt vom Vorstand dann Aufsichtsrat werden hat können. Auch die Familie direkt vom Herrn Haider ist damals gut versorgt worden. Die Cornelia Haider-Mathis hat auch eine eigene Stelle gekriegt, extra für sie geschaffen, ohne Ausschreibung natürlich bei der Kärnten Werbung. Dann gibt es den schönen Franz Koloini und so weiter und so weiter und so fort: (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, ä der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Armin Kordes, Helmut Prasch, Claudia Egger, Helga Knicek, Erwin Angerer, Dieter Mandl, Werner Bilgram usw. Diese Liste lässt sich fortsetzen. Wir haben auch schon gehört, es sind

über 100 gewesen, die auf diese Art und Weise sozusagen „subjektiviert“ worden sind. Da habe ich eine Definition von Postenschacher. Das heißt für mich Postenschacher.

Wir haben aber ein paar Besonderheiten ja auch noch in Kärnten, weil eine ganz besondere Art von Postenschacher ist im Team Stronach zu finden, wo der Herr Stronach sich einen Parlamentsklub zusammengekauft hat. Das ist eine superinteressante Art von Postenschacher. Die sind Abgeordnete, die sind nicht gewählt. Man hat ein demokratisches System desavouiert und hat gesagt, so, wir sind jetzt ein Klub. Natürlich ist das gegangen. Das ist ein Postenschacher der besonderen Art! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) Dass Sie uns dann etwas erzählen, was ein Postenschacher ist, das ist an Lächerlichkeit nicht zu überbieten! (*Vorsitzender: Eine halbe Minute noch!*) Der größte Postenschacher – darf ich Sie daran erinnern – war die Landtagswahl 2013. Das war die größte Umfärbeaktion des Landes. Man hat der Kärntner Bevölkerung gesagt, so, die Posten in der Landesregierung teilen wir so auf, wie sie jetzt sind, gewöhnen Sie sich daran und leben Sie damit. Danke schön! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als vorläufig letzte Wortmeldung zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag hat sich der Abgeordnete der Freiheitlichen, Klubobmann Mag. Leyroutz, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Hohes Haus! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf vielleicht gleich einmal zur direkten Antwort kommen, Frau Klubobmann. Die Frau Napetschnig ist ja bekannterweise ein Mitglied der ÖVP (*Abg. Mag. Malle: Was? – Abg. Dr. Lesjak: Bei euch ist sie nicht Mitglied? – Lärm im Hause.*) bzw. der Herr Mag. Walgram war ja der Büroleiter im Büro vom Waldner. (*Es herrscht Unruhe im Hause.*) Natürlich! Der Herr Mag. Walgram, weil er direkt angesprochen wurde, war zu keinem Zeitpunkt Mitglied bei den Freiheitlichen oder bei der FPÖ. Ich kann zur Vergangenheit nur sagen: Erstens war ich in

Mag. Leyroutz

keiner Verantwortung, zweitens verteidige ich die Vergangenheit nicht auch da, wo Fehler passiert sind und das auch mit ganz klaren Worten. Es geht jetzt darum, die Zukunft entsprechend zu gestalten und zu schauen, dass eben diese alten Fehler, die ja auch passiert sind, nicht weiter passieren. Diese Landesregierung, insbesondere die SPÖ-Mitglieder, sind am richtigen Weg, genau diese Fehler zu wiederholen und das offensichtlich. (*Abg. Dr. Lesjak: Mach dir keine Sorgen!*) Sie weichen ja nicht die Gesetze auf, wie der Kollege Scherwitzl gesagt hat, sondern sie brechen sie, und das ist der Postenschacher, der wirklich unerträglich ist. Denn im Grunde genommen hätte der zuständige Personalreferent an und für sich dafür Sorge zu tragen, dass die Gesetze eingehalten werden. Es gibt ein Dienstrechtsgesetz für die Kärntner Landesbediensteten. Da ist der § 43 in Erinnerung zu rufen, weil demnach ist der Beamte verpflichtet, seine dienstlichen Aufgaben unter Beachtung der geltenden Rechtsordnung treu, gewissenhaft und unparteiisch zu besorgen. Der Beamte hat in seinem gesamten Verhalten darauf Bedacht zu nehmen, dass das Vertrauen der Allgemeinheit in die sachliche Wahrnehmung seiner dienstlichen Aufgaben erhalten bleibt. Jetzt redet der Herr Landeshauptmann ganz unverhohlen davon, dass es da nicht um die Objektivität geht, sondern es geht darum, dass Vertrauenspersonen auf Stellen gesetzt werden, die vom Gesetz her klar mit einem Auftrag versehen sind, dass diese unparteiisch wahrzunehmen sind. Es gibt einen besonders krassen Fall, wo diese Unparteilichkeit sicher nicht eingehalten werden kann. (*Einwand von 2. Präs. Schober.*) Ich möchte den Fall des Bürgerservices herausgreifen, Herr Kollege, Sie sind später durchaus dran. In der Vergangenheit war das Bürgerbüro Anlaufpunkt und Anlaufstelle für die hilfesuchende Bevölkerung. Man hat allen, unabhängig von ihrer politischen Gesinnung, weitergeholfen. Jetzt ist das Bürgerservicebüro mit einem Leiter besetzt, der wirklich eine unrühmliche Vergangenheit hat und die muss man da in Erinnerung rufen. (*Einwände aus der SPÖ-Fraktion.*) Es ist jener SPÖ-Bezirksgeschäftsführer, der im Wahlkampf 1996 durch ein besonders „demokratisches“ Verhalten aufgefallen ist. Er ist nämlich von der Polizei dabei betreten worden, wie er die Wahlplakate der Freiheitlichen beschmiert, zerstört und übermalt hat. (*Abg. Dipl.-Ing. Johann: Künstler!*) Jemand, der keine Achtung vor dem politi-

schen Mitbewerber hat, (*Zwischenruf von Abg. Scherwitzl.*) jemand, der durch Gewaltanwendung und Sachbeschädigung politische Wahlwerbung der Mitbewerber verhindert, der ist wohl nicht dazu geeignet, genau dieses Amt und die Bestimmungen des § 43 zu erfüllen! Das ist ein wirklicher Skandal, so jemanden zu bestellen!

Der Leiter des Landespressedienstes hätte an und für sich die Aufgabe, ressortbezogen die Pressearbeit für sämtliche Landesregierungsmitglieder zu machen. Ich verstehe nicht, warum man dann eine Vertrauensperson dort benötigt, sondern der hat für alle da zu sein und nicht nur für einen. Wenn man dann hergeht und eigentlich einen Leiter des Landespressedienstes hat und da mittels eines Dringlichkeitsantrages einen neuen bestellt, dann ist das ein Postenschacher der übelsten Art. Man schafft einen neuen Posten, man fügt dem Land einen Schaden zu. Wir werden das nicht zulassen, dass Rote Parteigänger mit Posten versorgt werden. Das ist ja nicht nur ein Einzelfall. Wir ersuchen daher, unserem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen, weil es wichtig ist, dass das Objektivierungsgesetz erhalten bleibt und politische Parteien keinen unmittelbaren Einfluss auf die Postenbesetzungen ausüben können. Gerade die Vergangenheit sollte uns auch eine Lehre sein. Man kann auch nicht verhehlen, dass es in der Vergangenheit Fehler gegeben hat, die aber auch von allen beteiligten Parteien gesetzt wurden, denn es war nie ein Freiheitlicher allein Personalreferent. Es hat immer eine Zweiteilung gegeben, entweder mit Roter oder mit Schwarzer Beteiligung (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) und da muss ein Ende sein! Daher ersuche ich, der Dringlichkeit die Zustimmung zu erteilen! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als vorläufig Letzter in der Begründung zu diesem Dringlichkeitsantrag ist der Abgeordnete Klubobmann Hueter am Wort. Bitte!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Es ist im Prinzip schon eine Stilfrage, lieber Kollege Leyroutz, wie man mit

Ing. Hueter

der Vergangenheit umgeht. Und dazu zu stehen, ist, glaube ich, das Mindeste, was man tun kann. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* Ich glaube, in der Vergangenheit sind hüben wie drüben Kapitalfehler passiert. Ich möchte aber ganz klar sagen, dass die Frau Erika Napetschnig kein ÖVP-Mitglied ist, keine Mitgliedschaft hat. Ich will mich hier überhaupt nicht mit Namen aufhalten, weil da könnten wir eine ganze Liste erzählen. Aber ich kann eines garantieren, und da sind die ÖVP-ler ganz klein, da könnte ich von einer Fraktion eine Liste aufzählen, die unendlich groß ist. Ich denke nur an die Vereine, in Summe 80 Personen, die über Vereine „illegal“ angestellt waren, die dann auch in den Regierungsbüros gesessen sind ohne irgendeinen Vertrag und die vom jetzigen Personalreferenten zum Großteil mit übernommen worden sind. Ich glaube, das sollte man auch einmal sagen. Von Postenschacher zu reden, das ist so ein komischer Untergriff. Weil ich kenne, ich habe es noch sehr gut in meinen Ohren, einen Mann, der immer nach draußen gekommen ist und gesagt hat, der Beste muss es werden, Leistung zählt, und, und, und. Genau derjenige hat es aber ausgereizt bis zur Zerreißprobe. Ich glaube, auch das sollte man einmal der Fairness halber in diese Richtung sagen. Wenn man dann von Postenschacher spricht, dann sind wir beim Team Stronach. Das ist wirklich so, wie es meine Kollegin Barbara Lesjak gesagt hat, ihr habt eine Söldnertruppe zusammengekauft und ihr redet jetzt da von Postenschacher! *(Heiterkeit im Hause. – Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* Das gibt es doch gar nicht! Ich habe gestern in der Nacht zufälligerweise den Herrn Stronach im Fernsehen gesehen. Ich habe gemeint, ich bin im falschen Boot. Da gibt es wirklich nur eines: Zurück zur Natur, ich würde eher sagen, zurück nach Kanada und bitte, bleib drüben und komm ja nicht mehr her! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* Weil das, was der Herr da von sich gibt, der wirft ja alles über Bord! Allein, wie der mit Reportern umgeht! Die stellen Fragen und er fällt einem ins Wort: „Hast du schon einmal so quasi einen ausgezahlt?“ Das war nicht einmal die Frage. Wenn man so miteinander umgeht, Leute, dann, glaube ich, steht euch dieses Wort Postenschacher aber schon ganz zum Schluss zu. Ich bin überzeugt davon, dass das Objektiv-

runngesetz – und da bin ich absolut auch zu haben, über Dinge, über Fehler kann man immer nachdenken. Fehler soll man meistens nur einmal machen. Da könnte man das auch auf einer sachlichen Ebene machen, in einem Ausschuss oder in einem anderen Gremium, wo alle Fraktionen zusammensitzen. Aber dass genau die, die das wirklich ausgereizt haben bis zur Ekstase, jetzt den Obersaubermann spielen wollen, *(Abg. Mag. Leyrouz, mit dem Finger auf sich deutend: Ich nicht!)* lieber Kollege, sei mir nicht böse, aber da heißt es wirklich nur: Zurück zur Natur, zurück zu den Wurzeln! Bitte schön, tu das, was ich dir schon zweimal gesagt habe, in den Spiegel hineinschauen, Spieglein, Spieglein an der Wand! *(Abg. Mag. Leyrouz: Wir reden gleich über die Parteienfinanzierung!)* Ja, darüber reden wir auch noch, auch dort habe ich überhaupt kein Problem. Tu dir den Vergleich, was ich dir bei der letzten Sitzung gesagt habe, heute am Abend vor dem Einschlafen, bitte, noch einmal zu Gemüte führen! Du wirst sehen, du kommst drauf, wo du stehst. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Rednerliste zur Begründung ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer diesem Dringlichkeitsantrag der Freiheitlichen, des Teams Stronach und der Interessengemeinschaft des BZÖ die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist nicht die erforderliche Mehrheit für die Dringlichkeit. Dieser Antrag wird dem entsprechenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsangelegenheiten von mir zugewiesen.

Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag. Ich bitte den Landtagsdirektor, diesen zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Ldtgs.Zl. 22-7/31:

Dringlichkeitsantrag des TS-Klubs betreffend Einhaltung und Sicherung

Mag. Weiß**des Kärntner Objektivierungsgesetzes**
mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung und insbesondere der zuständige Personalreferent werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Grundprinzipien des Kärntner Objektivierungsgesetzes vollinhaltlich eingehalten werden und Aufnahmen in den Landesdienst weiter nach den geltenden rechtlichen Kriterien, sowie transparent und nachvollziehbar erfolgen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke dem Herrn Landtagsdirektor! Als Erster zu Wort gemeldet in der Begründung hat sich der Klubobmann Dr. Prasch.

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Danke, Herr Präsident! Geschätztes Hohes Haus! Liebe Frau Klubobfrau Lesjak! Sie haben es noch immer nicht gelernt, Sie sollten es aber schnellstens tun. Schon der Seppi Bucher musste vor Monaten alle seine Aussagen zu gekauften Mandataren schleunigst öffentlich zurücknehmen, sonst hätten ihn die entsprechenden Klagen einen Haufen Geld gekostet. Im Übrigen habe ich noch nie etwas von Mandataren, also Trägern von Mandaten, gehört, die nicht gewählt worden wären. Die gibt es nicht, oder? (*Abg. Korak: Das stimmt!*) Bemerkenswert ist aber allemal, wie sich die Grünen in diesen Diskussionen verhalten und ihre postulierte Transparenz permanent zu Grabe tragen. (*Zwischenruf von Abg. Dr. Lesjak.*) Und lieber Ferdi, du solltest dir bewusst sein, was du gerade öffentlich – öffentlich! – über Frank Stronach als Person und über die Mandatare des Team Stronach gesagt hast, du kannst dich mit Sicherheit noch auf Einiges gefasst machen. Im Übrigen gilt zu diesem Antrag das bereits vorher Gesagte. (*Beifall von der TS-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zur Begründung der Dringlichkeit ist der Abgeordnete Leikam vom sozialdemokra-

tischen Landtagsklub am Wort. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptfrau-Stellvertreterin! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörer auf der Tribüne und zu Hause vor den Internetgeräten! Der Dringlichkeitsantrag des Teams Stronach betreffend Einhaltung und Sicherung des Kärntner Objektivierungsgesetzes: Ja, es stimmt, die SPÖ ist Garant dafür, dass dieses Objektivierungsgesetz eingehalten wird. Es ist nämlich die gängige Praxis bei Postenbesetzungen beim neuen Personalreferenten, dass dieses Gesetz eingehalten wird. Daher ist dieser Antrag überflüssig und eine reine Showaktion des Teams Stronach, der FPÖ und des BZÖ. Ich darf vielleicht erinnern, wie es in der Vergangenheit war in den Jahren 2009 bis 2012. Was ist da passiert? Da hat es unzählige Postenbesetzungen in diesem Land gegeben - heute schon mehrmals auch in der Aktuellen Stunde erwähnt worden - von Blau und Schwarz ohne Objektivierung und ohne Ausschreibung. Da wären solche Anträge auf der Tagesordnung gestanden, aber nicht jetzt, wo es passiert. Ich darf nur an den Regierungswechsel im vergangenen Jahr erinnern, von Landesrat Rumpold auf Landesrat Waldner, als man noch gemeinsam mit dem Herrn Landesrat Dobernig schnell ein Personalpaket beschlossen und geschnürt hat, auch wieder Personen in Abteilungen gehievt hat, ohne Objektivierung, ohne Ausschreibung, mit unbefristeten Dienstverhältnissen. Hier hat man, meine sehr geehrten Damen und Herren von FPÖ und vom Team Stronach, die noch nicht dabei waren, das Objektivierungsgesetz mit Füßen getreten. Diese Vorwürfe an die SPÖ, die man in diesem Antrag liest, von Postenschacher und von Umfärbelungsaktionen, die gehen ins Leere und sind wirklich eine Farce. Ich darf nur erinnern, die erste Tat, die der neue Personalreferent gesetzt hat, waren Einsparungen von immerhin 28 Posten in den Regierungsbüros und in den Landtagsklubs. Die SPÖ, meine sehr geehrten Damen und Herren, bekennt sich zu einer Objektivierung, denn Transparenz muss gegeben sein. Und genau das passiert auch jetzt. Wenn man einige wenige Stabsstellen, die man natürlich auch als Landeshauptmann und Personalreferent benötigt, aus dringenden Gründen besetzt, dann besagt

Leikam

dieses Objektivierungsgesetz, dass es innerhalb eines halben Jahres zu dieser Objektivierung und Ausschreibung kommen muss. Und genau das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist hier passiert. Wenn man also hier von Postenschacher und Parteibuchwirtschaft spricht, dann ist das schlichtweg falsch und gehört einfach in die Kategorie des Anpatzens. Ich denke, es wird wahrscheinlich auch ein wenig damit zu tun haben, dass wir in knapp zwei Wochen den Nationalrat wählen. Weil der Herr Leyrouitz immer wieder gerne den Leiter des Bürgerservices nennt, eines dürften Sie oder dürftest du vergessen haben: Der Leiter des Bürgerservices sitzt auf einem Posten im Landeshauptmannbüro und der muss auch gar nicht objektiviert werden, weil er nur für die Zeit der Regierungstätigkeit des Landeshauptmannes eine Bestellung bekommen hat. Da habt ihr ein bisschen schlecht recherchiert. Und wenn man einen zweiten Posten vielleicht noch nimmt, das ist der Posten des Protokollchefs oder der Protokollchefin. Na ich hätte mir diesen Aufschrei im Land angeschaut, hätte der Landeshauptmann den damaligen Protokollchef im Amt gelassen, euren Kollegen, Abgeordneten Hannes Anton, dem ich gar nicht die Qualität und Qualifikation absprechen will. Er hat ja wahrscheinlich einen guten Job gemacht, aber er wird wahrscheinlich nicht unbedingt diese Vertrauensperson für den Landeshauptmann gewesen sein, dass er unbedingt diesen Posten weiter bekleidet. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)* Wir machen hier nichts Ungesetzliches, das muss man einmal ganz klar und deutlich sagen! Jene Posten, die zu objektivieren sind, werden jetzt objektiviert, jedenfalls in dieser Frist von einem halben Jahr. In der Vergangenheit war das anders, die Missbräuche sind in den vergangenen Jahren unter Blauer Herrschaft passiert. Der Dritte Präsident Lobnig hat es ja in der Aktuellen Stunde gesagt, dass nicht alles ganz korrekt abgewickelt wurde. Ich kann dir sagen, lieber Herr Dritter Präsident, in Zukunft wird von uns alles korrekt abgewickelt und es werden diese Objektivierungen korrekt durchgeführt werden. Daher geht dieser Antrag ins Leere, wird von uns keine Zustimmung bekommen. Er ist ein plumper Anpatzungsversuch vor Wahlen, um eventuell noch etwas politisches Kleingeld zu wechseln. Nochmals: In Zukunft wird hier alles korrekt abgewickelt, daher keine Zustimmung der SPÖ zu diesem Dringlichkeitsan-

trag! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiterer Redner zur Begründung der Dringlichkeit ist der Klubobmann der Freiheitlichen, Mag. Leyrouitz, zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Leyrouitz** (F):

Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Wir Freiheitliche werden dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen und auch dafür stimmen. Es ist einfach so, dass es natürlich für die SPÖ unangenehm ist, über das Thema Postenschacher, über die roten Besetzungen zu sprechen. Angriff ist die beste Verteidigung, man versucht halt im Endeffekt nur, in der Vergangenheit herumzuwühlen. Faktum ist, Sie sind angetreten als Zukunftskoalition und Sie strafen Ihre eigenen Aussagen Lügen. Sie handeln nicht besser als in der Vergangenheit andere Personen etwas gemacht haben! Ich habe in meiner vorherigen Wortmeldung gesagt, ich verteidige die Vergangenheit nicht, ich lehne jegliche Besetzung, die aus parteipolitischen Gründen, aufgrund eines Parteibuches erfolgt, ab und das tun Sie leider nicht. Man muss einfach sagen, es gibt Stellen im Landesdienst, die nicht politisch zu besetzen sind, sondern wo es auf die Eignung und auf das Können ankommt. Daher ist die Objektivität besonders wichtig und die wahren Sie nicht. Es gibt auch keinen Grund, Dringlichkeiten zu konstruieren, die Sie konstruiert haben. Sie haben damit ganz klar das Gesetz gebrochen und so eine Vorgangsweise lehnen wir ab! Wir gehen auch davon aus, dass das Objektivierungsgesetz durchaus reformbedürftig ist. In der Vergangenheit hat man Punkte herausgenommen, die nicht ideal sind. Man muss jede Entscheidung auch bekämpfen können, es muss jede Entscheidung überprüft sein und werden. Und deswegen glaube ich, dass es besonders wichtig und dringend ist, hier sofort dieses Gesetz zu ändern, auch zu verschärfen. Daher beantragen wir, der Dringlichkeit Folge zu geben. *(Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG BZÖ.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es liegt mir keine Wortmeldung mehr zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag vor. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der noch anwesenden Freiheitlichen, des noch anwesenden Teams Stronach und der Abgeordneten der Interessengemeinschaft des BZÖ die Minderheit, daher wird dieser Antrag von mir dem Rechts- und Verfassungsausschuss zugewiesen. Wir kommen in der Verhandlung der Dringlichkeitsanträge zum nächsten vorliegenden Dringlichkeitsantrag. Bitte den Landtagsdirektor, ihn zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

**Ldtgs.Zl. 64-20/31:
Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend illegale Parteien- und Wahlkampfkostenfinanzierung in Kärnten durch SPÖ und ÖVP** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, die Finanzabteilung des Landes Kärnten zu beauftragen, umgehend einen Bescheid zu erlassen, dass sowohl die SPÖ als auch die ÖVP Kärnten die Wahlkampfkostenobergrenze überschritten und der SPÖ- und der ÖVP-Landtagsklub Teile der Wahlwerbung dieser Parteien finanziert haben, was eine unzulässige Spende nach dem Bundes-Parteiengesetz 2012 darstellt. Zudem wird der Bundesrechnungshof aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass gemäß den Bestimmungen des § 10 des Bundes-Parteiengesetzes 2012 vom SPÖ- und vom ÖVP-Landtagsklub in Kärnten die im Zuge des Wahlkampfes unrechtmäßig und zweckwidrig geleisteten Gelder entsprechend den Bestimmungen des Parteienförderungsgesetzes dem Land Kärnten zurückgeführt werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Dazu gibt es zur Begründung der Dringlichkeit die Wortmeldung des Klubobmannes der Freiheitlichen, Mag. Leyroutz. Bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Leyroutz** (F):

Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Die Debatte in Bezug auf die illegale Parteienfinanzierung ist seit gestern Abend und heute wieder aktuell geworden. Faktum ist, dass wir den Herren der SPÖ und der ÖVP nachgewiesen haben, dass sie Wahlwerbung über ihre Klubs bezahlt haben. Nach dem Parteiengesetz handelt es sich dabei um eine illegale Parteienfinanzierung. Und wenn man sich ansieht, dass der Rechnungshof heute in einer Stellungnahme – nämlich der Bundesrechnungshof – ganz klar ausgeführt hat, dass diese Art der Werbung illegal ist, dann ist es klar, dass hier Konsequenzen vonnöten sind. Konsequenzen insofern, als die Finanzabteilung einen Bescheid zu erlassen hat, dass nämlich die SPÖ und die ÖVP ihr Antragsrecht auf Zuerkennung der Parteienförderung für ein Jahr verlieren und dass die SPÖ und die ÖVP auch ihre zweckwidrig verwendeten Klubförderungsmittel zurückzubezahlen haben. Spannend wird sein, wie sich die Grünen hierzu verhalten werden, (*Abg. Dr. Lesjak: Wir bleiben sauber!*) nachdem offensichtlich die Bundespartei der Grünen hier eine ganz klare Linie verfolgt und mit uns ja rechtlich einig ist und ganz klar ist, dass heute eine Anzeige an den Bundessenat erfolgt ist und dass dort auch beantragt wurde, dass diese Gelder, die zweckwidrig eingesetzt wurden, auch zurückzubezahlen sind. Das letzte Mal wurde ein ähnlich gestellter Antrag von uns in koalitionärer Eintracht abgelehnt. Wir geben heute den Grünen die Möglichkeit, ihre falsche Rechtsansicht zu korrigieren und dementsprechend auch mit uns zu stimmen. Ich ersuche um Zuerkennung der Dringlichkeit. (*Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zur Dringlichkeit zu Wort gemeldet ist der Herr Dipl.-Ing. Johann von den Grünen.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Johann** (GRÜ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir Grünen haben uns immer für die Transparenz eingesetzt. Wir sind der Meinung, dass es laut geltendem Parteienfinanzierungsgesetz nicht zulässig ist, dass Klubmittel für Wahlkämpfe von Parteien aufgewendet werden. Das hat unsere Klubchefin gestern, glaube ich, sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Das war auch immer die Meinung der Grünen in Kärnten, und wir haben das auch für uns als Partei immer so gehandhabt, dass wir keine Klubmittel für Wahlkämpfe ausgegeben haben. Ich finde es etwas befremdlich, dass wir jetzt die ganze Zeit angesprochen werden vom Herrn Leyrouz. Wir sind nicht die Gouvernante von SPÖ und ÖVP, (*3. Präs. Lobnig: Dann stimmt mit!*) diese haben ihre Finanzen selber zu verantworten und das wird auch hier die Abteilung bzw. die Behörde zu entscheiden haben, ob das rechtmäßig war oder nicht. Was wir jedenfalls wissen, ist, dass Sie und auch das Team Stronach im Wahlkampf die geltende Wahlkampfkostenbeschränkung überschritten haben. Und ich glaube, das ist in Wahrheit Ihr Problem. Wir sind auf jeden Fall dagegen, dass jetzt via Weisungen der Landesregierung hineinregiert wird in die Abteilung, weil ich glaube, dass es sehr gefährlich ist, wenn jetzt politische Weisungen kommen, wer Geld bekommt oder nicht. Das ist eine prinzipielle Frage, und ich glaube nicht, dass wir das jetzt hier für die Zukunft einführen sollen. Das sollen die Behörden selber entscheiden. Wir regieren auf Basis von Gesetzen und wir haben das Vertrauen in die Behörde, dass hier auch eine korrekte Entscheidung passieren wird. Der Bundesrechnungshof, das wissen Sie sehr genau, hat bereits einen Prüfungsauftrag, ist bereits beschäftigt. Wir können hier nicht noch einen weiteren vergeben und jetzt einfach per Dringlichkeit den Bundesrechnungshof auffordern, da etwas zu tun. Das ist ja wohl ein bisschen lächerlich! Ich denke mir, es geht einfach auch darum, sich in Zukunft ein bisschen besser zu überlegen, welche Prüfaufträge wir an den Landesrechnungshof, an den Bundesrechnungshof vergeben, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) denn sonst bekommen wir die Ergebnisse nicht zeitnah, wie wir sie brauchen, sondern erst im Jahre Schnee. (*Abg. Mag. Leyrouz: Das ist falsch!*) Was nutzt uns das, wenn wir im Jahr 2020 die ganzen Ergebnisse der

Prüfaufträge bekommen? Wir sollen die Prüfer ja nicht eindecken, sondern es wäre sinnvoll, hier in Zukunft etwas Vorsicht walten zu lassen. Deswegen werden wir der Dringlichkeit dieses Antrags nicht zustimmen. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete des Teams Stronach, Hartmut Prasch. Bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das Team Stronach wird diesem Antrag natürlich zustimmen. Die Entwicklung auf Bundesebene über missbräuchliche Verwendung von Klubförderungen der SPÖ, der Bundes-SPÖ in diesem Fall, im Wahlkampf bestärkt uns in unserer schon zu diesem Thema in Kärnten geäußerten rechtlichen Ansicht. Wir haben – das stimmt – das Kostenlimit, das vorgegeben war, überschritten und wir stehen auch dazu. Viel schlimmer ist, dass ÖVP und SPÖ dieses Kostenlimit offensichtlich auch überschritten haben. Aber Sie haben damit Ihr Versprechen gegenüber der Bevölkerung in Kärnten gebrochen und das ist etwas ganz anderes! (*Beifall vom Team Stronach, der F-Fraktion und der IG BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mag. Malle. Bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Malle** (ÖVP):

Ja, also zunächst einmal danke für diesen tollen Dringlichkeitsantrag! Ich kann jetzt nur den Klubobmann der Freiheitlichen zitieren, vor wenigen Minuten: „Angriff ist die beste Verteidigung“. Und weil ich genau den Sager vor zwei Landtagssitzungen zu dir gesagt habe und du damals gelacht und gesagt hast, nein, bei uns ist alles super, darf ich die APA von heute

Mag. Malle

16.21 Uhr zitieren: „Auch Freiheitliche Inserate mit Parlamentsklub-Nennung“. (*Heiterkeit in der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion. – Abg. Dr. Lesjak: Ooh! Aha!*) Oh! So wird aus dem SPÖ-Skandal (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*) auf einmal ein Freiheitlicher Skandal!

„Mister Teflon“ Leyroutz, so wird das nichts! Bitte kehren Sie vor der eigenen Türe und reden Sie einmal mit dem Herrn Kickl auf Bundesebene, um nicht dauernd anzugreifen und von sich selbst abzulenken! Ich glaube einfach, dass es auf der inhaltlichen Seite super ist, dass der Bundessenat sich damit beschäftigt. Weil in einem Punkt sind wir uns, glaube ich, alle einig. Wir brauchen Klarheit darüber, was darf sein und was darf nicht sein. Der Bundessenat wird ganz klar sagen, was Sache ist. Ich bin mir sicher, dass wir uns dann auch in Kärnten danach richten werden. Danke vielmals! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als letzter Redner zu diesem Dringlichkeitsantrag ist der Klubobmann der SPÖ, Abgeordneter Herwig Seiser, am Wort.

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Hoher Landtag! Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu allererst einmal eine grundsätzliche Bemerkung zum Dringlichkeitsantrag. Es ist erstaunlich, dass Sie noch immer den Mut besitzen, den Begriff „Illegale Parteienfinanzierung“ in den Mund zu nehmen und auf Papier zu bringen, ohne dabei Connect zu erwähnen, ohne dabei die Jubelbroschüre zu erwähnen, ohne dabei die Ideenschmiede zu erwähnen, und so weiter und so weiter und so weiter. Es liegt alles beim Staatsanwalt, Kollege Leyroutz! (*Abg. Mag. Leyroutz: Platz zwei! ÖGB! – Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen. – Abg. Mag. Leyroutz: ÖGB!*) Mich wundert auch auf diesen Dringlichkeitsantrag hin jetzt nicht mehr, dass das Team Stronach auch bei diesem Dringlichkeitsantrag dabei ist, weil der Kollege Prasch hat uns gerade martialisch erklärt, dass wir die Versprechen gegen-

über der Bevölkerung gebrochen haben. Ich werde Ihnen jetzt etwas sagen, nachdem wir ja im Nationalratswahlkampf sind und uns auch um die Bundesebene kümmern und auch in anderen Landesorganisationen ein bisschen herumschauen. Herr Kollege Prasch, Sie haben auch ein Problem mit der Wahlkampfkostenbeschränkung, das dürften Sie wissen, weil dieses Gewinnspiel, das der Frank Stronach mit € 100.000,- dotiert hat, auch noch nicht ganz aus der Diskussion ist, ob es in die Wahlkampfkosten berechnet wird oder nicht berechnet wird, ebenso wie alle anderen Dinge. (*Abg. Dr. Lesjak: Ach so!*) Aber was viel schwerer wiegt, Herr Kollege Prasch, und da komme ich jetzt auf Ihr Versprechen zurück, das Sie den Wählerinnen und Wählern gegeben haben, wir brauchen kein Steuergeld, wir sind unabhängig, et cetera, et cetera. Kennen Sie den Gottfried Waldhäusl? Der Gottfried Waldhäusl, den müssten Sie kennen, ist der Klubobmann der niederösterreichischen FPÖ. Dieser Gottfried Waldhäusl hat heute gesagt, das Team Stronach ist eine geldgierige Ausbeuterpartei. (*Abg. Dr. Prasch: Ich bin nicht in Niederösterreich!*) Wissen Sie, warum das Team Stronach eine geldgierige Ausbeuterpartei ist? Weil Sie entgegen dem Parteienförderungsgesetz in Niederösterreich nicht nur eine Parteienförderung verlangt, sondern auch eine Wahlkampfkostenrückerstattung verlangt haben, obwohl Ihnen nur eine Parteienförderung zustehen würde! Das ist Ihr Umgang mit Steuergeld, Herr Kollege Prasch! Also kehren Sie bitte gefälligst vor der eigenen Türe! Der Kollege Malle hat mir im Zusammenhang mit dem Schmutz vor der Tür der FPÖ das Wort aus dem Mund genommen. Der Herr Strache lässt sich auch auf Klubkosten durch die Weltgeschichte plakatieren. Wir haben da auch kein Problem damit.

Jetzt zurück zum Dringlichkeitsantrag. Das wurde auch schon gesagt, nicht nur die Formulierung ist völliger Humbug, sondern inhaltlich ist es auch mehr oder weniger hinterfragenswert. Herr Kollege Leyroutz, Sie wissen, dass die Frau Glawischnig heute mit einer Sachverhaltsdarstellung beim Transparenzsenat diese Frage klären wird, ob eine Spende vorliegt, wenn der parlamentarische Klub oder der Landtagsklub Öffentlichkeitsarbeit betreibt. Wir stehen auf dem Standpunkt, Herr Kollege Leyroutz – und das ist auch verfassungsmäßig abgesichert – dass ein Landtagsklub natürlich selbstständige politische

Seiser

Arbeit betreiben darf und auch im Wahlkampf seine Positionen vertreten darf. Würde man nämlich diese Öffentlichkeitsarbeit als Spende qualifizieren, käme das einem Totalverbot politischer Kommunikation für den Klub gleich. Das wäre nicht verfassungsgemäß. Also wie gesagt, diesen netten Dringlichkeitsantrag sollten Sie sich möglicherweise als Erinnerung einrahmen oder wie auch immer. Auf jeden Fall kriegt der die Dringlichkeit nicht. Zum Schluss noch einmal einen guten Rat: Wer selbst im Glashaus sitzt, sollte die Pflastersteine in Ruhe lassen! Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist in der Minderheit, mit den Stimmen von FPÖ, Team Stronach und der Interessengemeinschaft des BZÖ. Ich weise diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zu.

Ich bitte den Landtagsamtsdirektor, den nächsten Dringlichkeitsantrag zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Ldtgs.Zl. 64-21/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs und des TS-Klubs betreffend verbotene SPÖ-Wahlwerbung im Gebäude der Landesregierung muss Konsequenzen haben mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, die Amtsinspektion mit einer sofortigen Untersuchung des Vorwurfs der verbotenen Wahlwerbung durch Mitarbeiter bzw. Wahlhelfer der SPÖ in den Räumlichkeiten der Kärntner Landesregierung zu beauftragen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Dringlichkeit gehe ich davon aus, dass von den Freiheitlichen begründet wird. Der Herr Abgeordnete Staudacher hat sich zu Wort gemeldet. Ich bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Staudacher** (F):

Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier auf der Tribüne und auch zu Hause vor dem Internetgerät! „Kärnten kann mehr“, das war doch dieser altbekannte Wahlsatz. Ich sage, Frechheit und Machtmissbrauch haben einen Namen. *(Abg. Dr. Lesjak: Jörg Haider!)* Denn wie bekannt geworden ist, haben im Zuge der Wahlwerbung für die Nationalratswahl 2013 Mitarbeiter bzw. Wahlhelfer der SPÖ in den Amtsbauwerken der Kärntner Landesregierung Wahlkampfartikel, unter anderem Broschüren und Flyer verteilt. Der Kapitän der SPÖ-Werbetruppe war scheinbar niemand Geringerer als der – besser bekannt unter Personalvertreter – Herr Nischelwitzer. Die SPÖ weiß ganz genau, dass aufgrund einer Anordnung der Landesamtsdirektion jegliche Form politischer Wahlwerbung in Amtsbauwerken der Landesregierung generell verboten ist. Herr Landeshauptmann, ist das der neue Stil, der in Kärnten Einzug hält? Ich frage Sie: Warum schauen Sie hier weg? *(LH Mag. Dr. Kaiser: Ich schaue Sie gerade an! – Heiterkeit im Hause – Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen-Fraktion.)* Aufgrund dieser skandalösen Form der SPÖ-Wahlwerbung soll eine sofortige Untersuchung durch die Amtsinspektion zum Vorwurf der SPÖ-Wahlwerbung in den Räumlichkeiten der Kärntner Landesregierung eingeleitet werden. Herr Landeshauptmann, eines muss ich schon sagen: Ich bin schon enttäuscht von Ihrer Haltung gegenüber Abgeordneten. Wenn das eines Landeshauptmannes würdig ist, dann gute Nacht! Die Kärntner Landesregierung sollte ein Kompetenzzentrum für die Kärntnerinnen und Kärntner sein und kein Roter Wahlkampfkomplex, daher ersuche ich um die Annahme der Dringlichkeit! *(Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG BZÖ.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Köchl. Ich bitte ihn ans Rednerpult! Vor lauter vielen Dringlichkeitsanträgen muss ich aufpassen, dass ich die Übersicht bei den Wortmeldungen nicht verliere. Bitte schön!

Abgeordneter **Köchl** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Abgeordnete! Zwei Sätze zu meinem Vorredner. Vor wenigen Tagen war Schulbeginn. Dein damaliger Landeshauptmann-Stellvertreter Uwe Scheuch ist hergegangen und hat sogar im Mitteilungsblatt von den Schülern sein Bild hineingetan und hat damals Wahlwerbung gemacht. (*Abg. Mag. Leyrouz: In der Landesregierung!*) Ich muss sagen, das war Missbrauch! Und heute hier bei der Landesregierung herzugehen, wenn Rote Funktionäre mit Stolz hinausgehen und den Leuten sagen, dass sie Rot wählen sollen, dass sie den Bundeskanzler Faymann wählen sollen, dass sie dort ganz einfach gut aufgehoben sind, wie man es in der Vergangenheit in der Bundesregierung auch gesehen hat, ist das in Ordnung! Wir haben uns vor die Landesregierung hingestellt, weil wir vorne sind. Ihr, das BZÖ und die Freiheitlichen werdet diese 38 Prozent und diese 7 Prozent bei dieser Nationalratswahl nicht erreichen! Ich kann nur sagen, das ist auch gut so. Wir werden kämpfen, und Tag und Nacht vor der Landesregierung werden wir kämpfen, damit wir unser Wahlziel erreichen, Erster in Österreich zu werden. Um das wird es gehen, um Österreich wieder weiterhin gut zu regieren und in einem sicheren Fahrwasser zu wissen. Die Wahlwerber der SPÖ haben dann die Jacke ausgezogen, sind ins Amt der Kärntner Landesregierung hineingegangen in den Hof, haben ein Foto gemacht, haben sogar noch den FPÖ-Personalvertreter von den Landesbediensteten, den Skorianz aufgefordert, mit auf das Foto zu gehen. Vielleicht ist er auch einer von den 30, die jetzt in Zukunft wieder bei der SPÖ mit dabei sein wollen. Man kann es ja nicht wissen. Vorsichtshalber haben wir ihm das angeboten. Wir sind dann in die SPÖ-Regierungsbüros gegangen, haben dort mit den Kollegen und mit den Mitarbeitern gesprochen, ohne Wahlwerbung, ohne da irgendetwas zu verursachen und etwas Verbotenes zu tun.

Von Sonstigem war hier überhaupt nicht die Rede. Dieser Antrag ist zum einen auch nicht dringlich, sondern hier müsste man ganz klar und deutlich aufzeigen, was in der Vergangenheit für ein Wahlwerbungsmissbrauch von der Freiheitlichen Partei begangen worden ist. Das war wirklich oft sehr peinlich. Es haben viele Eltern angerufen, dass nicht einmal in den Schulen davor Halt gemacht wird, Wahlwerbung zu machen. Das wird es bei uns nicht geben. Aber einen ordentlichen, fairen, intensiven Wahlkampf mit fleißigen Leuten – und da darf ich mich wirklich bei jedem einzelnen Funktionär bedanken, der hier hinausgeht und sagt, dass die SPÖ zu wählen ist - darauf sind wir stolz! Wir werden einen sehr guten und fairen Wahlkampf führen, wie auch im Landtagswahlkampf. Wir lassen uns von den Freiheitlichen sicherlich nicht in das Eck drängen, etwas Illegales zu tun. Wahlwerben dürfen wir gehen! Wir dürfen, geschätzte Damen und Herren, hinausgehen und wahlwerben! Wir werden von den Leuten auch nicht verjagt, das werden wir nicht. Wir werden auch nicht irgendwie blöd von ihnen angesprochen, dass unsere Politik nicht passt. Mit diesem Problem haben die Freiheitlichen Funktionäre in Kärnten herumzukämpfen. Wir wollen ganz einfach einen ruhigen, fairen Wahlkampf. Unterlassen Sie das und dringlich ist das schon gar nicht! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Es liegt mir eine weitere Wortmeldung vor vom Abgeordneten Mag. Schalli. Ich bitte ihn zum Rednerpult!

Abgeordneter **Mag. Schalli** (TS):

Herr Präsident! Hohes Haus! Zur Begründung replizierend auf meinen Vorredner – hier halte ich das Foto in Händen (*Der Redner hält ein Foto in die Höhe.*) mit der Adjustierung der Wahlwerber – die Jacken waren hier nicht ausgezogen, wie man auf diesem Foto erkennen kann. (*Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und der IG BZÖ.*) Sie befinden sich in einem öffentlichen Amtsgebäude der Landesregierung.

Mag. Schalli

Zur Begründung, ich zitiere aus der Dienstanweisung: „Zum Zwecke einer in jeder Hinsicht einheitlichen Vorgangsweise wird Folgendes bestimmt: Ab sofort ist jegliche politische – zum Beispiel für Wahlen und für die gesetzgebenden Körperschaften auf Bundes- und Landesebene, Wahlen zum Europarat, Gemeinderatswahlen, – Wahlwerbung zum Beispiel in Form von Anbringen von Plakaten, Verteilen von Broschüren oder Flugzetteln, Anbringen von Aufklebern, Verteilen von Wahlwerbegeschenken in vom Land Kärnten benützten Amtsgebäuden oder Teilen von solchen, wie etwa Stiegenhäusern, Gängen, Sitzungszimmern, Arbeits- und Aufenthaltsräumen generell verboten. Zweitens: Von diesem generellen Werbeverbot ausgenommen sind nur Wahlwerbemaßnahmen im Rahmen einer Wahl zu den Personalvertretungseinrichtungen sowie beruflichen Interessenvertretungen, zu denen Landesbedienstete wahlberechtigt sind. Drittens: Entgegen dem Verbot in Amtsgebäuden angebrachte oder aufgelegte Wahlwerbemittel sind zu entfernen. Viertens: Die Überwachung des Verbotes obliegt dem zuständigen Abteilungs-, Behörden-, Dienststellenleiter bzw. den von ihm beauftragten Personen.“ Gezeichnet am 3. November 2000 von Dr. Sladko. (*Beifall von der TS-Fraktion, der F-Fraktion und von der IG BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Es liegt mir zu diesem Dringlichkeitsantrag keine weitere Wortmeldung vor. Es tut mir leid, Herr Abgeordneter. Die Anzahl der Wortmeldungen ist erschöpft, die mir vorgelegen sind, daher gibt es einen entsprechenden Abstimmungsvorgang. Wer diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wiederum mit den Stimmen von FPÖ, Team Stronach und Interessengemeinschaft BZÖ in der Minderheit geblieben. Ich weise diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zu.

Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag. Bitte um die entsprechende Verlesung!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Ldtgs.Zl. 61-2/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Kärntner Landes-Personalvertretungsgesetz muss eingehalten werden mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass § 24 Abs. 4 des Kärntner Landes-Personalvertretungsgesetzes eingehalten wird und die mit 1. September 2013 gewährte Dienstfreistellung eines dritten Personalvertreters der Zentralpersonalvertretung umgehend zurückgenommen wird.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Begründer der Dringlichkeit ist der Herr Dritte Präsident Lobnig zu Wort gemeldet. Bitte ihn ans Rednerpult!

Dritter Präsident **Lobnig** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie, bevor ich in die Materie eingehe, einen Sidestep. Es ist eine Schande, wenn einer der höchsten Personalvertreter in den Rängen der Zuschauer sitzt und ein Vorredner hier eine Debatte abgibt und von oben so gezeigt wird! (*Der Redner bewegt die offene rechte Hand vor dem Gesicht auf und ab.*) Da muss ich sagen, das ist eines Beamten nicht würdig, eines Mitarbeiters der Personalvertretung nicht würdig! Ich würde mich an Ihrer Stelle schämen und ich glaube, das ist das Spiegelbild Ihres politischen Handelns! Meine geschätzten Damen und Herren, das hat dieses Hohe Haus hier nicht verdient! Ich würde den Präsidenten bitten, in Zukunft auch darauf Acht zu geben. Man kann nicht junge Abgeordnete hier mit so einer Gestikulierung bloßstellen! Das zum Einen.

Zum Zweiten, geschätzte Damen und Herren, zu unserem Dringlichkeitsantrag, der heute hier eingebracht wurde, ist meines Erachtens aufgrund der Vorfälle, glaube ich, auch einen Machtausch der Personalvertretung herauskristallisierend zu erwähnen, weil nichts anderes passiert ist, als dass man hier das Landes-Personalvertretungsgesetz umgeht, mit Füßen

Lobnig

tritt und, wie Sie gehört haben, mit September dieses Jahres ein dritter freigestellter Personalvertreter nominiert wurde. Im Landespersonalvertretungsgesetz ist taxativ aufgezählt oder dezidiert festgehalten, dass über Antrag die Landesregierung zwei Personalvertreter nominieren kann. Höchstens zwei! Und wenn ein dritter Personalvertreter nominiert wird, dann denke ich, hier sollte man sich auch vorbildhaft an das Gesetz halten und nicht ein Gesetz mit Füßen treten, ein Gesetz umgehen! Wenn man schon von Bürgerinnen und Bürgern die Einhaltung der Gesetze abverlangt und andererseits mit einer gewissen Vorbildwirkung der neuen Regierung durch das Land zieht und glaubt, die Dinge ins richtige Licht zu rücken und einen neuen Stil hereinzubringen, dann würde ich auch in diesem Sinne alle Damen und Herren Abgeordneten des Hauses ersuchen, unseren Dringlichkeitsantrag zu unterstützen, damit die mit 1. September gewährte Dienstfreistellung des dritten Personalvertreters der Zentralpersonalvertretung umgehend zurückgenommen wird. Ich ersuche um Unterstützung des Antrages und danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall von der F-Fraktion, der TS-Fraktion und der IG BZÖ.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet zur Begründung der Dringlichkeit ist der Abgeordnete David Redecsy. Bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Redecsy** (SPÖ):

Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Dritter Präsident Lobnig! Personalvertreter werden in Österreich gewählt und nicht nominiert. Ich bin sehr stolz darauf, denn wir haben eine Demokratie in diesem Land. Ich bin aber auch etwas überrascht über diesen Antrag. Warum bin ich über diesen Antrag überrascht? Ich bin deswegen überrascht, weil in der Vergangenheit immer drei Personalvertreter freigestellt waren in diesem Kärntner Landesdienst. *(Abg. Mag. Leyrouz: Widerspricht dem Gesetz!)* Doch, das war nachweislich auch unter Landeshauptmann Jörg Haider der Fall, dass drei Personalvertreter freigestellt waren. Es ist durchaus richtig, dass in § 24 die Anzahl der Personen, die dienstfrei

gestellt werden, mit zwei beschränkt ist. Konkret heißt es im Gesetz: „... sind von der Landesregierung höchstens zwei Vertreter unter Fortzahlung der laufenden Bezüge vom Dienst freizustellen.“ Auf Antrag der Zentralpersonalvertretung. Ich denke aber, dass man hier auch eine Gleichschaltung mit dem Arbeitsverfassungsgesetz geschaffen hat, das im Falle der Mitarbeiterzahl der Kärntner Landesregierung durchaus drei freigestellte Betriebsräte vorsehen würde und sich das hier nicht deckt. Ich glaube auch, dass es ganz wesentlich ist, in diesem Zusammenhang eine Gleichstellung mit dem Arbeitsverfassungsgesetz zu schaffen und es wäre auch schon unter einer FPK-, damals BZÖ-geführten Landesregierung möglich gewesen, dieses von 1976 datierte Gesetz dahingehend abzuändern, dass man es schaffen könnte, drei freigestellte Personalvertreter in den Reihen zu haben, um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu wahren. Denn ich glaube, es ist eine Wertschätzung gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wenn sie ihre Vertretung gewählt haben, dass diese auch ordnungsgemäß und in ausreichendem Zeitumfang ihre Arbeit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Kärntner Landesregierung durchführen kann. Nach mehreren Gesprächen zu diesem Thema bin ich aber sehr froh darüber, gehört zu haben, dass es schon die Intention gibt, die Verfassungsabteilung zu beauftragen, das Personalvertretungsgesetz von 1976 zu novellieren, um hier eine Gleichschaltung mit dem Arbeitsverfassungsgesetz zu bewerkstelligen und keine Ungleichstellung mit der Privatwirtschaft herzustellen. Und ich denke, das ist ein ganz wesentlicher Punkt, der für eine ordnungsgemäße ArbeitnehmerInnenpolitik in diesem Land herzustellen ist. *(3. Präs. Lobnig: Anlassgesetzgebung nennt man das!)* Nein, das ist keine Anlassgesetzgebung, lieber Herr Lobnig! *(3. Präs. Lobnig: Ja, was denn dann?)* Diese Anlassgesetzgebung hätte auch schon in den Regierungsjahren Ihrer Zeit durchgeführt werden können, denn auch zu diesem Zeitpunkt waren drei Personalvertreter anwesend. Ich danke Ihnen hiermit für die Aufmerksamkeit, aber ich denke, die Dringlichkeit ist nicht gegeben und die Gremien, die hier zuständig sind, sollten die Entscheidungen ordnungsgemäß treffen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Es liegt mir eine weitere Wortmeldung zu diesem Dringlichkeitsantrag vor. Herr Abgeordneter Herbert Gaggl bitte ans Rednerpult zu kommen!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass dieser Dringlichkeitsantrag dringlich dem Ausschuss zugewiesen werden sollte, damit dort objektiv, sachlich und ganz korrekt diskutiert werden kann, denn dort hat man Zeit dazu, da kann man die Paragraphen sozusagen auf den Tisch legen, dort kann man Auskunftspersonen holen, ob es richtig oder falsch ist und so weiter. Dann gibt es Ergebnisse und der Landtag kann wieder dementsprechend diskutieren. Deswegen dringlich dem Ausschuss zuweisen. Dem wird auch die ÖVP zustimmen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist wieder die Minderheit mit den Stimmen der Freiheitlichen, Team Stronach und der Interessengemeinschaft BZÖ. Wie gesagt, nicht die erforderliche Mehrheit. Ich weise diesen Antrag ganz normal, wie es auch den formalen Erforderlichkeiten entspricht, dem Rechts- und Verfassungsausschuss zu.

Bitte den nächsten Dringlichkeitsantrag zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Ldtgs.Zl. 116-3/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend faire Unterstützung von Kärntens Bäuerinnen und Bauern mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung, insbesondere mit dem Minister für Landwirtschaft, sicherzustellen, dass Kärntens Bauern nach den Entschädigungen, die der Bund für alle Landwirte gewährt, welche durch die sommerliche Hitzeperiode massive Ernteausfälle beklagen, einen fairen Anteil erhalten.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Nachdem zu diesem Dringlichkeitsantrag von der antragstellenden Fraktion keine Wortmeldung vorliegt, lasse ich über die Dringlichkeit abstimmen. Wer der Dringlichkeit dieses Antrages die entsprechende Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen von Freiheitlichen, Team Stronach und Interessengemeinschaft BZÖ in der Minderheit geblieben. Daher wird dieser Antrag dem entsprechenden Ausschuss für Landwirtschaftsfragen zugewiesen.

Wir kommen zum letzten Dringlichkeitsantrag, und ich bitte um Verlesung!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Ldtgs.Zl. 22-6/31:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des TS-Klubs betreffend Schaffung einer Personalkommission in der Landesregierung mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, eine Personalkommission einzusetzen, in der alle Landtagsparteien mit je einem stimmberechtigten Mitglied vertreten sind. Aufgaben der Kommission sollen die Vorbesprechung von Postenausschreibungen und die inhaltliche und fachliche Abstimmung von Neuaufnahmen in den Landesdienst sein. Die Kommission muss auch dafür Sorge tragen, dass die aktuell geltenden Bestimmungen des Kärntner Objektivierungsgesetzes überwacht und eingehalten werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich frage jetzt den Klubobmann Prasch, ob er den vorliegenden Dringlichkeitsantrag meint, denn wenn nur ein Zettel mit dem Namen kommt (*Abg. Dr. Prasch: Entschuldigung! Ja, den vorliegenden, bitte!*) – ich würde wirklich auch bitten, bei den Wortmeldungen zumindest soviel Ordnung zu halten, dass für den Präsidenten erkennbar ist, zu welchem Dringlichkeitsantrag, denn sonst ist es fast schon ein Ratespiel oder es braucht entsprechende Nachfrage. Und wenn es derartig viele Dringlichkeitsanträge gibt, dann sollte man das auch ordnungsgemäß abwickeln. Ich nehme also zur Kenntnis, dass das die Begründung für den Dringlichkeitsantrag mit der Einlaufnummer 7 ist. Bitte, Herr Dr. Prasch, um Ihre Begründung!

Abgeordneter **Dr. Prasch** (TS):

Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vieles ist heute zu diesem Thema schon gesagt worden. Ich glaube, dass der Vorschlag, den das Team Stronach zu unterbreiten hat, durchaus eine Lösung all dieser Diskussionen sein kann. Das vorgeschlagene Modell der Einrichtung eines Personalausschusses, in dem alle politischen Parteien vertreten sind, ist ja nicht neu. Dieses Modell funktioniert in anderen Ländern und in den meisten Gemeinden in Österreich ohnehin. Insbesondere in den Gemeinden ist es schon seit vielen Jahrzehnten üblich, dass bei Personalbestellungen und bei Personalausreibungen alle Fraktionen mit eingeladen werden. Die Arbeit reicht dabei von der Feststellung des Personalbedarfs, von der Definierung notwendiger Aufgabenbereiche bis zu den Inhalten der Ausschreibung und der Durchführung und Überwachung des Objektivierungsverfahrens bis hin zur endgültigen Bestellung. Es ist auch deshalb nicht uninteressant, weil damit sowohl im Ausschreibungsbereich maßgeschneiderte sogenannte Ausschreibungen nicht mehr möglich werden, weil genau definiert wird, was das Anforderungsprofil für die jeweiligen Positionen umfasst und weil das Objektivierungsverfahren auch unter Aufsicht aller Fraktionen durchgeführt wird. Denn, und das ist heute auch schon des Öfteren erwähnt worden, die fachliche und soziale Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter, die sich für den öffentlichen Dienst bewerben, muss absolut im Vordergrund stehen. (*Beifall vom Team Stronach, der F-Fraktion und der IG BZÖ.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Weiters liegt mir zur Begründung der Dringlichkeit eine Wortmeldung vom Abgeordneten Dipl.-Ing. Hannes Primus vor. Bitte ihn ans Rednerpult!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Primus** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Geschätzte Damen und Herren auf der Zusehertribüne! Geschätzte Zuseher via Onlinestream! Irgendwie, liebe Kolleginnen und Kollegen des Teams Stronach, verwirrt mich dieser Dringlichkeitsantrag heute. Am Anfang der Landtagssitzung fordern Sie, Herr Dr. Prasch, eine Herausnahme von parteipolitischen Einflüssen bei den Objektivierungen, und dieser Antrag ist für mich jetzt wieder genau das Gegenteil. Jetzt sollen zur Objektivierung wieder die Politiker im Vorfeld entscheiden und mitbestimmen, wer kommt da rein. Das verstehe ich nicht! Wir von der SPÖ sagen zu dieser Dringlichkeit nein, das sollte im Ausschuss diskutiert werden. Ich glaube, es ist heute auch schon oft genug diskutiert worden über Objektivität, alleine das Wort „objektiv“ steht für „ohne Vorurteile“ und „unvoreingenommen“. Und so sollten auch die Objektivierungen vonstatten gehen. Ich glaube auch, in Zukunft sollten bei den Objektivierungen viel mehr die Abteilungen, das Personal, das betroffen ist, mit eingebunden werden, denn nur die wissen, was wirklich in der Abteilung gebraucht und benötigt wird. Das sollte wirklich in Ruhe in den Ausschüssen diskutiert werden, daher von unserer Seite ein Nein zu dieser Dringlichkeit. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir liegt zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag keine Wortmeldung mehr vor, daher kommen

Ing. Rohr

wir jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer diesem Dringlichkeitsantrag des Teams Stronach die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen von FPÖ, Team Stronach und der Interessengemeinschaft des BZÖ in der Minderheit geblieben. Ich weise diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zu.

Ich bitte den Landtagsamtsdirektor, den weiteren Einlauf zu verlesen! Wir haben eine Dringlichkeitsanfrage vorliegend.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

B) Dringlichkeitsanfrage:

**Ldtgs.Zl. 39-11/31:
Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs an Landesrat Köfer betreffend Verkehrsinsel Köttmannsdorfer Landesstraße** mit folgendem Sachverhalt und Fragen:

Vor wenigen Wochen wurde nach Anrainerbeschwerden auf der Köttmannsdorfer Landesstraße vor der Ortschaft Tschachoritsch eine Verkehrsinsel errichtet. Unmittelbar nach der Fertigstellung gab es bereits die ersten Beschwerden, worauf diese Verkehrsinsel mehrfach umgebaut werden musste. Und noch immer ist der in Richtung Westen führende Fahrstreifen so schmal und engkurvig, dass ein Befahren schwierig und teils auch gefährlich ist.

Folgende Fragen:

1. Wurden vor Errichtung der Verkehrsinsel auch andere Verkehrssicherheitsmaßnahmen zur Temporeduzierung geprüft und wenn ja, warum wurden diese nicht umgesetzt?
2. Warum musste die Verkehrsinsel mehrfach umgebaut werden?
3. Gibt es zur Errichtung solcher Verkehrsinseln Vorschriften und wurden diese auch eingehalten?
4. Wurde vor Errichtung dieser Verkehrsinsel ein Planer damit beauftragt, alle Umstände, wie z. B. Zulieferverkehr, zu erheben?
5. Sind durch den mehrfachen Umbau Kosten entstanden und wer zahlt diese in welcher Höhe?

6. Ist die Errichtung der Verkehrsinsel nun abgeschlossen oder erfolgt ein neuerlicher Umbau?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Über die Zuerkennung der Dringlichkeit dieser Anfrage ist abzustimmen. Bei einer einfachen Mehrheit gibt es eine fünfminütige Begründung des Antragstellers. Wer für die Dringlichkeit dieser Anfrage stimmt, den bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist mit Ausnahme der Stimmen der Freiheitlichen eine deutliche Mehrheit hier im Hohen Haus. Zur Dringlichkeit - fünf Minuten, bitte - hat sich der Zweite Präsident Rudi Schober zu Wort gemeldet.

Zweiter Präsident **Schober** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Als einem, der eigentlich am längsten in diesem Haus herinnen sitzt, gestatten Sie mir eine einzige Antwort auf die heutigen Debatten, die früher geführt worden sind. Wenn ich die Vergangenheit Revue passieren lasse, was hier alles auf dem Personalsektor von jener Partei, die heute sozusagen als Ankläger hier geführt wird, wenn ich mir durch den Kopf durchgehen lasse, welche menschlichen Tragödien hier auf diesem Personalgebiet angerichtet worden sind, dann frage ich mich, welchen Eindruck heute diese Diskussion bei der Bevölkerung hinterlassen hat. Das ist der einzige Satz, den ich dazu sagen will.

Nun zur eigentlichen Angelegenheit, und zwar dieser Geschichte mit dieser Verkehrsinsel. Ich weiß nicht, wer die Verhältnisse kennt, aber die Köttmannsdorfer Landesstraße hat ein Stück, das sehr stark befahren ist und wo eigentlich eine Streusiedlung vorhanden ist. Hier wurde eine Verkehrsinsel hineingebaut. Da ist an sich nichts dabei. Ich sage so, wenn ich heute zu einer Maßnahme schreite, dann soll es zuerst einmal eine Idee geben. In diesem Fall war es ein Auftrag aus der Bevölkerung, eine Bürgerinitiative hat sich gebildet und wollte hier einfach eine Temporeduzierung haben. Idee, Auftrag, dann denke ich, kommt die Überlegung, die Vor- und die Nachteile abwägen. Was ist hier vernünftig? Was soll ich tun? Dann denke ich, sollte jede Maßnahme auch zu Ende gedacht werden. Was kommt am Ende hier heraus? Dann sollte meiner

Schober

Ansicht nach die Planung erfolgen und letztendlich die Umsetzung. Was hier passiert ist, meine Damen und Herren, hier hat es zwar die Idee und den Auftrag dieser Bürgerinitiative gegeben. Das Land hat hier den Asphalt aufgerissen und hat eine Insel hineingebaut. Die Tempobremse ist zwar vorhanden, das ist schon richtig. Aber dass hier breitere Fahrzeuge, nämlich LKWs und Traktoren, die gerade in diesem Bereich sehr stark dieses Stück beanspruchen, um diese schmale Insel gar nicht herumkommen, weil man einerseits große Steine hineingelegt hat, die darüber hinaus noch sehr gefährlich sind, weil sie ja aufgewirbelt werden, dann hat es die ersten Beschwerden gegeben. Dann ist innerhalb von wenigen Tagen diese Insel umgebaut worden, wiederum vom Land. Dann ist diese Engstelle noch immer nicht beseitigt gewesen. Man hat die Steine zwar verkleinert, aber die Situation ist die gleiche geblieben. Dann wurde sie wieder umgebaut. Nach einem Medienbericht hat immerhin der höchste Beamte des Landes, man kann es ja ruhig offen sagen, es ist ja auch so in der Zeitung gestanden, das war der Dr. Kreiner, gesagt, diese Insel ist ein Pfusch. Gut, okay! Dann frage ich mich, wenn es ein Pfusch ist, wer hat diesen Pfusch verursacht? Dann wurde sie ein drittes Mal umgebaut. Ich frage mich: Ist das alles sinnvoll? Diese Fragen, die früher der Herr Landtagsdirektor vorgelesen hat, diese will ich an den zuständigen Landesrat Gerhard Köfer gestellt haben, wissend, dass da wahrscheinlich bestimmte Dinge sozusagen noch als Altlasten vorhanden sind. Aber ich bin schon gespannt, wie die Antwort aussehen wird. Man wird ja auch dem Hohen Haus darüber dann berichten. Ich danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion, der ÖVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Begründung der Dringlichkeit! Ich werde diese Dringlichkeitsanfrage dem zuständigen Regierungsmitglied, Landesrat Köfer, übermitteln. Es ist ja die Verpflichtung auch aufgrund der Geschäftsordnung, dass binnen 14 Tagen dann auch eine entsprechende Antwort vom Regierungsmitglied an den Landtag und an die Anfragesteller zu erfolgen hat.

Wir kommen zur Verlesung der weiteren Anträge bzw. Anfragen, Petitionen, falls vorliegend. Ich bitte den Landtagsdirektor!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

C) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 82-1/31:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Prüfung der Zweitwohnsitzabgabe für Schrebergärten

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen, Wohnbau und Gemeinden

2. Ldtgs.Zl. 117-2/31:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Zuschlag bei Mehrarbeit für Teilzeitbeschäftigte

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

3. Ldtgs.Zl. 117-3/31:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Anpassung des Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetzes und des Kärntner Dienstrechtsgesetzes

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

4. Ldtgs.Zl. 59-2/31:

Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Anerkennung der deutschsprachigen Volksgruppe als Minderheit in Slowenien

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

D) Schriftliche Anfragen:

1. Ldtgs.Zl. 22-4/31:

Schriftliche Anfrage des Abgeordne-

Mag. Weiß

ten Mag. Leyroutz an Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser betreffend Personalmaßnahmen im Kärntner Landesdienst

2. Ldtgs.Zl. 39-12/31:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Ing. Ebner an Landesrat Köfer betreffend Poggersdorfer Landesstraße

3. Ldtgs.Zl. 64-19/31:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Mag. Leyroutz an Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut betreffend Personalkostenersatz für Landtagsklubs

E) **P e t i t i o n :**

Ldtgs.Zl. 43-10/31:

P e t i t i o n vom 10.9.2013 betreffend Landesverband der Elternvereine an den Schulen Kärntens, überreicht durch Ersten Präsidenten Ing. Rohr und Zweiten Präsidenten Schöber

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Europa, Volksgruppen, Bildung, Personal und Immunität

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist der Einlauf entsprechend erledigt. Es gibt wieder Arbeit auch für die Ausschüsse. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben ja einige Materien als offene Verhandlungsgegenstände auch in den Ausschüssen zur Bearbeitung liegen. Die nächste terminisierte Landtagssitzung wird am 3. Oktober stattfinden. Ich denke, nachdem es für die heutige Landtagssitzung keine verhandlungsreifen Tagesordnungspunkte gegeben hat, dass man zumindest auch danach trachten sollte, dass in der Oktober-Sitzung entsprechende Materien, die wichtig für die Entwicklung unseres Bundeslandes sind, vorliegen. Ich denke, dass Sie jetzt die nächsten Wochen sicher noch auch intensiv nützen werden, nachdem ja am 29. September Nationalratswahlen stattfinden und alle im Landtag vertretenen Parteien auch auf der Bundesebene kandidieren, dass Sie die Zeit nützen sozusagen, auch natürlich Ihre Interessenslagen und Ihre Botschaften an die Wählerinnen und Wähler zu bringen. Ich würde auch appellieren, die Sinnhaftigkeit von Sonderlandtagssitzungen zu reinen Wahlaufmerksamkeitskundgebungen nach Möglichkeit nicht zu strapazieren. Ich sage das durchaus in der Verantwortung des Landtages, wo wir ja auch ein entsprechendes Bild nach außen zu repräsentieren haben. Wir haben in erster Linie für Kärnten zu arbeiten. Da denke ich, wird am 3. Oktober genügend Stoff und Munition vorhanden sein, dass wir in einer umfassenden Tagesordnung die reguläre Landtagsarbeit wieder aufnehmen können. Ich wünsche Ihnen ein gutes Nachhausekommen. Ich bedanke mich durchaus auch für die heutigen Debattenbeiträge. Es waren 39 in Summe. Ich hoffe, dass wir uns dann am 3. Oktober alle gesund wiedersehen. Gute Heimfahrt und alles Gute für die Zukunft! Danke schön!

Ende der Sitzung: 19.55 Uhr